LESBEN/FRAUEN-NACHRICHTEN

JAHRGANG XVIII, NR.31 MÄRZ 1996

Die LesbenFrauen-Nachrichten
sind ausschließlich
für Frauen Lesben und Mädchen

Die LesbenFrauen-Nachrichten verstehen sich
als Informationsblatt
des Autonomen FrauenLesben-Zentrum,
und als Zeitung, d.h. als Forum für Diskussionen
und Informationen
der Autonomen FrauenLesben-Bewegung,
gegen Sexuelle Gewalt, Zwangsheterosexualität,
Sexismus & Patriarchat,
gegen Eugenik und Rassismus,
gegen Kapitalismus & Imperialismus.

Das Informationsblatt erscheint monatlich,
Anfang des Monates
die Zeitung 2 - 4 x jährlich.

Beim monatlichen Informationsblatt können
wichtige Informationen mitgeschickt werden,
maximal 1 Blatt,
Mithilfe beim Kopieren, Falten, Verschicken werden
erwartet und Mitfanzierung ist erwünscht
Bei der Zeitung freuen wir uns auf Stellungnahmen,
Diskussionsbeiträge und andere Zusendungen.
Treffen des Zeitungskollektiv 14-tägig mittwochs im LFZ

Zu Abonnieren sind die LFN's mit Einzahlung von:
300.- Mitfrauenbeitrag jährlich
(Zeitung für's Ausland: 350.- für 5 Nummern)
bei: Bank Austria, BLZ 20151
Kommunikationszentrum für Frauen
Währingerstr. 59/6, 1090 Wien
Kontonr.: 697297307

Das Autonome FrauenLesben-Zentrum
ist ein feministisches, lesbisches, linkes
Kommunikationszentrum

Das Autonome FrauenLesben-Zentrum
ist ein feministischer, lesbischer
öffentlicher Frauenort,
d.h. ein Ort für Frauen und Mädchen
zum Treffen, Kennenlernen, sich austauschen, diskutieren,
spielen, streiten, lernen, gemeinsam was machen,....

Das Autonome FrauenLesben-Zentrum
ist ein politischer Frauenort, d.h. ein Ort,
wo sich feministische Frauengruppen, Lesbengruppen,
Mädchengruppen, Selbstverteidigungsgruppen,
Arbeitskreise, Initiativen, Aktionsgruppen,.....
treffen können, um an ihren Anliegen zu arbeiten,
um sich mit anderen Gruppen auszutauschen,
um gemeinsam eine feministische Struktur aufzubauen.

Das Autonome FrauenLesben-Zentrum
ist ein feministisch, lesbischer Frauenort
in Selbstverwaltung, d.h., daß sich alle an der
Organisationsstruktur und am Aufbau der
feministischen Infrastruktur beteiligen (müssen).

LFZ-Gruppen
* Arbeitskreise, Initiativen, Vorbereitungsgruppen,...
* Beratungsstelle für ausländische Frauen und Mädchen
  Tel.:408 61 19
* Feministische Handwerkerinnen Tel.: 408 44 43
* Feministische Mädchenschule "Virginia Woolf
  Tel.: 403 98 10
* FZ-Beisl
* Regionale WEN DO-Gruppe Wien
* Kontaktadresse der Überregionalen WEN DO-Gruppe
* Lesben/FrauenNachrichten
* selbstorganisierte Trainingsgruppen (Mo.,Di.,Mi., Do.,Fr.)
* Solidisko

PLENAS
LFZ-Plenum: jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat,
18 h im 2.Stock
Beisl-Plenum: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat,
18 h im Beisl

Inhaltsverzeichnis

2 LFN, LFMZ, Inhaltsverzeichnis
3 Diebstahl im FZ-Beisl

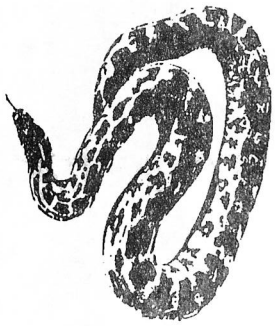
8. März 1996
4 Demoaufruf
6 Die Demo
7 Den 8.3. im aktiven Kampf weiterentwickeln
8 Gegen Zwangsarbeit vor der AK
9 Presseinformation
11 Offener Brief
12 Internationaler Frauentag 1996
13 Frauenhandel und Sextourismus
14 Frauen auf der Uni - Vergangenheit?
15 Gegen die staatliche Repression
Junge Hexen
16 Notruf-Flugi
18 Notruf-Stellungnahme
19 Aufruf an alle Frauen
21 8. März - Werktätige Frauen
23 Int. Frauen/Lesbenkampftag (Linz)
25 Int. Frauen/Lesbenkampftag (Bonn)
29 Solidarität mit den Kurdischen Frauen
31 Presseerklärung zum Int. Frauen/Lesbenkampftag (Bonn)
32 Aufruf von Kurdischen Frauen
Grußbotschaft an Sarah Balagaban

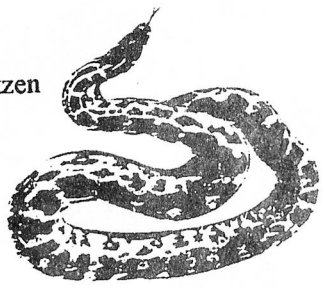
Aktionen gegen das Sparpaket
33 Alleinerzieherinnen, Frauen und Kinder
34 Feministische Mütter
35 Anti-Sozialabbau-Demo, 15.3.96
36 Migrantinnen gegen das Sparpaket
37 Widerstand in Solidarität
38 RosaLilaVilla-Flugi
Kundgebung vor dem Sozialministerium
39 Frohbotschaft der Sparpredigt

Informationen zum Sparpaket
41 Interne Informationen
46 Belastung durch das Sparpaket

49 Europa in einen neuen Rahmen setzen

INFOS
60 Erinnern an Ravensbrück
61 Info's





Verlagspostamt 1090 Wien
Frauennachrichten p. A.

Verein
Kommunikationszentrum
für Frauen
Währingerstr. 59 / 6
1090 Wien

Impressum:
Eigentümerinnen,
Verlegerinnen
Herausgeberinnen:
Verein Kommunikationszentrum
für Frauen
Druck: Eigenvervielfältigung
Herstellungsort: Wien

Diebstahl im FZ-Beisl !

Es dürfte inzwischen fast jeder Frau bekannt sein, daß (auch) das LesbenFrauenZentrum keine Subventionen mehr bekommt.
Das heißt, daß alles, was im LesbenFrauen MädchenZentrum finanziert werden muß, ausschließlich durch die Unterstützung einzelner Lesben Frauen und Mädchen möglich ist.
Und da gibt´s viele, die ihre Energie und/oder Zeit investieren, Bürodienst machen, Beisldienste, Buchhaltung, Einkaufen, Putzen, Ordnen, Verschönern, Ideen liefern und/oder umsetzen, Informationen sammeln und weitergeben, Diskutieren und organisieren, usw. um eine funktionierende Struktur immer wieder neu zu schaffen.
Eine der wichtigsten Einnahmequellen des LesbenFrauenMädchenZentrums sind Spenden von LesbenFrauen.
Der größte Spendenbrocken kommt jedes Jahr beim 8.März Fest zusammen.
Auch heuer war das so. An dieser Stelle **vielen Dank** an die zahlreichen Besucherinnen und Spenderinnen, vor allem aber den dafür arbeitenden LesbenFrauen.
UND WAS PASSIERT DANN? Das ganze Geld wird GEKLAUT!
Nicht zum ersten Mal, nein. Es passiert immer wieder, daß die Dinge im LesbenFrauen MädchenZentrum, die einzelne Frauen in mühsamer (oder auch lustvoller) Arbeit anschaffen, kaputtgemacht werden oder weggenommen werden.
Das und der **Diebstahl des Geldes ist eine totale VERARSCHUNG !**
Nicht nur, daß es sowieso schon extrem wenig Anerkennung für die Arbeit, die einzelne da leisten gibt und das Geld total fehlt, nicht nur, daß notwendige Anschaffungen nicht gemacht werden können, wirkt so ein Diebstahl äußerst demotivierend und destruktiv.
Die Lesben Frauen, die im Zentrum/Beisl arbeiten, werden gerne und häufig für das kritisiert, was sie alles nicht machen.
Das, was anderen FrauenLesben am und im Zentrum fehlt.
Kurz gesagt, die Lesben Frauen vom LesbenFrauenZentrum brauchen ein großes Selbstbewußtsein: Sich die fehlende Anerkennung immer wieder selbst zu geben ist ganz schön anstrengend.
Das, was Lesben Frauen dazu motiviert, ist der Spaß daran und, unter anderem, daß durch ihre Arbeit einiges an Infrastruktur geschaffen wird. Seien es bauliche Verbesserungen im Zentrum/Beisl oder eben Geräte, die angeschafft werden und dadurch wieder vielen LesbenFrauen und Mädchen zur Verfügung stehen.
DIESER DIEBSTAHL SCHWÄCHT EINEN LESBEN FRAUEN MÄDCHEN FREIRAUM UND STÄRKT SOMIT PATRIARCHALE HERRSCHAFT!!!

Also, Diebin, zieh gefälligst die Konsequenzen und zahl das Geld auf folgendes Konto ein:

Maria N.

Verein Kommunikationszentren für LesbenFrauen:

Ktonr.: 697 297 307

Bank Austria BLZ: 20151

WIDERSTAND MACHT FRAU

8. März
Internationaler FrauenLesbenMädchen-Kampftag

DEMO
16.00 Treffpunkt Südbahnhof
18.00 Abschlußkundgebung beim Parlament

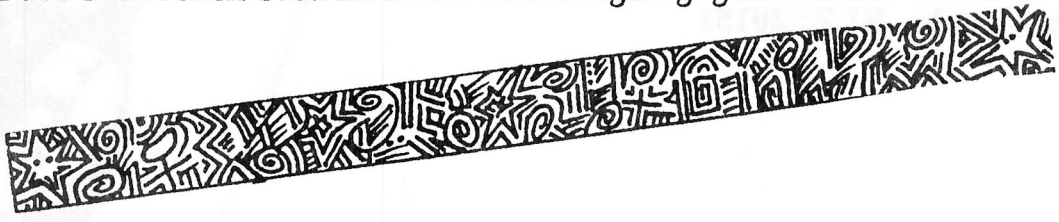
SOLIDARITÄT IST UNSERE WAFFE UND UNSERE STÄRKE

Auf der ganzen Welt sind politische und wirtschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen miteinander verschränkt. Die Ausbeutung der ärmeren Länder durch die reicheren und mächtigeren Staaten ist eine andere Dimension der Unterdrückung, die sich auch gegen Frauen im "eigenen" Land richtet. Unterschiedliche Formen von Diskriminierung verschleiern oft das Gemeinsame. Wo Frauen, Lesben, Mädchen mehr Möglichkeiten haben als ihre Schwestern anderswo, müssen sie ihre Kraft für Widerstand und solidarisches Handeln einsetzen.

Exemplarisch für die Solidarität mit den kämpfenden Frauen unterstützen wir heuer insbesondere die Forderung für das **Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes.** Wir protestieren gegen die Kriminalisierung türkisch/kurdischer Organisationen in Österreich.

- **Asylrecht für Frauen, die vor patriarchaler Gewalt geflohen sind und eigenständiges Aufenthaltsrecht dort, wo sie Schutz gesucht haben!**
- **Keine Rückschiebung von Flüchtlingsfrauen!**
- **Freiheit für Migrantinnen sich politisch zu organisieren und Zugang zu allen sozialen Leistungen!**
- **Internationale Unterstützung für die Sicherheit der Frauen in religiös und politisch fundamentalistischen Staaten und Schutz für ihre politischen Rechte!**
- **Maastricht-Diktat erzeugt Armut - weg damit, und her mit einer radikalen Umverteilung!**
- **Kein Beitritt Österreichs zur NATO und WEU! Gegen Krieg, Faschismus und Militarismus!**
- **Gegen Frauenhandel, Sextourismus und sexuelle Ausbeutung!**
- **Schluß mit wirtschaftlicher, biologistischer, rassistischer, sexistische Ausbeutung von FrauenMädchenLesben weltweit!**

So *demonstrieren* wir heuer auch *gegen die ökonomische Existenzvernichtung von Frauen* in Österreich durch die neuen Kürzungsprogramme und *gegen alle ausbeuterischen und unterdrückerischen Zustände und Handlungen gegen Frauen* überall.



In Österreich ist im Vorjahr das Geldvermögen um 276 Mrd. öS auf die unvorstellbare Summe von 3.766 Milliarden Schilling gestiegen. Aber 70% dieses Vermögens liegen auf 10% der Konten. Gleichzeitig leben schon jetzt über 1 Million Menschen in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, unter der Armutsgrenze.

80% der Notstandshilfebezieherinnen
jede 2. erwerbslose Frau
jede 3. Pensionistin
jede 4. Allein"erzieherin", also Alleinversorgerin von Kindern
haben *weniger als 7.700,- öS monatlich* zur Verfügung.

Immer mehr Frauen sind "geringfügig beschäftigt", also für einen Monatslohn *unter 3.500,- öS*, ohne sozial- und arbeitsrechtliche Sicherheit.
Immigrantinnen, die keine Vollzeitarbeit haben, droht die Ausweisung.
Die Mehrheit der Frauen hat keine Möglichkeit zur eigenständigen Existenzsicherung.
Aber 558 Mrd. Schilling an volkswirtschaftlichem Wert werden jährlich von Frauen gratis durch unbezahlte Arbeit im Haushalt, bei Alten- und Krankenpflege..... erarbeitet.

Wir fordern:

- **Keine Einführung von Zwangsarbeit für erwerbslose Frauen, Pensionistinnen und mittellose junge Frauen!**
- **Keine Aussteuerung, keine Kürzungen der Leistungen von erwerbslosen Frauen!**
- **Sicherung einer eigenständigen Existenz für ausnahmslos alle in Österreich lebenden Frauen!**
- **Radikale Umverteilung von Geld und Arbeit!**
- **Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!**
- **Wirksame Besteuerung von Kapital und Vermögen!**
- **Angesichts der von Frauen erbrachten unbezahlten Arbeitsleistung innerhalb und außerhalb von Erwerbsarbeit die erstmalige Entschädigungssumme von mindestens 100.000.- öS für 1996 für jede Frau!**

Keine Frau ist befreit, solange wir nicht alle befreit sind!

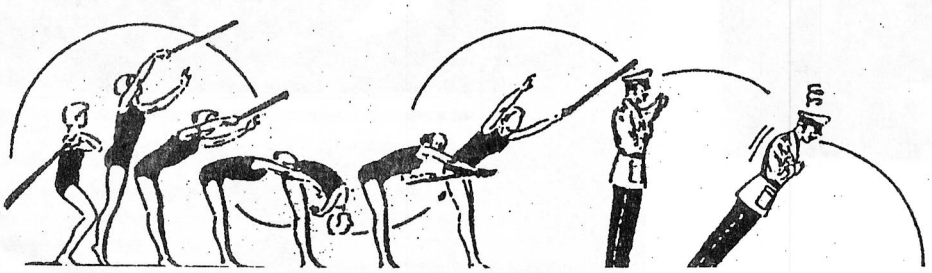
85 Jahre ist es her, daß 20.000 FrauenLesben auf der Wiener Ringstraße für ihr (Wahl-) Recht demonstrierten.
Jetzt erst recht!

- **Für Frauenmacht, die für FrauenMädchenLesben weltweit solidarisch handelt!**
- **Für sozialökologisches Wirtschaften frei von patriarchalen, kapitalistischen Systemen!**

Kommt mit vielen Freundinnen. Nehmt Lärminstrumente und Transparente mit.

ÄSTETHIK DES WIDERSTANDS:

Aktionseinheit Internationaler Frauentag



Die Demo

Viele, viele FrauenLesben und Mädchen waren heuer bei der 8.März Demonstration, 1000 - 1100 wurden gezählt!!!!!
Diese vielen Frauen werden von den bürgerlichen Medien ganz einfach totgeschwiegen. Es soll nicht darüber berichtet werden, daß so viele Frauen die Schnauze voll haben.
Gibt es so was wie Nachrichtensperre über linke feministische Frauenpolitik?????

An der Demovorbereitung waren verschiedenste Gruppen beteiligt: FrauenLesben Plattform gegen den Sozialraubbau, Yajk, GE-Frauen, Frauensolidarität, Initiative FrauenLesben gegen Zwangsarbeit, Frauen für ein Mädchenhaus, KPÖ-Frauen und Grüne Frauen.
Beim letzten Vorbereitungstreffen haben sich die Grünen mit dem zugesagten Demobus zurückgezogen, Grund war die SP-Kundgebung die sie mitunterstützten.
Diese Kundgebung der SPÖ und Gewerkschaftsfrauen war für 15Uhr beim Parlament angesetzt "um ein mögliches Zusammentreffen mit der autonomen FrauenLesben Demo zu vermeiden"! Aussage der VeranstalterInnen.

Die Route war etwas unglücklich gewählt, weil auf dieser Strecke kaum Fußgängerinnen unterwegs sind, die Ämter (Arbeiterkammer ...) um diese Zeit auch schon geschlossen sind.
Der Hauptgrund für einen Teil dieser Route war die türkische Botschaft. Es ist ja doch so, daß die jeweilige Botschaft vor deren Tür eine Demo oder Kundgebung stattfindet, das im Herkunftsland melden muß. Die türkischen Vertreter wollten wohl nicht gerne nach Istanbul melden, daß viele Frauen vor der Tür gegen den türkischen Staatsterror in Kurdistan protestieren.
Die österreichische Polizei gestattete nicht, das Vorbeigehen der Demonstrantinnen bei der türkischen Botschaft, die Route wurde umgeleitet, und zwar hinten bei der Botschaft vorbei.
Die Demostimmung war sehr gemischt, ein Ausdruck der Vielfalt von Frauen, die wirklich sehr bunt war. Parolen, singen, irgendwelche Geräusche, Musik, Wut, lachen, tratschen bis hin zum ernsten Gehen!
Die Redebeiträge waren:
gegen Frauenhandel, für Studentinnenstreik, für Frauen in Kurdistan, gegen das Sparpaket, gegen die Maßnahmen am Arbeitsamt, gegen Hausdurchsuchungen.

Internationaler Tag der Frau

Der 8.März kann nur im aktiven Kampf weiterentwickelt werden

Den Frauen ist es zum ersten Mal 1857 in New York gelungen, die Weltöffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen. Ab diesem Zeitpunkt an stärkten die Frauen für die Erlangung ihrer Rechte und bewiesen somit, daß sie ein Teil der Gesellschaft sind. Die Solidarität zwischen den erwerbstätigen Frauen führt dazu, daß sie ihren gemeinsamen Kampf für ihre Rechte sowohl am Arbeitsplatz als auch in der Familie gemeinsam aufnahmen.
Auf der II. Sozialistischen Internationale der Frauen 1910 wurde als Folge des langwierigen Kampfes der 8.März mit einem Beschluß den Frauen in aller Welt gewidmet.
Noch heute wird überall versucht u. a. mit unterschiedlichen Konferenzen eine Lösung der Frauenfrage herbeizuführen.
Die UN- Resolutionen, die Pariser Charta und viele andere internationale Gremien fasten viele unterschiedliche Beschlüsse, sowohl in Frauenfragen als auch in Fragen der Kolonialisierung und Ausbeutung von Völkern. Für die Einhaltung dieser Resolutionen wurden internationale Kontrollinstanzen wie Gerichte und weitere Mechanismen aufgebaut. Während diese sich in vielen Ländern für die Einhaltung der Menschenrechte geltend machten, verhalten sie sich schweigend gegenüber den Geschehnissen in Kurdistan, in der das kurdische Volk seit Jahrzehnten vor allem nach 1984 einem systematischen Staatsterror der Türkei ausgesetzt ist. Obwohl die vereinten Nationen 1960 das Selbstbestimmungsrecht der Völker festgeschrieben haben, bleiben alle Forderungen der Kurdinnen und Kurden für das Engagement dieser Gremien ergebnislos.
Der Befreiungsbewegung des kurdischen Volkes, welche für das Selbstbestimmungsrecht und die Anerkennung der nationalen Existenz kämpft, wird von der türkischen Staatsführung mit unvorstellbarer Vernichtungspolitik geantwortet. In Folge des schmutzigen Krieges wurden bis heute mehr als 3000 kurdische Dörfer durch militärische Gewalt zerstört und entvölkert. Etwa 4000 Menschen wurden in den letzten Jahren von den staatlich gelenkten Kontraguerillas auf offener Straße ermordet. Die kurdischen Frauen sind in diesem Krieg am meisten betroffen. So werden z.B. bei der Zerstörung und Entvölkerung der Dörfer alle Dorfbewohner auf den Dorfplätzen versammelt. In aller Öffentlichkeit werden Frauen gezielt entkleidet, mißhandelt und vergewaltigt. Dieses Verbrechen wird mit der Zielsetzung der Entwürdigung der Menschen durchgeführt. In den Gefängnissen werden Ehefrauen oder andere weibliche Familienangehörige der politischen Gefangenen in ihrer Gegenwart vergewaltigt, um den Widerstand der Gefangenen zu brechen. Von der Politik der verbrannten Erde sind die Frauen am meisten betroffen. Zu Tausenden, behausen geflohene Kurdinnen Plastiküberdachungen in den großen Städten Kurdistans und der Türkei und müssen hier unter schwierigsten Bedingungen für die Kinderversorgung aufkommen. Etwa 16.000 waren von der Flucht nach Südkurdistan betroffen, wo sie unter unmenschlichen Verhältnissen leben.
Auf eine erschreckende Art und Weise müssen wir feststellen, daß die internationale Staatengemeinschaft gegenüber diesen, durch zahlreiche Dokumente belegten barbarischen Krieg schweigt. Die westlichen Staaten, insbesondere Deutschland und die USA, fördern mit ihrer militärischen, wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Unterstützung an die Türkei diesen Krieg. Obwohl die Türkei die Genfer Kriegskonventionen unterzeichnet hat, wurden erneut Dokumente öffentlich, die das Kriegsverbrechen der Türkei belegen.
Seit 12 Jahren führt das kurdische Volk einen beharrlichen Befreiungskampf gegen den Vernichtungsfeldzug der türkischen Besatzungskraft. Dieser Kampf ist zugleich auch ein Befreiungs- und Emanzipationskampf der kurdischen Frauen. Aus diesem Grund sind über 7000 Freiheitskämpferinnen in den Bergen aktiv an diesem Kampf beteiligt. Heute sind weiter tausende Kurdinnen in den Dörfern und Städten Kurdistans an den Nationalen Befreiungskampf organisiert und kämpfen neben der nationalen Befreiung auch für die Befreiung der Frau. Die Emanzipation der Frauen Kurdistans hängt von dem Grad ihrer politischen Beteiligung an dem Befreiungskampf ab.
Mit unserem Kampf werden wir versuchen den historisch-politischen Gewinn im Sinne der Befreiung der Frau, welches sich im 8.März manifestiert, weiter auszubauen und somit gerecht zu werden. Hierbei ist die internationale Solidarität unsere unverzichtbare Waffe und Stärke zugleich.

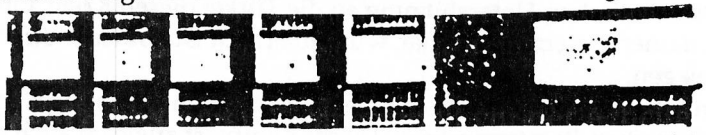
- Hoch die internationale Solidarität und Einheit der Frauen Weltweit!

8. März 1996

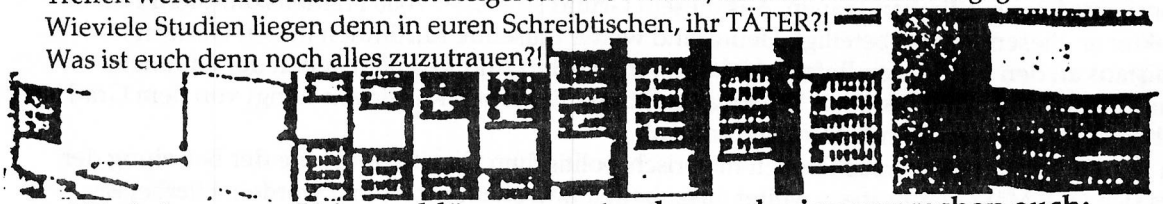
Redebeitrag der Initiative FrauenLesben gegen Zwangsarbeit vor der Arbeiterkammer

Wir stehen hier vor einer der elementaren Bunkerzentralen der österreischischen "Partnerschaft" - nämlich der Arbeiterkammer.
Das große "I" für Arbeiterinnen fehlt in ihrer Bezeichnung.
Das ist kein Zufall, denn sie wissen ganz genau, wofür die Frauen in diesem Land gut sein sollen: für den großen Beschiß ... für die Sanierung!
Den Raubzug gegen uns bezeichnen sie als "sozial gerecht", als "sozial ausgewogen".
"Hart und brutal" ist das Motto der Steigbügelhalterin Elenore Hostasch, ganz im Sinne ihrer Haberer.
Wundern tut uns das nicht.
Denn seit gut 10Jahren macht die Arbeiterkammer an den uns allen bekannten Sozialschmarotzer - Hetzkampagnen mit.
Diese "Interessensvertretung" sitzt in sämtlichen "sozial"partnerschaftlichen Gremien und Beiräten. Sie war offensichtlich nie bereit, die permanenten Angriffe gegen uns Frauen abzuwehren.
Ganz im Gegenteil: Jetzt ist es klar, wer schon immer als Sozialschmarotzer in diesem Land gemeint war: es sind die Frauen!
Wie anders wäre sonst ihre Politik zu erklären, die für Frauen nur Prekärjobs, Ausbau der Teilzeit und Flexibilisierung, Tele- Homeworking, Putz und Leiharbeit und schon demnächst die sogenannte "Gemein - nützige Arbeitskräfteüberlassung" vorsieht.
In dem Maße, in dem die existierende Arbeit immer weniger und weniger wird, raufen sich die Herrschaften um ihre gesicherten Pöstchen. In ihrem Verteilungskampf greifen sie zurück auf ein altbekanntes Rezept, brennheiß serviert:
"Wer keine Arbeit hat, soll auch nicht essen!" - Kürzung der Notstandshilfe, Aussteuerung aus der Pension, Zwangsarbeit oder "freiwilliges" Abbmelden durch Terror am Arbeitslosenamt stehen für langzeitarbeitslose Frauen auf dem Programm - zusätzlich zum Mund-Raub an den Kindern.
Das hatten wir bereits, das kenne wir schon:
Das Arbeitslosenversicherungrecht wurde 1926 zum Zwecke der Aufstandsbekämpfung installiert. Frauen waren aus der Versicherung weitgehend ausgeschlossen: Auch damals dienten sie den staatlich legitimierten Zuhältern, nämlich den Männern, als Dazuverdienerinnen, Heimarbeiterinnen und mußten an der Gebärfront dienen.
1933 im Ständestaat erfolgte der Ausschluß jeder selbstständigen Arbeitnehmervertretung. Das dicke Ende ist allen bekannt ...
Das alles kann Frau Hostasch und die "linken Herren", die da drinnen sitzen, im hauseigenen Archiv nachlesen, fall sie es schon vergessen haben sollten.
Stattdesses applaudieren die Damen und Herren im vorauseilendem Gehorsam dem Herrn Arbeitsminister zur Einführung der Zwangsarbeit, zur Kürzung und Aussteuerung der Langzeitsarbeitslosen.
Diese Genossen haben anscheinend keine Angst in die Geschichte dieses Landes einzugehen.

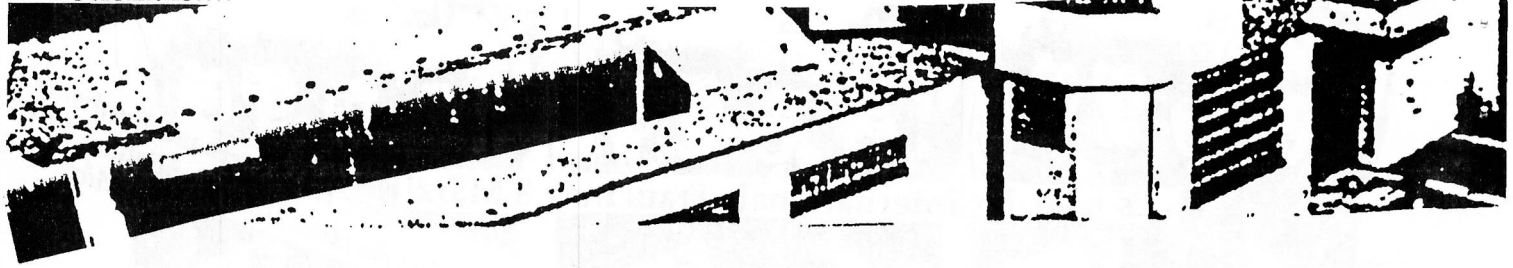
Daham bleibt daham.
Erdäpfelsalat bleibt Erdäpfelsalat,
Sexismus bleibt Sexismus und
Faschismus ist Faschismus.



Treffen werden ihre Maßnahmen zielgerecht die Frauen, die zum Abschuß freigegeben werden, ins soziale Out.
Wieviele Studien liegen denn in euren Schreibtischen, ihr TÄTER?!
Was ist euch denn noch alles zuzutrauen?!



Wir haben eure Kriegserklärung verstanden und wir versprechen euch:
Wir werden euren Vernichtungsfeldzug niemals hinnehmen !!!!
Arbeitsamt, Armut, Knast und Psychiatrie - ihr brecht uns Frauen nie!
Niemals!!!!



Wien, 4.März 1996

Initiative FrauenLesben gegen Zwangsarbeit
A- 1071 Wien, Postfach 71

Presseinformation

Als diejenige Personengruppe, die der Aussteuerungspolitik und den Zwangsarbeits-Maßnahmen der Koalitionspartner ausgesetzt sein wird, als diejenigen, die es sich nicht mehr „richten" können, appellieren wir an sie, endlich durch eingehende und faire Berichterstattung die Öffentlichkeit über unsere Situation zu informieren:

Sperren und Ausgrenzung, Arbeitsdienst bzw. Zwangsarbeit

Selbstverständlich handelt es sich bei Hums „Hilfsaktion" für Langzeitarbeitslose um Zwangszuweisungen, um den (Zwangs)arbeitseinsatz zum Arbeitsdienst.
Schon bisher übten die Arbeitsämter unserer bitteren Erfahrung nach regelrechten Terror, insbesondere gegen langzeitsarbeitslose Frauen und Frauen mit Betreungspflichten aus. Die Gewerkschaft und die Arbeiterkammer sind aufgrund vielfältiger Kontaktierung durch die Betroffenen diesbezüglich voll im Bild.
Die Praxis sah bisher bereits so aus: Zuweisung in (Prekär)Jobs, auch mit Abend- und Wochenenddienst, Zuweisung von Frauen mit z.B. behinderten Kindern ohne Betreuung in Jobs, die 50km vom Wohnort entfernt sind, usw. usw. . Frauen, die diese Anforderungen nicht erfüllen können (weil sie ja zudem gesetzlich zur Aufsicht ihrer Kinder verpflichtet sind!) oder nicht erfüllen wollen, werden willkürlich als Arbeitsunwillige denunziert und vom Bezug gesperrt! Wiederholtes Sperren -4 + 6 + 8 Wochen - führ(t)en erstens zur Aussteuerung und zweitens zum psychischen und physischen Ruin. Mit wiederholten „Aktionen scharf" wurden Langzeitsarbeitslose mit Droh- und Sperrmitteln zur „freiwilligen" Abmeldung (wohin?) gezwungen. Daß diese Personengruppe und deren Angehörige während des „Ausschlusses" auch nicht krankenversichert sind, ist ein unzumutbares, erpresserisches zusätzliches Faktum.
* Bei sinkendem regulären Stellenangebot soll mit dem Sparpaket II durch Verlängerung der Sperrfristen auf sechs Wochen beim ersten Mal und bei jedem weiteren Anlaß jeweils acht Wochen bei „Arbeitsunwilligkeit" oder „Vereitelung" und durch die Neueinführung einer **jederzeitigen Verfügbarkeit** der Druck auf Erwerbslose verstärkt werden, jegliche Beschäftigung anzunehmen oder zu verschwinden ... . Frauen gelten nicht als „**verfügbar**", wenn sie Kinder haben, die nicht nachweislich in Betreuung der Großmutter oder anderen Betreuungsplätzen (die oft nicht wirklich existieren) zwangsversorgt werden.
* Das heißt: Diese Frauen werden in Hinkunft ganz offiziell aus jedem Bezug bewußt von vornherein ausgeschlossen, also ins OFF befördert.
Aber auch der Besuch einer Abendschule, eine geringfügige Beschäftigung usw. sind demnächst Ausschlußmöglichkeiten ...
Herr Hums und die Herren vom AMS mögen bitte nicht so tun, als wären sie verständige, nette Herrn!

Ausdehnung der Anwartschaftszeiten zur Erlangung von Arbeitslosengeld, Kürzung der Notstandshilfe

* Frauen sind generell ab dem Alter von 30 / 35 für den Arbeitsmarkt nicht interessant - zu alt! Durch die Anhebung der Anwartschaftszeiten zur Erlangung von Arbeitslosengeld wird Frauen die Möglichkeit einer existenziellen Absicherung zunehmend unmöglich gemacht.
Langzeitsarbeitslose bzw. Frauen, die oft mit Erwerbslosigkeit konfrontiert sind, fallen in eine Abwärtsspirale, aus der es kein Entrinnen gibt.
* 80 Prozent der Notstandshilfebezieherinnen liegen mit dem Bezug derzeit schon unter dem Ausgleichzulagenrichtsatz von ÖS 7.800,— andere werden wegen „Vollbeschäftigung" des „Partners" aus jeglichem Bezug ausgeschlossen.
* Langzeitsarbeitslose werden in mehrere Kategorien aufgesplittert, Personen, die schon mehrmals im Notstandshilfebezug waren, werden durch Kürzung des Bezugs empfindlich bestraft. Dies gilt insbesondere auch für die über 40 bzw. 50jährigen erwerbslosen Frauen, denen ein (Wieder)Einstieg in den Beruf nicht „geglückt" ist.
Auch das sogenannte „Bonus-Malussystem" (Einstellung/Kündigung von Älteren) wird hier keine Abhilfe schaffen - abgesehen davon, daß Vierzigjährige hier wiederum durch den Rost fallen werden, weil Bedingung für dieses System ein Alter von 50 Jahren ist.
* Die Sonderunterstützung für ältere Arbeitnehmerinnen wird abgeschafft und damit werden zahlreiche ältere Frauen nicht nur aus dem Bezug der Notstandshilfe, sondern sogar um ihre Pension gebracht.

Frauen werden um Pensionen geprellt

* Die Umwandlung der Versicherungszeiten in „echte" Beitragszeiten - dies betrifft nicht nur Studienzeiten usw., sondern auch vor allem anrechbare Zeiten bei Arbeitslosigkeit - sind ein Mittel der direkten Aussteuerung aus der Pension. Alle, die verstärkt von Erwerbslosigkeit betroffen waren und sind, konnten davon ausgehen, daß durch die Anrechnung der Versicherungszeit eine Pension zu erlangen sei, um die sie nun betrogen werden! Alle über 40jährigen haben jetzt keine Chance mehr, zu einer Rente zu kommen und dies beinhart ohne jegliche Übergangsregelung! Die Steigerung von 15 Jahren Beitragszeit auf 20 Jahre „echte beitragszeit" innerhalb der letzten 30 Jahre zur Erlangung einer Mindespension ist für die meisten Betroffenen unerfüllbar.
* Frauen haben aufgrund der Lüge „Partnerschaft" und „Gleichbehandlung" selbstverständlich nicht die Erwerbsbiographie von Männern. Und die Zwangsarbeitspläne von Hums werden daran ebenfalls nichts ändern! Hier werden tausende Frauen zu „Nettozahlerinnen" gemacht, die - wie unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen - einzahlen, aber keine Leistung erhalten. So sieht die „soziale Ausgewogenheit und die Sicherung der Pensionen" für uns Frauen hierzulande aus!
* In Anbetracht dieser Umstände können es sich Frauen gar nicht mehr leisten, sich in Zwangsmotivation- oder Orientierungsmaßnahmen rekrutieren lassen, weil dadurch wertvolle Beitragszeiten für einen Pensionsanspruch verloren gehen.
* Daß Hums in Anbetracht dieser Umstände auch noch den Nerv hat, Zwangsarbeit als „humanen Akt" und „Hilfe" zu verkaufen, ist die größte Chuzpe, die wir erlebt haben!

****

Tausende Frauen in Österreich haben den Frontalangriff verstanden und sind empört:

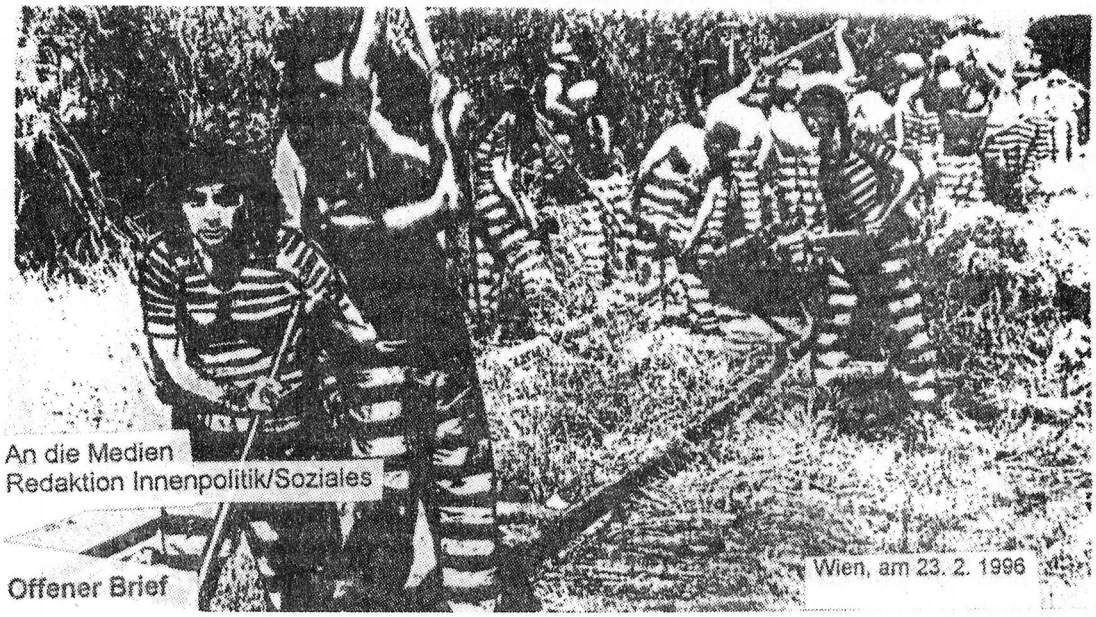
Die diesjährige FrauenMädchenLesben Demonstration zum internationalen Frauenkampftag am 8.März in Wien steht im Zeichen dieser Existenzfragen.

16.00 Südbahnhof, Abschlußkundgebung ca. 18.00 Uhr vorm Parlament.

Wir ersuchen um Ankündigung und Berichterstattung

Schon 1929 forderten Frauen in Berlin, die Arbeit in der Rüstungsproduktion zu verweigern.

Und es gibt doch sichere Arbeitsplätze!



An den Bundesminister für Arbeit und Soziales F. Hums
An den Leiter des Arbeitsmarktservices H. Buchinger

Wir protestieren gegen die von Ihnen geplanten Verschärfungen in der Sozialgesetzgebung und insbesonders der Arbeitslosenversicherung.
Kürzungen, Sperren, Ausgrenzung, Zwangsarbeit sind Maßnahmen, die gezielt Frauen - wieder einmal - in Armut und Abhängigkeit bringen sollen.
Hier handelt es sich nicht, wie von Ihnen behauptet, um einen "humanitären Akt", sondern um einen Anschlag auf die Existenzrechte von Frauen und deren Kinder.
Solche Maßnahmen dienen nicht der Integration der Frauen in den regulären Arbeitsmarkt, sondern sind ausschließlich Disziplinierungsinstrumente, die den Ausschluß von Frauen vorantreiben sollen.
Daß Sie die von Ihnen geplante Zwangsarbeit als Durchsetzung des "Rechts auf Arbeit" bezeichnen, sehen wir als blanken Zynismus und versichern Ihnen, daß wir, durch welche Sanktionsdrohungen auch immer, nicht zu einer Akzeptanz dieser "Maßnahmen" gebracht werden können!

Wir fordern Sie auf, alle diese geplanten frauenfeindlichen, existenzbedrohenden "Maßnahmen" unverzüglich zurückzunehmen!

Aktionseinheit für den 8. März
Aktionseinheit Internationaler Frauentag
Frauen/Lesben Plattform gegen Sozialraubbau
GE-Alternative Gewerkschafterinnen
ÖH-Frauenreferat
Verein Kommunikationszentrum für Frauen und Lesben
Vereinigung Kurdischer Frauen in Österreich
Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit
KPÖ Frauenreferat
GRÜNE Frauen Wien
Frauen der Fachgruppe Filmschaffende, Gewerkschaft KMfI
Interessensgemeinschaft Alleinerzieherinnen
AUF - Eine Frauenzeitung
an.schläge - Feministisches Magazin
Verein Frauen für ein Mädchenhaus
Arbeitsgruppe Mädchenpower
Arbeitsgruppe Oral History
Mütter gegen das Sparpaket
Frauen für eigenständiges Existenzrecht
Verein Frauen beraten Frauen

Tot? Die Frauenbewegung denkt nicht daran.

Ergeht an Sozialminister Hums, H. Buchinger (AMS), Frauenministerin Konrad, AK-Präsidentin L. Hostasch, ÖGB-Präsident F. Verzetnitsch, ÖGB-Frauen I. Schmidtleitner, Bundeskanzleramt und div. Medien

Internationaler Frauentag 1996

Worum es heute am Nachmittag bei der Frauenkundgebung gegangen ist und was wir wollen: Es geht nicht um ein paar „Ecken und Kanten", wie ÖGB-Frauenvorsitzende Schmidleithner formuliert oder „Nachbesserungen", wie es vor 2Tagen vom ÖGB-Vorstand formuliert wurde. Es geht um die nackte Existenz von Frauen. Der Mehrheit der Frauen wird die Chance auf eine eigenständige Existenzabsicherung verwehrt und das mit Unterstützung der ÖGB-Spitze! „Vom ÖGB werden keine Kampfmaßnahmen ergriffen", meinte der Herr Verzetschniz. Ich warte darauf, von den ÖGB-Frauen über diesen Tag anderes zu hören.

Den SPÖ-Frauen, die sich nicht einmal aufraffen konnten, offensiv zur ÖGB-Frauenkundgebung zu mobilisieren, sei gesagt: wer prinzipiell ja zu diesem Rundumschlag gegen Frauen sagt, der braucht der Kindergartenmilliarde nicht hinterhertrauern. Neuer Beschluß jetzt 600.000 von der Postausgleichung statt Wohnbauförderung zweckgebunden für Kindergärten. Wenn es keine Erwerbsarbeitsplätze mehr gibt, wenn die Alternative für Frauen, materielle Abhängigkeit von einem Ernährer oder Armut heißt, dann brauchen wir auch keine Kindergärten mehr, die kann sich dann nämlich nur mehr jener Teil leisten, der sich seine Bediensteten heute schon ins Haus holt. Dann sind dann u. a. jene Arbeitsdienste, für die Langzeitsarbeitslose laut Hums zwangsvermittelt werden sollen.

Wer auch nur in einem Punkt nachgibt, begeht Hochverrat an den Interessen der Frauen. Und mehr noch: wer heute keinen Widerstand leistet, bereitet den Boden auf für reaktionärste faschistische Ideologie a la Haider.

Zweieinhalb Billionen, mehr als das Doppelte der gesamten Staatsverschuldung, das zwanzigfache der 100 Mrd., die sie aus uns rauspressen wollen, liegen auf nur 10% der österreichischen Sparkonten.

Wir haben guten Grund nicht nur keinem der Kürzungen, Verschärfungen, der Abdrängung in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und in Armut, zuzustimmen, sondern offensiv unser Recht auf eigenständige Existenzsicherung einzufordern.

Der heutige Tag kann für alle Frauen nur ein Auftakt gewesen sein. Ein bundesweiter Frauenstreik sollte die Perspektive spätestens am 8.März 97 sein.

8. März 1909, New York: Demonstration für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, Wahlrecht, Verbot der Kinderarbeit

Redebeitrag zu Frauenhandel und Sextourismus

Sextourismus

Wir stehen hier jetzt vor einigen Fluglinien, die Reisen in für Sextourismus bekannte Länder organisieren. In ihren Prospekten werben sie gezielt mit dem Bild der exotischen Frau, um Sextouristen.

Jährlich reisen Millionen von weißen westlichen Männern nach Thailand, auf die Philipinen, in die Dominikanische Republik, Brasilien, um sich die Ware Frau zu kaufen. Besetzungen durch Militärmächte wie die USA schufen den Boden für dieses Geschäft mit der Prostitution. Rund um die Militärbasen wurden sogenannte Vergnügungsviertel für Soldaten eingerichtet. Diese Gebiete wurden wirtschaftlich abhängig von den Militärbasen.

In diesen Gebieten und Ländern ist für Frauen oft die einzige Möglichkeit, das tägliche Überleben für sich und ihre Familien zu sichern, die Arbeit als Sexarbeiterin.

Die wirtschaftliche Armut der Länder des Südens steht im engen Zusammenhang mit der 500- jährigen Geschichte der Kolonialisierung und noch heute lebt der hochindustrialisierte Norden auf deren Kosten.

Die ökonomische Globalisierung und die Folgen des Neoliberalismus in der Wirtschaft sind ein Grund warum Frauen, um der Armut zu entfliehen, auch in der Migration eine Möglichkeit sehen, ihr Überleben zu sichern.

Neben wirtschaftlichen Notwendigkeiten spielen bei der Migration oft auch Illusionen und Falschinformation über das Leben in den Industriestaaten des Nordens eine Rolle.

Frauenhandel

Frauenhandel ist eine der extremsten Formen von Sexismus, Rassismus und (post)kolonialen Strukturen. Seit Jahrhunderten gelten Frauen in patriarchalen Gesellschaften als Eigentum von Männern, und bis heute ist die Möglichkeit Frauen zu rauben, zu vergewaltigen, zu tauschen, zu verkaufen oder zu verschenken ein Mittel der Eroberung und Unterwerfung. Die heutigen Formen des Frauenhandels werden oft zu Recht als Sklavenmarkt bezeichnet. In dem gleichen Maße, wie sich Industrieländer der Reichtümer der Länder des Südens bemächtigen, werden auch die Menschen dieser Länder vornehmlich Frauen und Kinder, ihre Körper und Sexualität zu ausbeutbaren Rohstoffen. Erst über die männliche Nachfrage und das Kaufverhalten wird Frauenhandel möglich. Über den Kauf einer ausländischen Frau kann der weiße westliche österreichische Mann seine Vormachtstellung als Weißer realisieren, denn die Abhängigkeit der Frauen, die sich in einer Notlage befinden, ist garantiert.

Häufig werden Frauen mit falschen Versprechungen bezüglich Arbeitsmöglichkeiten, seriöser Tätigkeiten oder einer Ehe angeworben und erfahren erst hier angekommen – das heißt wenn es bereits zu spät ist – daß sie nun gezwungen sind, sich zu prostituieren. Etliche Frauen wissen jedoch auch, daß sie in der Prostitution arbeiten werden, sie wissen aber nicht in welchen Gewaltverhältnissen sie arbeiten werden.

Wenn wir also von Frauenhandel sprechen, meinen wir jede Art von Migrationsgeschäften mit Frauen: Handel in die Prostitution, den Heiratshandel und andere Arten des Handels in sklavenähnliche Zustände, wie in die Hausarbeit oder Reisebürogeschäfte, bei denen der Kundin, die sich schwer dafür verschuldet, Arbeit im Zielland versprochen und ein teures Ticket verkauft wird.

Situation in Österreich

Die Situation dieser Frauen in Österreich ist gekennzeichnet durch Isolation, Verständigungsschwierigkeiten und Abhängigkeit von Ehemännern, Händlern, sogenannten Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen und Zuhältern. Für von Frauenhandel betroffene Frauen ist es oft unmöglich ihrer Situation zu entfliehen, weil sie sich verschuldet haben, ihnen der Paß abgenommen wurde, weil ihre Familien von dem Geld, das sie nach Hause schicken, leben und weil sie von der Abschiebung bedroht sind.

Wenn sie in der Prostitution arbeiten, ist dies illegal. Da die Prostitution nicht als Arbeit anerkannt ist, gibt es keine Arbeitsgenehmigung dafür, daher bekommen sie keine Aufenthaltsgenehmigung. Entscheidet sich eine Frau dafür Anzeige zu erstatten, ist sie der Gefahr ausgesetzt, sofort abgeschoben zu werden ohne Möglichkeit dagegen Einspruch zu erheben. Somit kommt es zu keinem Prozeß gegen Frauenhändler, weil die Zeugin fehlt.

Deswegen fordern wir sofort, daß ein Opferschutzprogramm ausgearbeitet wird, indem für Frauen garantiert ist, daß sie ihnen psychologische, soziale und medizinische Betreuung zur Verfügung gestellt wird und daß ihnen Zeit bleibt, sich für oder gegen eine Anzeige zu entscheiden.

Wir fordern eine unbefristete Aufenthaltsmöglichkeit für von Frauenhandel betroffene Frauen.

Wir fordern längerfristig, die oben beschriebenen Bedingungen, die Frauenhandel möglich machen zu verändern.

Freundinnen der LEFÖ

FRAUEN AUF DER UNIVERSITÄT - EINE VERGANGENHEIT ???

Redebeitrag und Flugi von den öH- und ZA-Frauenreferaten

DIE REALITÄT

* Professur - Stellen sind zu ca. 5 % von Frauen belegt (Frauenanteil der weiblichen Studierenden beträgt 44 %)
* 80 (in Wien) remunerierte LV-Stunden zu frauen/geschlechtsspezifischen Themen pro Studienjahr vom eigens dazu geschaffenen Frauentopf (Gesamtstudienzahl in Wien ca. 9.500 pro Studienjahr !)
* Möglichkeit Frauenforschung zu studieren ist dem Willen und der Lust des jeweiligen Instituts unterworfen
* Es gibt keine Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung
* Bis jetzt wurden keine Taten zur Einhaltung des Frauenförderungsplanes gesetzt

DAS SPARPAKET:

* AUFNAHMESTOP: auf Kosten der Frauen vorwiegend, vor allem der Jung-Akademikerinnen; weitere Folge: Einsparung bei frauenspezifischen LV`s
* KARENZGELD: durch gekürzte Karenzzeit wird Müttern, vor allem Alleinerziehenden, Studium noch mehr erschwert
* PENSION: auf 37,5 Jahre erhöhte Mindestversicherungszeit erschwert Frauen finanziell unabhängig zu werden (oder sollen Akademikerinnen bis zum 70. LJ arbeiten?)
* WEITERE MASSNAHMEN: Streichung derFamilienbeihilfe ab Mindeststudienzeit + 2 Toleranzsemester, Streichung der Freifahrt für öffentliche Verkehrsmittel, Wegfall der Mitversicherung und derWaisenrente bei Wegfall der Familienbeihilfe, Nachkauf von Pensionsjahren für die Studienzeit erschweren Nicht-Privilegierten zu studieren, wieder einmal sind hier Frauen mehr betroffen

Alle diese Maßnahmen und noch weitere führen nur zu einem: der Elite-Universität als Männer-(H)Ort. Um dieses zu erreichen hat mann sich noch einiges einfallen lassen:

DAS UNISTG (Uni-Studiengesetzbuch):

* KÜRZUNG (der meisten) GRUWI-/GEWI-Studienrichtungen auf 6 SEMESTER: das Studium als Ausbildung zum Fachidioten, keine Anerkennung imAusland, Frauenforschung fällt weg, noch keine finanzielle Unterstützung
* KEINE BEURLAUBUNG - ausnahmslos: Krank-Werden, Auslandsaufenthalte, Kinder kriegen usw. während des Studiums verboten
* AUTOMATISCHE WEITERINSKRIPTION: bei Nichterbringung des dazu erforderlichen Leistungsnachweises von 2 Stunden droht Ex-Matrikulation, Aberkennung aller Prüfungen und Nicht-Zulassung zum Studium an allen österreichischen Universitäten
* VERWENDUNGSPROFIL: nach diesem wird die Brauchbarkeit einer Studienrichtung beurteilt: Studium als Berufsausbildung

Wir Frauen lassen und das nicht gefallen. Wir wollen mehr:

* **soziale Absicherung der Studierenden**
* **Förderung von Alleinerziehenden (Kinderbetreuung, Studienbeihilfe, Sozialversicherung...alles unabhängig von finanzieller Lage der Familie, des Partners)**
* **mehr Geld für Forschung und Wissenschaft**
* **Studium als kritische Auseinandersetzung**
* **Etablierung der Frauenforschung, ausnahmslos in allen wissenschaftlichen Bereichen**
* **Durchsetzung des Frauenförderungsplanes**
* **Schutzmaßnahmen gegen sexuelle Ausbeutung und sexistische Behandlung von Frauen**

Unsere Forderung: WEG MIT DEM SPARPAKET

Zusatz:
Ab 11.3.96 ist AN ALLEN UNIS in österreich von den Studierenden der STREIK BESCHLOSSEN, die AssistentInnen und Teile der ProfessorInnen haben sich angeschlossen. Bei Streikbruch werden die Lehrveranstaltungen unterbrochen. Es wird versucht mit ArbeiterInnen Kontkat aufzunehmen, um nicht nur an den Unis zu streiken, sondern den STREIK auszuweiten !!!

SOLIDARITÄT UND WIDERSTAND GEGEN DIE STAATLICHE REPRESSION

kurzer Redebeitrag und Presseaussendung zum 8.3.

Die polizeiliche Verfolgung von Personen, die dem "Revolutionsbräuhof" zugerechnet werden, gehen weiter.
Am 7. März 1996 fanden bei mindestens 10 Personen weitere Hausdurchsuchungen statt, nachdem bereits am 23.1.1996 vier Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden.
Bei allen Durchsuchungen wurden Gegenstände beschlagnahmt: jegliche Computeranlagen und Datenträger, egal wer die jeweilige BesitzerIn ist, private Aufzeichnungen, Terminkalender, Adressbücher etc.
Am 23.2.1996 wurden 18 Personen zur Staatspolizei vorgeladen. Die Personen verweigerten die Aussage. Vom Gericht wurde die Akteneinsicht verwehrt. Soweit dies ohne Akteneinsicht berurteilbar ist, wird wegen **"Aufforderung zu strafbaren Handlungen", "Bildung einer kriminellen Vereinigung", "Herabwürdigung der Republik", "Verbrecherisches Komplott"** und, erstmals seit 1945, wegen **"Bildung einer staatsfeindlichen Verbindung"** ermittelt.
Die Beschuldigungen beziehen sich nicht auf erfolgte "Taten", sondern auf Meinungen.

GEMEINSAMER WIDERSTAND GEGEN DIE STAATLICHE REPRESSION !!!

JUNGE HEXEN

Lied von Mädchen der Virginia Woolf-Schule,
bei der Abschlußkundgebung , 8.3.

Eine junge Hexe, nahm sich einmal Zeit
der Barbara mal zuzuhören, da waren sie zu zweit.

Zwei junge Hexen brachten einmal mit
die Stefanie zu sich nach Haus, da waren sie zu dritt.

Drei junge Hexen sagten jetzt und hier
und halfen der Susanne aus, da waren sie schon vier.

Vier junge Hexen trafen mal im Park
die weinende Angelika, zu fünft da war`n sie stark.

Fünf junge Hexen waren unterwegs
und stießen auf Antonia, da waren sie schon sechs.

Sechs junge Hexen taten tüchtig schieben
Brigittes alten PKW, da waren sie schon sieben.

Sieben junge Hexen haben viel gelacht,
das hörte auch Marie Madleine, da waren sie schon acht.

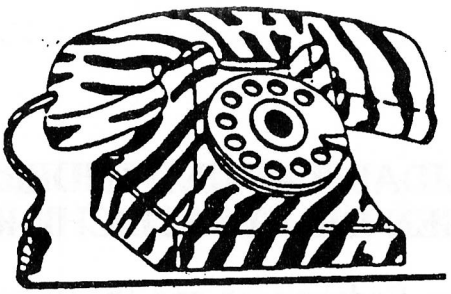
Acht junge Hexen stellten sich blad ein
bei der kranken Melanie, da waren sie schon neun.

Neun junge Hexen fanden tanzen schön
und nahmen auch die Sonja mit, da waren sie schon zehn.

Zehn junge Hexen gehen mit dem Wind
und sprechen viele Frauen an bis sie 12.000 sind.

Flugi des Notruf auf der 8.3.-Demo

notruf & beratung
für vergewaltigte Frauen
und Mädchen 523 22 22
Postfach 157 A-1070 Wien
Bank Austria Kto.nr. 407015403



Frauen kennen
Männergewalt zu Hause, auf der Straße und am Arbeitsplatz
Frauen wissen
Bekannte, Freunde, Verwandte sind Täter und können auch zu Tätern werden
Frauen wehrt euch!

- seid aufmerksam
- nehmt eure Gefühle ernst
- achtet auf Grenzüberschreitungen
- tauscht Euch **mit anderen Frauen** über Erfahrungen mit sexuellen Übergriffen aus
- entwickelt **gemeinsam** Strategien gegen Belästiger und Vergewaltiger
- besucht Selbstverteidigungskurse

Wir bieten Frauen und Mädchen **parteiliche, anonyme** und **kostenlose** Beratung und Unterstützung an.
Wir geben **telefonisch** und **persönlich** Auskünfte.
Weiters bieten wir an:

- **Begleitung** zu Polizei, Gericht, medizinischer Untersuchung und Ämtern
- Organisation von Selbsthilfegruppen
  Vermittlung zu Ärztinnen, Therapeutinnen,
- Juristinnen, anderen Beratungsstellen
- Vermittlung zu **Selbstverteidigungskursen**
- Abhaltung von **Selbstbehauptungenskursen** und **Konfrontationstraining**
- **Projektunterricht** in Mädchenklassen
- Abhalten von **Vorträgen** und Diskussionsveranstalungen
- Fachbibliothek und Zeitungsarchiv

für weitere Fragen:

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:

Mo	10-18 Uhr
Di	14-18 Uhr
Mi	10-14 Uhr
Do	17-21 Uhr

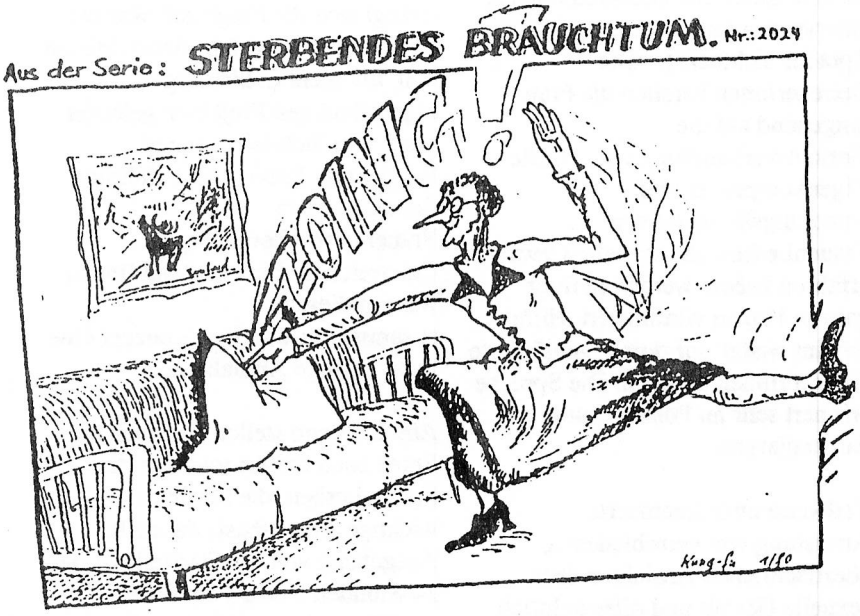
Der unabhängige Verein NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGE FRAUEN UND MÄDCHEN leistet **seit 14 Jahren feministisch-parteiliche Beratungs- und Präventionsarbeit.**

* Seit 14 Jahren informieren, unterstützen und begleiten Notruffrauen vergewaltigte und von sexueller Gewalt bedrohte und belästigte Frauen und Mädchen.
* Seit 14 Jahren werden Strategien gegen sexuelle Gewalt gesammelt, erarbeitet und weitergegeben.
* Seit 14 Jahren ist es unser Anliegen, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu enttabuisieren und in ihrer Funktion als Instrument zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung patriarchaler Herrschaftsverhältnisse aufzudecken und zu benennen.

Situation jedoch drastisch zugespitzt: zum einen durch die Streichung von Aktion-8000-Anstellungen durch das Arbeitmarktservice Wien, zum anderen durch die Installierung eines "Frauennotrufs" der Gemeinde Wien. Währen der seit 1982 tätige NOTRUF im Jahr 1995 von der Gemeinde Wien insgesamt nicht mehr als 300.000 Schilling an Subvention erhalten hat, stehen für die neu geschaffene Gemeindeeinrichtung 4 Millionen Schilling zur Verfügung!

Die weitere Finanzierung des autonomen Wiener NOTRUF ist ungewiß.

Trotzdem haben wir beschlossen, nicht aufzugeben und die Beratungsstelle vorerst weiterzuführen.



Seit Jahren steht der NOTRUF - aufgrund der viel zu geringen oder ausbleibenden Subentionen von öffentlichen Stellen - am finanziellen Existenzminimum und konnte nur dank des Engagments und viel unbezahlter Arbeit der Mitarbeiterinnen aufrechterhalten werden. Im letzten Jahr hat sich die

notruf
und beratung
für vergewaltigte
frauen und mädchen
wien

neue telefonnummer
wien 523 22 22

Denn:

- es muß einen in der Tradition der autonomen Frauenbewegung stehenden NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN auch weiterhin geben

- vergewaltigte Frauen und Mädchen haben ein Recht auf eine konsequent ihre Partei ergreifende und an ihrer Selbstbestimmung orientierten Beratung und Unterstützung

- die Erfahrung, das Wissen und die Kompetenz von jahrelang erfolgreich praktizierter Notrufarbeit können nicht ersetzt werden

- jede Verschleierung und Verharmlosung der alltäglich gegen Frauen und Mädchen ausgeübten sexuellen Gewalt ignoriert die weibliche Lebensrealtität und trägt zur Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse, die Frauen unterdrücken und Männer privilegieren, bei

- schließlich sind wir der Ansicht, daß der Tendenz zur Vereinnahmung von feministischen Initiativen bei gleichzeitiger Zerschlagung derselben Widerstand entgegengesetzt werden muß

Wir sind daher auf jede Form von Unterstützung angewiesen!
Spenden bitte an: Bank Austria Kto.Nr. 407 015 403

An
FrauenLesbennachrichten
Währingerstr. 59
1090 Wien

Innsbruck, 29.2.1996

Stellungnahme zur "Kurzdarstellung des 24-Stunden-Notrufs" in Wien

Auf der Basis langjähriger Erfahrungen in der Arbeit gegen Sexuelle Gewalt und mit FrauenLesben, die sexuelle Gewalt erfahren haben stellen wir zur Darstellung des 24-Stunden-Notrufs fest:

Transport von Vorurteilen
Laut Text soll gegen Vorurteile gegenüber von sexueller Gewalt betroffenen FrauenLesben angekämpft werden, tatsächlich aber werden Vorurteile reproduziert. (Vergewaltigung erscheint nicht als Delikt im Bekannten/Beziehungskreis, fast alle Interventionsvorschläge beziehen sich auf sogenannte "Überfälle" in der Nacht, sofortige Hilfe für die FrauenLesben erscheint unerläßlich ...)

Institution Polizei/Gericht wird nicht hinterfragt.
Aus langjähriger Erfahrung mit Begleitung von FrauenLesben zu Polizei/Gericht wissen wir um die Behandlung vieler FrauenLesben in diesen Institutionen. Einerseits wird im Text erwähnt, daß die Verurteilungsstatistik extrem niedrig ist, andererseits wird diese Praxis von Polizei/Gericht nicht kritisch hinterfragt. Anzeige wird als durchaus zielführende Strategie für FrauenLesben dargestellt/forciert. Eine Senkung der Dunkelziffer, die als Ziel des 24-Stunden Notrufs angeführt wird sagt lediglich etwas über die Anzahl der Anzeigen aus. Mit der Senkung der Dunkelziffer wird das eigentliche Problem, mit dem Frauen durch die Institutionen Polizei und Gericht konfrontiert sind, in keinster Weise berührt bzw. Verändert.

Entmündigung von FrauenLesben, die sexuelle Gewalt erfahren haben
Sowohl durch die Beschreibung der Interventionsansätze als auch in der Sprache sichtbar. (... Die Betreuerinnen bereiten die Frau eingehend auf die Gerichtsverhandlung vor ...). Die Eigenkompetenz und Handlungsfähigkeit von FrauenLesben, die sexuelle Gewalt erfahren haben, werden in ihrer ganzen Person viktimisiert. Hilfe scheint weiter nur durch qualifizierte Betreuerinnen möglich. Die Sprache erinnert sehr an Polizei - und Juristenjargon.

Teilweise undifferenzierte Auflistung von verschiedenen, oberflächlichen Ansichten über sexuelle Gewalt und offensichtlich veraltete Ansätze in der Arbeit mit FrauenLesben, die sexuelle Gewalt erfahren haben (das Modell einer Rund um die Uhr Rufbereitschaft wurde in Innsbruck z.B. schon vor 13 Jahren versucht und als ungeeignet bewertet). Überhaupt drängt sich die Frage auf, was der 24-Stunden Notruf an Arbeit leisten soll, die nicht in bisherigen eigenständigen Projekten geleistet wird. Ein Sich-Berufen auf langjährige Praxis und Erfahrung der autonomen FrauenLesbenbewegung in Österreich und im Ausland finden wir mit diesem zusammengestückelten Konzept eine nicht geringe Anmaßung.

Abschließend stellen wir noch die Frage nach der Anonymität der FrauenLesben, die für uns eine wichtige Arbeitsbasis darstellt. Ausgehend von der Darstellung des 24-Stunden Notrufs auf einem undifferenzierten Wiedergeben von unterschiedlichen Beratungsansätzen und Unterstützungsmodellen für FrauenLesben, die sexuelle Gewalt erfahren haben, beruht. Aufgrund unserer langjährigen Arbeitserfahrung mit FrauenLesben, die sexuelle Gewalt erfahren haben und den daraus entwickelten Analysen und Handlungsmodellen, ist dieses Konzept als unqualifiziert zu beurteilen. Es mag sich daher gut für eine Institutionalisierung der Notrufarbeit - bewegung eignen, handelt jedoch nicht auf Seiten von FrauenLesben.

Frauen gegen Vergewaltigung, Innsbruck
Frauennotruf, Salzburg
Notruf für vergewaltigte Frauen, Linz
Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen, Graz
Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen, Wien

!AUFRUF AN ALLE FRAUEN!

WIDERSTAND

GEGEN ZWANGSARBEIT, STAATLICHE ZUHÄLTEREI, RASSISMUS, ARMUT UND KRIMINALISIERUNG !

ZWANGSARBEIT UND AUSSTEUERUNG - DER SOZIALE MORD AN FRAUEN !
Mit dem "Sozial"-Raubzug Nummer 2 soll die Zwangsarbeit und Aussteuerung registrierter Langzeit-Erwerbsloser - maßgeschneidert für Frauen - gesetzlich festgeschrieben werden. Wir sollen in voller Absicht um unsere Pensionen gebracht, alleinerziehende Karenzgeldbezieherinnen unter die Gewalt der Kindesväter gepreßt werden... Wieder sollen Frauen um ihr Menschenrecht als eigenständige Individuen geprellt werden - Frauen, die nicht für Männer leben wollen oder können, sollen verschwinden.

WER TICKT DA NICHT RICHTIG?!
Als "Trümmerfrauen" sollen wir die Staatsfinanzen der "Brüder in Not" retten... Mit ausgetüftelten Methoden greifen die Ruinenbaumeister der 2. Republik nicht nur in unsere ohnehin nicht üppigen Geldbörseln, sie greifen unsere Existenz brutalst und frontal an. Wieviele von uns haben diese HERRschaften im Dezember des Vorjahres gewählt, in der Hoffnung, den realfaschistischen Gefahren in diesem Land entgegenwirken zu können... Adressaten waren selbstverständlich die Frauen - also sprach der "Rote" Führer: "Ich werde dafür sorgen, daß die Frauen mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden!", "Kind und Beruf darf kein Widerspruch sein!", ... Und nun will uns Hums, der "Sozial"-Minister samt seinen Schergen, die Zwangsarbeit als "humanen Akt", als "Recht auf Arbeit" g'schmackig machen!
Ohne irgendeinen Genierer, angespornt von der rechten Propagandamaschinerie des Landes, erledigen die sogenannten "Sozialdemokraten" unter Beihilfe der Gewerkschaftsspitzen, samt kuschender und abwiegelnder Arbeiterkammer (als Garanten für einen reibungslosen Ablauf) den Sozialraub fürs EU/Kapital.

DIE SACHE HAT ALLERDINGS EINEN HAKEN: WIR WERDEN IN DIESEM DRECKIGEN VERTEILUNGS-KRIEG NICHT WIE DIE "OPFERLÄMMER AUF DEM ALTAR" DER EURO-BONZEN, INTERNATIONALEN RÄUBERISCHEN GELDSÄCKE UND PATRIARCHEN STUMM VERRECKEN!!!

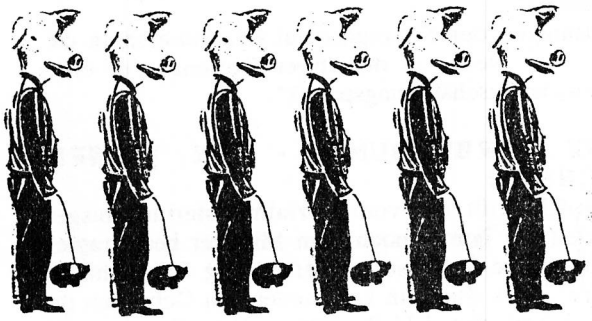
KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, DROHUNGEN, SPERREN, MASSNAHMENPAKETE UND PROGRAMME - DAS SCHAFFT KEINE ARBEITSPLÄTZE HER
Im Laufe der vergangenen 15 Jahre wurde die Arbeitsmarktverwaltung vorbildlichst und mit Milliardenbeträgen aus Steuergeldern zu einer **lückenlosen, totalitären Kontroll-Megamaschine vernetzt und ausgebaut**, während die ohnehin nie hohen Vermittlungsquoten immer geringer werden und gleichzeitig die Arbeitslosenzahlen steigen und steigen!
Diese Lagerhaltung von registrierten Erwerbslosen ist zur Steuerung und Aufstandsbekämpfung enorm wichtig - immerhin landen jährlich rund 700.000 Menschen personenbezogen, samt Angaben über ihre Angehörigen, über Vermögensverhältnisse, bis ins kleinste Detail überwacht, in dieser Registratur, sind dort lebenslänglich gespeichert und abrufbar. Mittels Knopfdruck kann die Planung und Durchführung von Zwangs- und Aussteuerungsmaßnahmen erfolgen, mittels Rasterfahndungsmethoden werden Gruppen von Registrierten sekundenschnell herausgefischt und zur "weiteren Behandlung" vorbereitet, komplizierte Berechnungen sind ein Kinderspiel, etc. etc. (Ähnliche Kontrollapparate stehen in der gesamten EU.)
Die Strategen der Nationalsozialisten rotieren in der Gruft... vor Neid, ob derartiger Optionen für eine "Ordentliche Beschäftigungspolitik".

KEINE VERBLÖDUNG! - WIR WISSEN BESCHEID!
Seit 1993 heißt die vom Sozialministerium ausgegliederte (aber immer noch vom Minister beauftragte) Megamaschine Arbeitsmarksverwaltung Arbeitsmarkt-"Service". Was wurde in vorauseilendem Gehorsam im Hinblick auf den EU-Beitrittt nicht alles an uns kosmetisch herumexperimentiert: Unter Zwangsmaßnahmen, nämlich durch Androhung/Sperre des Geld-Bezuges (so eine Sperre hat auch fatale Auswirkungen auf eventuell vorhandene Kinder - Sippenhaftung nennt frau das), mittels gesetzlich verankerter Unterstellung unserer ArbeitsUNwilligkeit, wurden wir in alle möglichen Schikanen und Maßnahmen gesteckt, beschnüffelt und klassifiziert und letztlich zu Trotteln erklärt, weil wir noch immer keine Beschäftigung haben (dies alles natürlich mit Rückmeldung in den großen Computer). Job-Finding, Motivationstraining, Um-Orientierungskurse, kontrollierte Arbeitslosen-Selbsthilferunden, Ressourcen- und Tunkpools, Arbeitstraining, Bewerbungstraining vor der Überwachungskamera, Initiativgruppen, Dequalifizierungsschulungen, Job-Börsen, etc. etc. sind ihre Waffen. Hier verdienten sich einige "ExpertInnen" ein goldenes Naserl mit der Aufgabe, uns zu kontrollieren, demoralisieren und vor allem auseinanderzudividieren. Im Zustand der Entrechtlichung sollten wir zum Parieren gebracht werden, jeden erdenklichen Drecksjob untertänigst anzunehmen. Ganz nach dem Motto: "Alle Zombies zum Service!" Der wirkliche Sinn dieser faulen Eier des AMS aber war der Versuch, uns zu verblöden. Diese Gehirnwäschen sollten uns glauben machen, daß jede ihres Glückes Schmiedin sei. **In Wahrheit werden schon seit geraumer Zeit und mit System anstatt der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen bekämpft!!! Die werden nämlich immer mehr, weil die existenzsichernde Lohnarbeit immer weniger wird!**
Angst- und Panikmache, Spaltung und Entsolidarisierung sind bewährte Instrumentarien zur Vorbereitung auf das, was jetzt PER GESETZ UND OFFIZIELL gegen uns exekutiert werden soll: ZWANGSARBEIT UND AUSSTEUERUNG VON SELEKTIERTEN MENSCHEN, DIE OHNEHIN SCHON UM IHRE EXISTENZ ZU KÄMPFEN HABEN!

FRAUEN WAREN UND SIND DAS LETZTE AUF DEM ARBEITSMARKT!

Die Erwerbsarbeit von Frauen in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, weist die **drittniedrigste** Rate in der EU aus. 1/3 der Frauen arbeitet nicht in Vollarbeitszeit, d.h. ihre Existenz ist nicht gesichert. Sie sind die Zubrot-Verdienerinnen der staatlich legitimierten Zuhälter, die ihre Ehegattinnen und Lebensgefährtinnen nicht nur gratis Haus-, Hof- und Kinderbetreuungs/-"Liebesdienste" erledigen lassen, diese "Partnerinnen" verdienen gerade nur die Miete fürs gemeinsame Heimchen. 150.000 Frauen arbeiten geringfügig (S 3.452,- monatlich, ohne jegliche sozialrechtliche Absicherung), 400.000 Frauen haben keinen eigenen Pensionsanspruch - Tendenz in allen Fällen rapide steigend - und was von den Vollarbeitszeit-Frauenlöhnen zu halten ist, wissen wir bis zum Erbrechen.

Der "HELD DER ARBEIT" ist weiß, männlich, leistungsorientiert, "anständig", sehr empfindlich und heikel auf "seinen" Arbeitsplatz, "seine" Steuergelder und wird rabiat, wenn es um Umverteilung geht: armes Schwein!



Ein enger Verwandter der "Brüder in Not". Gut im Futter - Allesfresser, konsumiert selbst Seinesgleichen. Trägt die Schwere der Bürde des Steuerzahlers, des Familienvaters, des Angestellten oder Beamten. Wühlt gerne und gehorsam in Scheiße und verdrückt - angesichts seiner "Ausgeliefertheit" an die "unumgängliche Notwendigkeit" und "Rechtschaffenheit" seiner versauten Existenz ein Tränlein... "Oh, ich armes Schwein!"
Er wird von der Gewerkschaft vertreten und verteidigt. Ebenso wie sein Versicherungsprinzip, das daher lautet: Frauen, Kinder, AusländerInnen, Frauenrechtlerinnen, Behinderte, Alte, Kranke, Künstlerinnen, Sandler, "Kritische", "Unangepaßte", "Unbrauchbare", ... ZUERST - RAUS!!!

HALALI!!! gleich Behandlung ist ihr Ziel!

Die wenigen von uns, die es dennoch "schaffen" überhaupt Anspruch auf Arbeitslosengeld und vor allem anschließend Notstandshilfe und anschließend vielleicht auch noch den Anspruch auf eigene Pension zu haben, sind den Sexisten und Rassisten in diesem Land noch zu viele. Und deswegen sollen wir ihren fiesen Säuberungsaktionen zum Opfer fallen, als bewegliche Ziele auf ihren wohlkalkulierten Abschußlisten: Tausende Langzeitarbeitslose sind für den Zwangsarbeitseinsatz in staatlichen oder "privaten" Institutionen vorgesehen, tausende sollen sich "freiwillig abmelden" und in der Versenkung verschwinden, die Bezüge der Langzeitarbeitslosen sollen drastisch gekürzt werden! Dies sind die "humanen Methoden" der Inquisitoren der SPÖ! Dies ist unser "Recht auf Arbeit"! Der bärentaler Obersaubermann, Durchlüfter, Ausmister und "Schutzpatron" des "Kleinen Mannes" - auf dem Weg zur "Dritten Republik" - haut sich jetzt bärig auf die braunen Schenkel und gratuliert herzlichst zur Erfüllung **seiner** Forderungen!!! Nun vielleicht auch noch rasch die 300.000 AusländerInnen raus! und die Arbeitslosenquote ist gleich NULL, lautet die nächste demagogische Aufgabe... wer weiß, vielleicht wird einem einem schon helfen... immerhin ist Chef Vranz bemüht, demnächst in diesem Theater mittels Autobahnbaues(!) tausende Arbeitsplätze zu schaffen... Und die Frau Konrad sagt nicht viel, weil sie sonst zum Schluß noch hinausfliegt - wie die Frau Dohnal - ... und von was soll sie denn dann leben? Na eben...

FRAUEN! ORGANISIERT EUCH! KEINE SITZT ALLEIN AM ARBEITSLOSENAMT! SAGEN WIR GANZ LAUT, WAS WIR VON DIESEN MASSNAHMEN HALTEN! - UND VERHINDERN WIR DIE DURCHSETZUNG UNSERER VERNICHTUNG!

* Schaut nicht weg! und schaut nicht zu, wie eine nach der anderen weggeputzt wird! Redet miteinander! Keine geht allein zur "Betreuung" - jede hat das Recht, eine Person ihres Vertrauens mitzunehmen! Ihre Spielregeln lauten: Jede gegen jede!
* Verlangt vor Ort Einsicht in die über Euch gespeicherten Daten im Computer, stellt einen schriftlichen Antrag auf Datenauskunft (1 x jährlich kostenlos!) und beantragt die Löschung von Daten, die Euch diskriminieren und/oder aus dem Bezug bringen könnten!
* Sie werden uns massiv mit Sperr-Niederschriften und "Betreuungs"plänen unter Druck setzen, die wir zum Zeichen der "Richtigkeit" auch noch unterschreiben sollen. Verweigert die Unterschrift, ihre Methoden sind ärger, als die Polizei erlaubt! Wer sich duckt - hat schon verloren! Wenn sie uns sperren wollen - sperren sie uns sowieso. Verlangt die Kopie dieser Niederschriften!
* **MELDET EUCH NIEMALS "FREIWILLIG" AB!**

Und wichtig: Setzt keine panischen Handlungen, richtet Eure Verzweiflung nicht gegen Euch selbst, ihr habt keine "Schuld" an dieser Situation!

LASST EUCH NICHT BRECHEN!

* Fertigt Protokolle an - Namen der ReferentInnen und der Vereine, Firmen und Gemeinden, die ZwangsarbeiterInnen einstellen, nicht vergessen - setzt Euch mit uns in Verbindung!

Wir arbeiten an der Veröffentlichung einer Dokumentation über die Vorgangsweisen des AMS. Wir sind zwischen 20 und 60, Frauen aus allen Berufen, in verschiedensten Lebenszusammenhängen und selber Betroffene dieser Ausgrenzungsmaschinerie. Wir verlangen **die eigenständige, ausreichende Existenzabsicherung für jede Frau und jedes Kind - unabhängig von Zwangsarbeit und/oder ER-Nährer!**

KOMMT ZUR DEMONSTRATION!
INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG
8. MÄRZ 1996
Organisierung, Solidarität, Widerstand
Gegen weltweite Armut, Ausgrenzung und Vernichtung
Treffpunkt 16.00 Uhr, Südbahnhof,
Abschlußkundgebung: 18.00 Uhr Parlament

*)AUFFORDERUNG AN DIE REFERENTINNEN! Verweigert die Exekution! Ihr habt das Recht, zu streiken! Wir erwarten Eure Solidarisierung! Keine von Euch kann je behaupten, sie hätte von nichts gewußt...!

© Initiative Frauen/Lesben gegen Zwangsarbeit,
A- 1071 Wien, Postfach 71

8. März - Werktätige Frauen: Wir wollen die Welt, wir werden die Welt gewinnen !

Wie sieht es denn aus, heute am 8. März 1996? Das Kapital und der Staat verkünden, daß "der Sozialstaat nicht mehr zu finanzieren sei" und blasen Angriff auf die sozialen Rechte der Werktätigen: Das heißt sinkende Nettolöhne, vermehrt Arbeit ohne Sozialversicherung, Angriff auf die Lohnfortzahlung bei Krankheit, massenhafte Entlassungen und hohe Arbeitslosenzahlen, Kürzung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe! Ein Beispiel ist die Höhe der Sozialhilfe: Bisher war sie zumindest laut Gesetz auf den Bedarf des Empfängers zugeschnitten und durfte nicht unter dem amtlichen Existenzminimum liegen. Nun muß sie ab dem Jahr 1999 -laut Beschluß des Bundestages vom letzten Sommer- 15% unter den untersten Einkommen liegen und kann damit weit unterhalb des Existenzminimums liegen. Konnten sich BezieherInnen von Sozialhilfe schon bisher kaum der staatlich verordneten Zwangsarbeit für 1,50-3,00 DM die Stunde entziehen, werden sie in Zukunft gezwungen sein, für diesen Hungerlohn zu arbeiten, um ihr Auskommen zu finden. In diesem angeblich freien und demokratischen Staat geht es in Wirklichkeit um Profitmaximierung und Kapitalinteressen! Hier hat man die "Freiheit", auch für Hungerlöhne für das Kapital zu arbeiten!

Und die Gewerkschaften? Eine Vertretung der werktätigen Menschen? Von wegen! Die Gewerkschaftsbosse und -bonzen schlossen Ende letztes Jahr das sogenannte "Bündnis für Arbeit" mit Kapital und Staat. In Wirklichkeit ist dieses "Bündnis" ein Ausverkauf der sozialen Rechte der Werktätigen seitens der Gewerkschaften an die Kapitalseite, um neue Arbeitsplätze zu erbetteln. Doch das erste Ergebnis des "Bündnis" ist eine 3%ige Kürzung der Arbeitslosenhilfe und die Gewerkschaften feierten dies als Erfolg!! Das zweite Ergebnis ist die Hochsetzung des Rentenalters um drei Jahre!! Danach ließ die Kapitalseite das "Bündnis" Mitte Februar dieses Jahres platzen. Und nichts ist mit mehr Arbeitsplätzen.....

Folgen dieser gnadenlosen Kahlschlagpolitik des Kapitals ist immer mehr Armut ! Z.B. ist jeder 3. Brandenburger Haushalt hoch verschuldet, in Berlin allein gab es diesen Winter 30.000 Menschen ohne Obdach, in Hamburg lebt jede/r 10. von Sozialhilfe, 8 Millionen Menschen sind in Deutschland ohne Arbeit und steigende Gewinne der Unternehmer: Selbst nach Angaben des DGB sind 1995 die Unternehmens-Nettogewinne um mindestens 12% gestiegen!

Der Angriff auf die sozialen, ökonomischen Rechte der arbeitenden Menschen geht einher mit einer massiven, inneren Faschisierung des deutschen Staates: Morde an "nicht-arischen" Menschen sind Alltag geworden in Deutschland, Zunahme der rassistischen, chauvinistischen Hetze. Verstärkte Repression nach Innen gegen fortschrittliche Menschen, die dem Staat Widerstand entgegensetzen, und Militarisierung nach außen: Deutschland führt wieder Krieg so in Jugoslawien und Kurdistan für seine Profit interessen...

Dieses System ist unfähig, die Bedürfnisse der Menschen nach Arbeit, regelmäßigem Auskommen, Frieden, einer intakten Umwelt zu erfüllen. Denn im Kapitalismus ist die oberste Maxime die Maximierung des Profits und zwar des Profits von einigen wenigen.... auf Kosten der Mehrheit der Menschheit, auf Kosten den Grundlagen der Natur, ohne die wir nicht überleben, auf Kosten unserer Kinder und der Jugend, dessen Zukunft von besonderer Perspektivlosigkeit gekennzeichnet ist.

Nur, das hat doch alles gar nichts mit den werktätigen Frauen zu tun??.....Und wie das mit uns Frauen zu tun hat!!

Frauen sind in jederlei Hinsicht besonders unterdrückt und benachteiligt. Dieser Angriff auf die sozialen Rechte wird sie doppelt und dreifach treffen; die schon jetzt vorhandene weibliche Armut wird in den nächsten Jahren noch stärker und härter werden.... Und schon jetzt sind die überwiegende Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen weiblich. Schon jetzt hat die Hälfte der alleinerziehenden Frauen ein Einkommen im Sozialhilfebereich. Schon Ende der 80er waren ein Drittel aller geschiedenen Frauen SozialhilfeempfängerInnen. Die weibliche Altersarmut ist schon jetzt groß!

Die wenigsten Frauen arbeiten heute ihr ganzes Leben als Nur-Hausfrauen; und auch diese sind -über die wirtschaftliche Abhängigkeit von ihrem Ehemann und damit von seinen Einkommen- mit dem gesamten Wirtschaftsleben fest verbunden. Aber fast jede Frau war in ihrem Leben schon einmal erwerbstätig. Frauen arbeiten in der Regel in den schlechtesten Jobs: So drängen sich 80 % der erwerbstätigen Frauen in 15 von 451 Ausbildungsberufen; Spitzenreiterberufe sind die "typisch" weiblichen Berufe wie Sekretärin, Verkäuferin, Arzthelferin. Der häufigste "Beruf" von Frauen ohne deutschen Paß ist Putzfrau. Frauen arbeiten in den untersten Lohngruppen und unqualifiziertesten Jobs im Betrieb; Frauen bekommen weniger Lohn für gleiche Arbeit; so bekamen 1989 Industriearbeiterinnen 73 % des Industriearbeiterlohns. Die Kapitalisten verdienten Ende der 80er 40 Milliarden Mark an der Unterbezahlung von Frauen.

Teilzeit: Ideal fürs Kapital und miserabel für Frauen!
38 % der erwerbstätigen Frauen sind faktisch dazu gezwungen, teilzeit arbeiten zu gehen, weil Frauen die Haus- und Erziehungsarbeit, die ihnen nach wie vor fast vollständig alleine aufgebürdet wird, bewältigen müssen. Teilzeit: Ideal fürs Kapital; es wird außer Tarif gearbeitet, keine festen Arbeitszeiten; die Frauen werden zu Spitzenzeiten eingesetzt, weniger Arbeitslosengeld etc., unter 19 Stunden die Woche kein Arbeitslosengeld, keine Anrechnung für die Rente! Und solche schlechten Jobs wie die auf 580-Marks-Basis sind ebenfalls typische Frauenjobs. Gesicherte Arbeitsverhältnisse oder einen geregelten 8-Stunden-Tag gibt es für viele Frauen nicht! Frauen bilden die Reservearmee, die in guten Zeiten für wenig Geld "zusätzlich" eingestellt werden und in schlechten Zeiten als erste auf die Straße gesetzt werden. Zurück zu Heim und Herd, zu ihrem angeblich natürlichen Beruf: Mutter und persönliche Haussklavin des Mannes. In diesem Zusammenhang ist auch der § 218 zu nennen, der Frauen zwingen soll, Kinder zu gebären.

Migrantinnen in Deutschland arbeiten unter verschärften Arbeitsbedingungen...
Ausländerinnen unterliegen nicht nur der kapitalistischen und patriarchalen Unterdrückung, sondern auch noch der rassistischen. Sie haben in diesem System noch weniger Rechte, arbeiten in noch schlechteren Jobs. Die Aufenthaltsgenehmigung ist an eine Arbeitserlaubnis geknüpft; diese wird nur für einen Job erteilt, für den es keine arbeitsuchenden Deutsche, keine EG-Migrantinnen und keine Migrantinnen mit besonderer Arbeitserlaubnis gibt.....Migrantinnen werden sich so in den untersten Lohngruppen wiederfinden; ein Teil der Migrantinnen und Flüchtlingen hat gar keine Arbeitserlaubnis; sie leben in Sammellagern eingepfercht. Oder sie leben als illegale Prostituierte hier, oft zwangsverschleppt...oder sie warten manchmal länger als ein Jahr in Abschiebeknästen auf ihre Abschiebung!

Und die Haus- und Erziehungsarbeit machen nach wie vor die Frauen praktisch alleine!
Die Haus- und Erziehungsarbeit, eine nicht nur notwendige, sondern überlebensnotwendige Aufgabe jeder Gesellschaft wird im Kapitalismus vollständig den Frauen aufgehalst! Diese Arbeit wird zum übergroßen Teil auch heute noch im "privaten" häuslichen Rahmen getan und ist so eine völlig isolierte, aufreibende, uneffektive Arbeit...Durch die Unsichtbarmachung dieser Arbeit, weil die Frauen das ja angeblich aus "Mutterinstinkt", aus "Liebe" machen, weil die Frauen ja "dafür geboren sind", sparen die Kapitalisten eine Menge Geld....Denn was würde der Bau von ausreichend Kindergärten, von Wäschereien, von preiswerten Speiseküchen etc. auch kosten! (Laut einer Studie des statistischen Bundesamtes für die alte BRD müßten bei Bezahlung der errechneten jährlichen 77 Milliarden Hausarbeits-Stunden fast 1 Billionen Mark verausgabt werden -bei Zugrundelegung eines Hauswirtschaftlerin-Nettolohns von 11,70 DM pro Stunde (1995)). Nicht im Kapitalismus, sondern erst im Sozialismus können Frauen von dieser abstumpfenden Kleinarbeit befreit werden! Durch Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit!

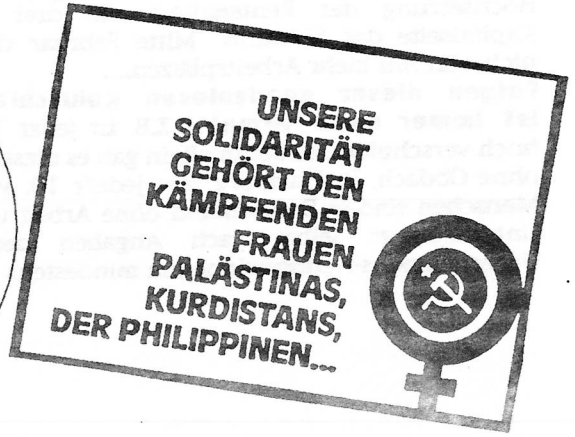
Elend, Ausbeutung von unterdrückten Frauen weltweit !
Das Elend, die Armut der Menschen weltweit ist ungleich größer als in Deutschland. Und der deutsche Imperialismus sorgt genau wie die anderen reichen imperialistischen Großmächte wie Frankreich, die USA etc. für die Aufrechterhaltung dieser barbarischen Weltwirtschaftsordnung. Ein Beispiel dafür ist der Waffenexport und die Militärhilfe -wie des deutschen Staates an den türkischen faschistischen Staat, ohne die dieser nicht den schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk führen könnte. Der deutsche Imperialismus verdient Extraprofite über Extraprofite an der Ausplünderung und Knechtung der Menschen in den abhängigen Ländern!! Auch weltweit trifft dies doppelt und dreifach in jeder Hinsicht die Frauen. So sind z. B. zwei Drittel aller Analphabeten Mädchen und Frauen. Doch überall auf der Welt leisten werktätige Frauen Widerstand gegen dieses blutige patriarchal-imperialistische System !.....

Unterdrückte Frauen, Arbeiterinnen!
Stürzen wir dieses patriarchal-imperialistische System; so daß wir eine neue Welt aufbauen können! Für den Sozialismus durch die proletarische Revolution ! Organisieren wir uns !

Frauengruppen um Bolsevik Partizan im Ausland
Antifaschistische Frauen

Februar 1996

V.d.S.i.P. K.Inan, 5 rue de Drulingen, 67000 France
Kontaktadresse: PLK Nr.106606 C, 80074 München



INTERNATIONALER FRAUEN-u.LESBEN KAMPFTAG

aus Linz

Freundinnen!

Heute, am 8.März, ist der Internationale FrauenMädchenLesbenkampftag. Hand in Hand mit der Reduktion auf die zahme Bezeichnung "Frauentag" geht der entstellende Mißbrauch dieses Anlasses. So laufen auch heute und in den nächsten Tagen wieder Veranstaltungen ab, die die Ereignisse, die diesem Tag zugrunde liegen und weitergehend die Grundintention ignorieren. Diese Veranstaltungen sind nur dazu da, der weißen mitteleuropäischen Frau zu vermitteln im Kampf um eine gleichgestellte Position in dieser Gesellschaft können Make-up und Styling durchaus dienlich sein. Keine braucht ihre weiblichen Reize zu verstecken. Emanzipiert sein heißt auch, sie selbstbewußt nach außen zu tragen. Emanzipiert sein heißt für sie ebenso, als Karrierefrau aufzutreten, also beruflicher Erfolg, vielleicht noch gekoppelt mit Familie, Ehe oder Beziehung mit einem ja so toleranten und hilfsbereiten Mann.

Wir distanzieren uns mit äußerster Vehemenz von einer solchen von staatlichen Institutionen und Personen propagierten Pseudo-Emanzipation, die nichts anderes heißt, als eine Funktion innerhalb des Patriachats im Kapitalismus zu übernehmen und diese möglichst perfekt zu erfüllen. Die Grundbotschaft dieses weißen Pseudo-Feminismus ist, Frau ist emanzipiert, wenn sie mit gleicher leistungsorientierter Skrupellosigkeit und dem gleichen Ausmaß, der gleichen Form an Machogehabe als Frau ihren/seinen Mann steht.

Darum rufen wir zum Boykott dieser Veranstaltungen auf !

Wir wehren uns gegen die Zwangsheterosexualität, die den Menschen die Entscheidungsfreiheit nimmt und ihn zwingt, sich in Geschlechter zu verlieben und nicht in Menschen.
Und wir wehren uns dagegen, daß fortführend der männliche Partner ins Zentrum des weiblichen Denkens und strebens gestellt wird. Wir wehren uns dagegen, daß so Frauen als Rivalinnen gegeneinander ausgespielt werden.

Ausschlaggebend dafür sind die Erziehungsmethoden und Rollenvorschriften von Familie, Gesellschft, Kirche und Staat, aufgrund deren die Mädchen eben diese inhalte verinnerlichen.
Wir wehren uns gegen diese Konditionierung, die Menschen das Recht auf und die Möglichkeit zur freien Entwicklung nicht nur verweigert, sondern zerstört.

Wir wehren uns gegen die Propagierung der heterosexuell orientierten Kleinfamilie als einzig gültige und ideale Form des Zusammenlebens und deren Umformung zu und Ausbeutung als kapitalistische Institution.

Wir wehren uns gegen die Ausbeutung der Frauen in heterosexuellen Beziehungen durch sexu Dienstleistungen und gegen die Kriminalisierung und Diskriminierung der Frauen, die für beschlossen haben, diese nicht unbezahlt zu verrichten.

Wir wehren uns gegen die rassistische Ignoranz, mit der weiße mitteleuropäische Männer und Frauen den 8.März zelebrieren,, indem sie Unterhaltung und Oberflächlichkeit in den Vordergrund stellen, während weniger oder nicht privilegierte, vorwiegend nicht weiße Frauen auf der ganzen Welt unterdrückt werden, durch erzwungene Eingriffe in die Gebärfähigkeit als Versuchskaninchen für westliche MedizinerInnen mißbraucht werden.Diese Frauen sind dazu noch täglich mit dem Kampf ums Überleben konfrontiert.

Wir wehren uns dagegen, daß die Teilhabe an dieser Unterdrückung durch eben unsere Privilegien und die daraus resultierende strukturelle Gewalt ignoriert und an gerade diesem Tag mit aufgesetzter Festlichkeit und Frauenpowergehabe übertüncht wird.
Die Krisen im Trikont (Lateinamerika, Afrika und Asien) werden als unabänderliches Schicksal dieser Länder angesehen, auf das die westlichen Staaten weder Schuld noch Einfluß haben Um das Gewissen zu beruhigen wird einmal im Jahr gespendet.
Wir wehren uns gegen die bewußte Verschleierung der Verflechtung von Kolonialismus, Rassismus und Patriarchat, des modernen Imperialismus zur Unterwerfung, Beherrschung und Ausbeutung der Menschen im Trikont, insbesondere der Frauen!

Solidarität mit den Frauen im Trikont!
Solidarität mit allen Frauen, die in irgendeiner Form unterdrückt werden!
Solidarität mit unseren ausländischen Freundinnen!
Solidarität mit den Guerillakämpferinnen!
Solidarität mit allen Frauen, die den Kampf gegen das Patriarchat unterstützen!
Frauensolidarität!

Frauen, heraus auf die Straßen!

Bildet Banden gegen Sexismus, Rassismus, Faschismus und Kapital!

Recht auf Entwicklung statt Konditionierung!

Frauen, hört ihr Frauen schrein,

haut dem Typ die Fresse ein!

Internationaler FrauenLesbenkampftag

8. März - internationaler Frauen/Lesbenkampftag

Auf dem 2. internationalen Frauenkongreß der sozialistischen Internationale 1910 wurde auf Initiative Clara Zetkins beschlossen, den 8. März jährlich als internationalen Tag der Frauen zu feiern. Dieser Schritt ist aus dem Bewußtsein und der Stärke der Arbeiterinnenkämpfe in den USA entstanden. Dort fanden um die Jahrhundertwende massenhaft Streiks und Demonstrationen von Arbeiterinnen aus der Textil- und Tabakindustrie statt.
Frauen richteten und richten sich gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus.
An diesem Tag stellen seitdem Frauen aus unterschiedlichen Ländern ihre Kämpfe in einen Zusammenhang.
Während in den Ländern der drei Kontinente (Asien, Afrika, Süd- und Lateinamerika) der 8. März ein Ausdruck der Stärke des Frauenkampfes ist, wird der 8. März in der BRD weitgehend von der bürgerlichen Frauenbewegung vereinnahmt und vom internationalistischen Zusammenhang dieses Tages abgetrennt. So wird Gleichberechtigung gefordert, ohne zu thematiesieren, daß Gleichberechtigung mit weißen deutschen Männern für weiße deutsche Frauen die Unterdrückung von Frauen weltweit nicht beseitigt, sondern manifestiert. Der angebliche Befreiungsansatz (mehr und bessere Stellen, mehr Geld, mehr, mehr, mehr) der bürgerlichen Frauenbewegung ändert an den Unterdrükkungs- und Ausbeutungsverhältnissen des Imperialismus und des Patriarchats gar nichts, sie thematisiert diese nicht einmal.

Die Kämpfe von Frauen und Lesben weltweit werden in einem gemeinsamen Lern- und Kampfprozess alle Unterdrückungsstrukturen aufheben.

Wir sind aus den revolutionären feministischen FrauenLesbenZusammenhängen in der BRD. Zusammen mit kurdischen Frauen haben wir diese Demonstration organisiert. Für uns ist das ein Schritt zusammen mit Frauen und Lesben aus anderen Ländern für eine umfassende Befreiung zu kämpfen. Daß wir heute hier zusammen auf der Straße sind, ist ein praktischer Ausdruck für unser Verständnis von internationalistischem Kampf.
FrauenLesben leisten weltweit Widerstand gegen jegliche Form von Unterdrückung und Herrschaft. Viele kämpfen tagtäglich:
* gegen Ausbeutung und Demütigung am Arbeitsplatz
* gegen Entwürdigung, sexuelle Belästigung und Gewalt durch Freunde, Väter, Ehemänner für ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben

* gegen den Zwang zur heterosexuellen Kleinfamilie für kollektive Lebensformen, für lesbisches Leben
* gegen die Vertreibung von ihrem Land
* gegen Chemiemultis für den Erhalt der Umwelt
* gegen Bevölkerungsstrategen für das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper
* gegen Abwertung, Angriffe und Ermordung begründet durch Hautfarbe, Religion und Herkunft für die Achtung der Persönlichkeit einer jeden.

Viele FrauenLesben kämpfen tagtäglich:
*in den Weltmarktfabriken und auch in den Fabriken hier für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne
*gegen Nationalismus, Krieg und Völkermord
*gegen staatliche Reglementierung von Frauenleben für eine neue Gesellschaft
Das sind Beispiele für alltägliche Kämpfe gegen Imperialismus und Patriarchat.

In der BRD gibt es seit Jahren eine eigenständige FrauenLesben-organisierung. Frauen Lesben Mädchen leisten Widerstand gegen ihre Zurichtung und Ausbeutung im kapitalistisch-patriarchalen System. Sie wehren sich dagegen in herrschende Leistungs- und Körpernormen gezwungen zu werden. Sie wehren sich dagegen vergewaltigt, mißhandelt, psychatrisiert zu werden. Sie wehren sich dagegen durch Pornographie, Prostitution, in Lohnarbeitsverhältnissen und in der Familie ausgebeutet zu werden.
Das imperialistische Patriarchat tötet überall. Für unsere Geschichte in Westeuropa heißt das, die Vernichtung von Frauenkollektiven und Frauenwissen. Christliche Kirchen und Staat verfolgten, folterten und ermordeten jahrhundertelang Millionen von Mädchen und Frauen. Auf dieser Grundlage bauten die Herrschenden ein kapitalistisches-patriarchales Gesellschaftssystem auf. Die Auswirkung dieser Gesellschaftsordnung sind Individualismus, Isolation, Konkurrenz und Entfremdung. Bis heute setzt sich Gewalt gegen Frauen Lesben Mädchen fort, um sie für diese Gesellschaft verfügbar zu halten.
Dies alles bestimmt unsere Lebens- und Kampfbedingungen und macht es uns schwer, unsere eigene Stärke zu erkennen und eine gemeinsame Kraft zu entwickeln.
Unsere Erfahrungen jedoch haben gezeigt, daß da, wo wir anfangen zu kämpfen, uns zu organisieren und uns zu wehren, die Vorstellung von einem befreiten Leben greifbar wird.

Wir kämpfen für befreite Lebensbedingungen hier in dem Wissen, daß wir nur dann eine Befreiung erreichen können, wenn Frauen weltweit das imperialistische Patriarchat zerschlagen. In diesem Bewußtsein führen wir hier in der Metropole immer wieder Kämpfe um unsere Befreiung. In Flugblättern, Demonstrationen, Besetzungen, andere militante Aktionen beziehen wir uns solidarisch auf Kämpfe in anderen Ländern.

Rassismus und Kolonialismus spalten FrauenLesben im Kampf gegen das Patriarchat. Für uns aus den Metropolen bedeutet das, daß wir auch immer wieder gegen die verinnerlichten Strukturen handeln müssen, die uns als Teil einer Kolonialistengesellschaft prägen. Antirassistischer Kampf heißt für uns aber auch, daß wir aus den unterschiedlichen und auch spaltenden Kampfbedingungen eine antiimperialistische Praxis entwickeln, die es möglich macht, daß sich Kämpfe von Frauen weltweit aufeinander beziehen können und sich gegenseitig stärken.

Wir denken, daß es für uns in den Metropolen notwendig ist, unseren Kampf um Befreiung ernst zunehmen und unsere darin entwickelten Kriterien klar zu benennen. Das ist eine Bedingung, um uns mit kämpfenden Frauen in und aus anderen Ländern auseinandersetzen zu können und voneinander zu lernen.

Festung Europa

Mit dem faktisch abgeschafften Grundrecht auf Asyl, dem Ausländergesetz und Asylverfahrensgesetz hat die BRD jede rechtliche Grundlage entzogen, daß Menschen in der BRD Asyl suchen können. Als Erfolg meldet die Presse, daß die Zahlen der Flüchtlinge in der BRD ständig sinken. Von denjenigen, die es trotzdem noch schaffen, in die BRD zu kommen, können die wenigsten einen Aufenthaltsstatus durchsetzen. Von der bundesdeutschen Bevölkerung weitgehend akzeptiert, leben tausende Frauen, Männer und Kinder in Sammellagern unter unmenschlichen Bedingungen, werden Flüchtlinge am Frankfurter Flughafen interniert, werden Hunderte in Abschiebeknäste gesperrt. Dem alltäglichen Rassismus wird nur wenig entgegengesetzt.
Das Projekt der Abschottung Europas nimmt immer deutlicher Gestalt an. Seit das Schengener Abkommen II in Kraft getreten ist, wurde per Computervernetzung Europol (ein europaweites Krimi-

nalamt) und Asylcard die "gläserne Migrantin" und der "gläserne Migrant" geschaffen. Europa behält sich vor, zu entscheiden, welche Migrantin/welcher Migrant verwertbar ist im Sinne des herrschenden Systems, beispielsweise als Billigarbeitskraft.
Für Frauen/Lesben verschärft sich damit die ohnehin beschissene Situation als Migrantin. Weltweit sind ca. 500 Millionen Frauen, Männer und Kinder auf der Flucht. Das sind ein Zehntel der Weltbevölkerung -davon sind 75 bis 80 % Frauen und Kinder. Der weitaus größte Teil flieht in die benachbarten Länder. In die europäischen Staaten gelangen nur wenige der Flüchtenden, und davon sind die Mehrzahl Männer, da ihnen eher die Flucht ermöglicht wird. Für viele Frauen ist der einzige Weg nach Europa der über Frauenhandel und Zwangsprostitution.
Gelangen Frauen/Lesben in die BRD, um hier als Flüchtlinge politisches Asyl zu erhalten, werden ihre Fluchtgründe nicht anerkannt, Krieg, Vergewaltigungen, Folter und Verschleppung von Frauen, um Verwandte, Freunde oder Freundinnen unter Druck zu setzen, werden nicht als Verfolgung im Sinne der bundesdeutschen Gesetze angesehen. Auch die Verfolgung als alleinlebende Frau oder als Lesbe ist kein "ausreichender Asylgrund". Vertreibung aus Dörfern und Hunger werden ohnehin als "nur" wirtschaftliche Gründe diffamiert.

Imperialistische Welthandelsbeziehungen

In mehreren Ländern der Drei Kontinente organisierten FrauenLesben zum 8. März letzten Jahres Aktionen gegen das internaionale Handelsabkommen GATT bzw. dessen Nachfolgeorganisation WTO (world trade organisation). GATT gibt es seit 1947 und seitdem regelte es den Warenaustausch seiner Mitgliederstaaten, was ein Großteil des Welthandels ist. GATT bedeutete immer die Verfestigung kapitalistischer Ausbeutungsstruktuen. Wichtigster Grundsatz ist Schaffung eines ungehemmten Warenverkehrs und damit der Abbau von Handelshemmnissen: Die Märkte in den Trikontländern werden mit ausländischen Waren überschwmmt; gleichzeitig schotten die Industrieländer ihre eigenen Märkte ab (z. Bsp. durch Schutzzölle, durch Lebensmittelgesetzgebung, Umweltschutzauflagen). Was und wie angebaut wird, diktiert der Weltmarkt mit der Folge, daß immer mehr Länder des Trikonts nicht mehr in der Lage sind, durch die eigene Produktion vor allem von Grundnahrungsmitteln ihre Bevölkerung zu ernähren. Zugleich zeichnet GATT sich dadurch aus, daß es ständig Sonderregelungen für bestimmte Produkte und/oder bestimmte Länder gibt. Entgegen offizieller Propaganda kommen solche Regelungen den Märkten der Industrieländer zugute. Die WTO, die das ehemalige Vertragswerk GATT in eine Organisation überführte, bildet nun - neben IWF und Weltbank - ein weiteres Instument, um die Länder der Drei Kontinente organisiert und rechtlich geregelt ausbeuten zu können. Die Machtverhältnisse innerhalb der WTO sind klar: Wirtschaftlich "starke" Staaten können mit Austritt drohen - für wirtschaftlich "schwache" Staaten bedeutet ein Austritt bzw. Nichteintreten in die WTO die fast vollständige Abkoppelung von Weltmarkt. Die seit 500 Jahren währende Ausbeutung dieser Staaten durch Kolonialismus und Imperialismus bis hin zur Schuldenspirale haben diese Länder so weit wirtschaftlich ausgepresst und von den Industriestaaten abhängig gemacht, daß sie auf die Anbindung an den Welthandel existenziell angewiesen sind, obwohl dessen ungerechte Bedingungen weitere Ausbeutung, Verlust an Souveränität, die Zerstörung traditioneller Wirtschaftsweisen, die Zerstörung ihrer Umwelt und den Ausverkauf ihrer Länder durch ausländisches Kapital bedeutet.
Die Gründung der WTO stellt eine weitere Verschärfung dar: Die Änderungen, die für die WTO an GATT vorgenommen wurden, und die Themen, über die in den nächsten Jahren verhandelt werden wird, vermindern vor allem die Sicherheiten und Spielräume der Länder der Drei Kontinente, die sie durch GATT oder unabhängig davon noch hatten.
Die Entscheidungen der WTO bestimmen nicht nur Handelsfragen, sondern sie haben tiefgreifende und katastrophale Auswirkungen auf die Situation und Politik der Länder der Drei Kontinente. Die FrauenLesben sind davon besonders stark betroffen. Die Marktbereiche, auf die sich GATT besonders stark ausgewirkt hat, sind Sektoren, in denen vor allem Frauen arbeiten (Agrar-, Textil- und Elektrobereich). Deshalb kämpfen in vielen asiatischen Ländern Frauen (und Männer) gegen GATT und WTO; z. Bsp. demonstrierten in Indien 500 000 Frauen und Männer gegen GATT.
Der philippinische Frauendachverband GABRIELA organisiert schon seit Jahren auf den Philippinen eine Kampagne gegen sogenannte Strukturanpassungsprogramme (SAP), GATT und WTO, die sie auch auf der Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing (Peking) weiterführte. .

Der kurdische Befreiungskampf

Überall, wo FrauenLesben in eigenständigen Organisationen oder gemeinsam mit Männern gegen patriarchale, imperialistische, rassistische Herrschaft kämpfen und für eine Gesellschaft ohne Unter-

drückung und Ausbeutung, fühlen wir uns mit ihnen verbunden, kämpfen wir für gemeinsame Ziele - wenn auch unter ganz anderen Bedingungen und Ausgangssituationen.
Wir sind solidarisch mit dem Befreiungskampf der kurdischen Frauen und Männer.
Seit 1984 wehren sie sich organisiert gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch den türkischen Staat. Die kurdische Sprache ist für viele offizielle Situationen verboten, ebenso kurdische Feste und kurdische Kultur.
Seitdem die kurdische Bevölkerung Widerstand leistet, geht die türkische Regierung mit noch brutalerer Härte gegen sie vor. In den vergangenen Jahren wurden Tausende von Dörfern von türkischen Militärs zerstört, die Bevölkerung wurde vertrieben, viele wurden festgenommen, gefoltert und ermordet. Gezielt werden Journalistinnen und Journalisten umgebracht, damit möglichst wenige von der Situation dort erfahren. Diese Tatsachen sind inzwischen hinreichend bekannt.
Dagegen und gegen die massive Beteiligung der deutschen Regierung und von deutschen Firmen am Völkermord in Kurdistan regt sich in der BRD in der sogenannten demokratischen Öffentlichkeit, aber auch in der deutschen Linken, kaum Widerstand.
Kurdinnen und Kurden haben in der BRD immer wieder auf diese Situation aufmerksam gemacht und gegen die deutsche Beteiligung am Krieg gegen Kurdistan protestiert.
Aber auch weiterhin kann die bundesdeutsche Regierung Waffenlieferungen in die Türkei durchsetzen, nachdem sie ihren Nato-Bündnispartner bereits mit Milliarden von Mark unterstützt hat.
Die Zusammenarbeit des bundesdeutschen Staates mit der türkischen Regierung ist sehr umfassend. von Waffen- und Geldlieferungen, dem Ausbau der Infrastruktur und wirtschaftlichen Großprojekten, der Ausbildung von Spezialeinheiten und Todesschwadronen bis hin zur Verfolgung von kurdischen Frauen und Männern in der BRD. Denn die BRD, deutsche Banken und deutsche Firmen haben ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen an diesem Land. Die Türkei hat nämlich eine wichtige strategische Bedeutung zur Kontrolle der arabischen Länder. Sie soll zur Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten sowie als militärischer Posten der "westlichen Welt" gegen die arabischen Staaten dienen.
Ohne die Unterstützung der BRD und anderer Nato-Staaten und imperialistischer Länder, aber auch ohne den Tourismus könnte die Türkei den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung kaum mehr führen.

Seit Jahren ist die kurdische Befreiungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland einer massiven Kriminalisierungkampagne und Medienhetze ausgesetzt. Einen vorläufigen Höhepunkt bildet das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK und weiterer kurdischer Vereine und Organisationen im November 1993.
Ohne daß sich großer Widerstand regt, kann die Bundesregierung Kurdinnen und Kurden in der BRD kriminalisieren und zu Terroristen erklären, ihre Vereine verbieten, sie ausliefern, was heißt, oftmals der Folter, dem Gefängnis oder dem "Verschwinden" ausliefern.
Von Anfang an kämpften viele Frauen in der kurdischen Befreiungsbewegung. Im Laufe der Jahre wurden es immer mehr. Sie kämpfen nicht nur gegen die Unterdrückung durch das türkische Regime, sondern auch gegen die patriarchale Unterdrückung von Frauen und Mädchen. Seit 1987 haben sich kurdische Frauen in einem eigenständigen Frauenverband organisiert, 1993 gründeten sie eine eigenständige Frauenarmee.
Nicht nur in Kurdistan, sondern auch in vielen anderen Ländern organisieren sich kurdische Frauen im Frauenverband YAJK. Sie stellen sich in einen internationalen Zusammenhang und begreifen ihre Kämpfe als Teil des weltweiten Kampfes von Frauen gegen Patriarchat und Imperialismus.

Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen/Lesben!

Keine Abschiebung von geflüchteten Frauen und Männern!

Keine Waffen- und Finanzhilfen an den türkischen Staat!

Kampf gegen die herrschende Weltwirtschafsordnung!

Für einen revolutionären internationalen FrauenLesbenkampf!

SOLIDARITÄT MIT DEM BEFREIUNGSKAMPF DER KURDISCHEN FRAUEN !!!

"Kämpfend befreien wir uns;
Befreiend verändern wir uns;
Verändernd lernen wir neu zu lieben.
Durch diese Parole fingen wir als Suchende an uns zu fragen, "was für ein Leben suchen wir?" und haben begriffen, daß wir die Sklaverei mit ihren Formen der Beziehung zerstören müssen und uns in die vorderste Kraft der Befreiung verwandeln müssen, denn wenn wir das nicht machen wird nichts sein."
(An alle Frauen die sich nach Freiheit sehnen, Grußbotschaft kurdischer Frauen aus der Guerilla zum 8. März 95)

Seit dem 15. Dezember 95 gibt es von der PKK/ARGK einen einseitigen Waffenstillstand für eine poitische Lösung in Kurdistan. Der NATO-Staat Türkei führt mit Wirtschaftshilfen und Waffenexporten (in Milliarden Höhe)anderer NATO-Staaten den Krieg gegen Kurdistan in unverminderter Stärke fort, d.h. zum Beispiel 3000 Dörfer wurden vernichtet.
Die NATO hat ein existenzielles Interesse an der Zerschlagung der kurdischen Befreiungsbewegung; ein freies, sozialistisches Kurdistan würde der Durchsetzung der neuen Weltordnung in der Region erschweren und würde die Großmachtpläne des brd-Imperialismus durchkreuzen; d.h. konkret deren Zugriff auf das Öl in Südkurdistan, auf die immer wichtiger werdende Ressource Wasser und die günstige geostrategische Lage der Türkei und Nordkurdistans für die NATO.
Die brd ist einer der größten Waffenexporteure in die Türkei und sie modernisiert den Aufstandsbekämpfungsapparat und die GSG 9 bildet türkische Todesschwadrone aus.
Die brd führt auch direkt auf deutschem Boden Krieg gegen die kurdische Bewegung, die auf den Vernichtungskrieg in Kurdistan aufmerksam machen.
Das Verbot der PKK und einiger kurdischer Vereine seit November 93 bedeutet faktisch die Illegalisierung aller kurdischen Organisationsansätze.
In den letzten zwei Jahren wurden beinahe alle Demonstrationen von Kurdinnen und der Solidaritätsbewegung verboten.
Mehr als 100 politische gefangene Frauen und Männer sitzen in den bundesdeutschen Isolationsknästen. Es gibt mehr als 900 Ermittlungsverfahren gegen Kurdinnen und Kurden. Bei einer Verurteilung werden sie in die Türkei abgschoben, wo sie mit Sicherheit Folter und Ermordung erwartet.
Im November 95 wurde die von der YAJK (Freier Frauenverband Kurdistans) organisierte Konferenz in Hannover "Frauen in Kurdistan" mit der Begründung, YAJK sei eine Nebenorganisation der PKK, verboten, obwohl YAJK noch eine legale Organisation ist.
Im Januar 96 mußte die gleiche Konferenz in Hannover abgebrochen werden, da die kurdischen Frauen Redevervot hatten und durch Anwesenheit der Bullen im Veranstaltungssaal die Durchführung der Konferenz verunmöglicht wurde. Dies kommt einem faktischen Verbot der YAJK gleich.
Diese Kriminsalisierungen haben auch Auswirkungen auf die internationalistische Linke und die feministische Bewegung in der brd.
Auch deshalb ist es wichtig gegen den Krieg, der gegen die kurdische Befreiungsbewegung und die kämpfenden kurdischen Frauen geführt wird, aufzustehen und unsere internationalistische Perspektive auf Befreiung weiterzuentwickeln; ebenso mit dem Ziel unserer aller Kampfbedingungen zu verbessern. Denn je mehr wir zurückweichen, desto stärker kann der brd-Imperialismus seine Kriegsstrategien durchsetzten.

Morgen am 9.März wird zum internationalen LesbenFrauenkampftag in Bonn eine internationalistische LesbenFrauen - Demonstration stattfinden, die von der YAJK zusammen mit nicht-kurdischen internationalistischen Feministinnen organisiert wird und für die von der YAJK europaweit mobilisiert wird.

Die kurdischen Frauen sind von Anfang an auf allen Ebenen des kurdischen Befreiungskampfes beteiligt. Diese Beteiligung hat unmittelbar ihre Lebens- und Kampfbedingungen verbessert.
Heute haben die Frauen in Kurdistan selbst innerhalb der gemischtgeschlechtlichen Guerilla eine eigenständige Frauenarmee aufgebaut, der heut 2000 Kämpferinnen angehören und die ständig im Wachsen begriffen ist.
Seit 1987 gibt es eine eigenständige Frauenorganisation, die heute in der Lage ist, die kurdischen Frauen aus allen 4 Teilen des besetzten Kurdistan und im Exil zu organisieren.
Der Befreiungskampf der kurdischen Frauen richtet sich gegen die türkische Kolonialherrschaft, gegen den imperialistischen Krieg, gegen das Patriarchat innerhalb der eigenen (kurdischen) Gesellschaft und sie kämpfen für ein freies sozialistisches Kurdistan und für die vollständige Befreiung der Frau. Sie stellen ihren Befreiungskampf auch in einen internationalen Zusammenhang und lernen aus der Geschichte der Frauenkämpfe innerhalb sozialistischer Befreiungsbewegungen. Sie wissen heute, daß sie die Befreiung der Frauen nicht auf

nach der Revolution verschieben können. Ebenso verstehen sie ihre Kämpfe als Teil der Kämpfe von Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat.
Der Kampf der kurdischen Frauen bedeutet eine Verbesserung der Kampfbedingungen von Frauen und stärkt die Frauenbefreiungsbewegungen weltweit, weil es Möglichkeiten und Hoffnung, Stärke und den Willen für Befreiung deutlich macht.

Als internationalistische Feministinnen begreifen wir unseren Widerstand und unsere Kämpfe hier in der brd als einen Beitrag zum internationalen Kampf von LesbenFrauen und um Befreiung vom imperialistischen Patriarchat.
Das imperialistische Patriarchat hat sich inzwischen fast weltweit durchgesetzt. Es teilt die Welt in imperialistische Länder und Länder, die kolonisiert und ausgebeutet werden. Die voranschreitende gewalttätige Durchdringung der Länder der drei Kontinente und der ehemals realsozialistischen Staaten durch das imperialistische Patriarchat bedeutet für FrauenLesben eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen: Krieg, sich verschärfende ökonomische Ausbeutung, Verarmung und zunehmende sexistische Gewalt. Die Unterdrückung und Ausbeutung von FrauenLesben weltweit ist ebenso durch ihr soziales Geschlecht als Frau bestimmt, wie durch Klassenunterdrückung und Rassismus (für die Frauen in/aus dem Trikont).
Wir organisieren uns eigenständig als LesbenFrauen, da nur Frauen das Interesse an der vollständigen Befreiung der Frau haben. Als internationalistische Feministinnen unterstützen wir insbesondere den Befreiungskampf der kurdischen Frauen.
Hier ist unser Interesse und unsere Aufgabe, die HERRschenden an der Durchsetzung ihrer Ziele zu hindern und die Politik der brd anzugreifen. Dies heißt u.a. unseren Kampf gegen den Krieg gegen Kurdistan zu verstärken.
Auch wenn die Kampfbedingungen von den LesbenFrauen in/aus den drei Kontinenten und in den Metropolen unterschiedlich sind, wollen wir zwischen den Bewegungen Verbindungen aufbauen und zusammen kämpfen.
Internationalistischer Feminismus wächst aus solidarischen Austausch und Kritik, gegenseitigem Ernstnehmen und Unterstützung unserer jeweiligen Kämpfe. Wir sind überzeugt - und aus der Erfahrung internationalstischer Kämpfe wissen wir - daß eine umfassende Befreiung nur im internationalen Zusammenhang durchsetzbar ist.
Unsere Beteiligung an der Demo (morgen) am 9.März ist ein praktischer Ausdruck unserer Solidarität.

FÜR EINE KÄMPFERISCHE 8. MÄRZ DEMO IN BONN !
FÜR DIE FEMINISTISCHE REVOLUTION WELTWEIT !!
FÜR DEN AUFBAU VON INTERNATIONALISTISCHEN LESBENFRAUENBEFREIUNGSBEWEGUNGEN WELTWEIT !!
WIR GRÜSSEN UNSERE KÄMPFENDEN SCHWESTERN IN DEN KNÄSTEN UND DRAUSSEN WELTWEIT !!!

HOCH DIE INTERNATIONALE FEMINISTISCHE SOLIDARITÄT !!
WEG MIT DEM VERBOT DER PKK !!!
FÜR EINE POLITISCHE LÖSUNG IN KURDISTAN !!
SOLIDARITÄT MIT DEM BEFREIUNGSKAMPF DER KURDISCHEN FRAUEN !!!
SOLIDARITÄT MIT DER YAJK !!!
FREIHEIT FÜR ALLE REVOLUTIONÄREN GEFANGENEN FRAUEN UND MÄNNER !!!

Noch eine Information: Am 20.3.96 beginnt vor dem Hamburger Oberlandesgericht ein 129a Verfahren gegen die KurdInnen Azime, Meryem und Said. Von der Bundesanwaltschaft wird ihnen "Rädelsführerschaft, Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Sie sitzen seit Dezember 94 in Untersuchungshaft und unter Isolationsbedingungen. Am 20.3.%zum Prozeßbeginn wird es eine Kundgebung geben, zu der auch LesbenFrauen aufrufen werden.
Während des Prozesses wird auch ein LesbenFrauenprozeßtag organisiert werden.
Unterstüzzt und solidarisiert Euch mit den kurdischen gefangenen Frauen und beteiligt Euch an den Aktivitäten von FrauenLesben dazu !!!

Redebeitrag bei der 9.3.Frauen/LesebenDemo in Bonn und am Internationalen LesbenFrauenKampftag
vorm Frauenknast Plötzensee

Internationalistische Feministinnen Berlin
am 8. März 1996

Absenderin
Vorbereitungskomitee zum 8.3.1996
c/o ASTA der JLU Giessen
bei Rückfragen. Fax o641 / 47113

Presseerklärung vom Vorbereitungskomitee für die Demonstration zum internationalen FrauenLesben-Kampftag am 9.3.1996 in Bonn.

Wir widersprechen entschieden den Darstellungen in Berichten der Presse, die behaupten, die Demonstration zum Internationalen Frauentag sei von PKK-Anhängern mißbraucht und funktionalisiert worden bzw. hätte Tarnfunktion für eine PKK-Demonstration gehabt.
Am Internationalen FrauenLesben-Kampftag gehen weltweit Frauen auf die Straße, um ihren Kampf um Befreiung von Sexismus, Kolonialismus und Klassenausbeutung auszudrücken. Die Demonstration war als eine internationale, bundesweite Demonstration vorbereitet und durchgeführt. Verschiedene Frauenzusammenhänge aus und in der BRD, Migrantinnengruppen sowie deutsche Gruppen, haben sich an der 2500 Frauen starken Demonstration beteiligt. Unter ihnen auch viele kurdischen Frauen und Kinder. das Motto der Demonstration war: **Für den weltweiten FrauenLesben Befreiungskampf! Freiheit für Kurdistan!**. Das Motto war von den Vorbereitungsgruppen zusammen aus aktuellem Anlass bestimmt. Die türkische Armee führt einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk, der mit deutschen Waffen,, Militärberatern und wirtschaftlich/politischer Unterstützung der BRD-Regierung geführt wird. Parallel dazu verbietet die BRD-Regierung hier sämtliche kurdischen Exilorganisationen, kurdische Symbole und hält hunderte kurdische Fauen und Männer in ihren Gefängnissen eingesperrt.
Kurdische Frauen organisieren sich eigenständig innerhalb des kurdischen Befreiungskampfes gegen diesen mörderischen Krieg für ihr Recht auf Freiheit, Selbstbestimmung und Befreiung als Frauen. Die Gruppen des Vorbereitungskomitees verurteilen die Beteiligung von deutschen Konzernen und deutscher Regierung an der Ausbeutung und Vernichtung des kurdischen Volkes. Sie sind solidarisch mit dem Kampf der kurdischen Frauen. Aus diesem Verhältnis haben wir die Demonstration zum Internationalen Frauentag zusammen durchgeführt, die angemeldet und genehmigt war.
Trotz wiederholten Aufforderungen und Verhandlungen ließen es die Polizeikräfte nicht zu, daß die friedliche, lautstarke und bunte Demonstration zum Kundgebungsplatz gehen konnte. Dort waren verschiedene Beiträge geplant, in denen Frauen ihre Kämpfe um Befreiung darstellen, zu den Auswirkungen der "Neuen Weltordnung", WTO und GATT auf die Lebensbedingungen von Fauen, zur Repression gegen kurdische Organsisationen in der BRD und zur Situation in Kurdistan. Auf der Demonstration wurden Fahnen und Transparente gezeigt, die sich FrauenLesben in ihrem Kampf um Befreiung gewählt haben.
Nicht nur die Polizei sondern das Bundesinnenministerium ist für die Eskalation bei der Demonstration verantwortlich. Die BRD-Regierung kriminalisiert mit dem 1993 ausgesprochenen PKK-Verbot die politische Betätigung aller kurdischen Frauen und Männer und versucht so eine Massenbewegung als terroristisch abzustempeln.
Wir wenden uns gegen Pressedarstellung, die den internationalistischen Ausdruck der 8.März Demonstration negieren und mit ihren Ausführungen rassistischen Vorurteilen und der Kriminalisierung kurdischer Frauen und Männer und deutscher FrauenLesben den Boden bereiten.

Mit freundlichen Grüßen
Das Vorbereitungskomitee

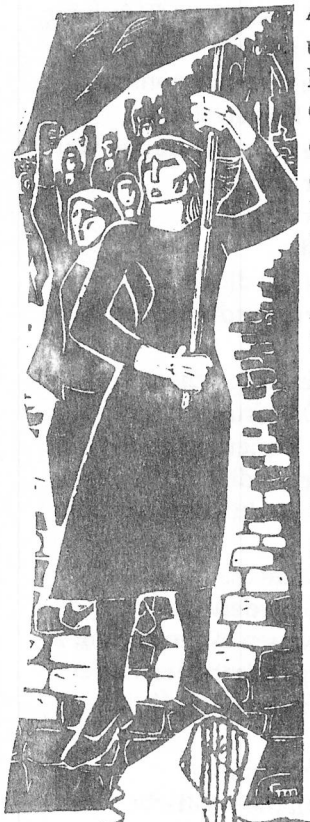
Noch ein paar Infos zur Demo:

Der Demozug wurde von der Bullerei in der Innenstadt gestoppt und eingekesselt- die verbotenen Symbole sollten weg. Die Frauen/ Lesben wollten aber zum Münsterplatz, um die Abschlußkundgebung zu machen. Der Demozug saß von 13.30 bis 23.30 fest. Es gab Provokationen und Ausschreitungen seitens der Polizei, aber auch Gegenwehr. Die Stimmung war größtenteils powrig und gut, obwohl es viele Verletzte (auch Schwerverletzte) und Verhaftete gegeben hat. Ein Durchbruch ist nicht gelungen, aber es konnte durchgestetzt werden, daß die Gefangenen wieder in die Demo zurückkommen konnten und die Demo gemeinsam zu den Bussen gehen konnte ohne Kontrollen.
Während der Einkesselung fanden in Bonn und auch in anderen Städten Solidaritätskundgebungen statt.

VEREINIGUNG KURDISCHER FRAUEN IN ÖSTERREICH
Ramperstorffergasse 68, 1050 Wien
Tel: 54 71 925

Wien, 11.03.1996

Liebe Freundinnen!



Anläßlich des Internationalen Frauentages 8. März 1996 demonstrierten etwa 2000 kurdische und deutsche Frauen in Bonn. Während der Demonstration wurden vereinzelt Fahnen der in Deutschland verbotenen ERNK, Nationale Befreiungsfront Kurdistans, gezeigt. Aus diesem Grund griffen deutsche Polizisten die Demonstrantinnen an. Die anschließende Eskalation, bei der es viele verletzte Frauen, Festnahmen und erhebliche Sachbeschädigungen gab, war seitens der Polizeiführung offenbar einkalkuliert. Das Überaufgebot von Polizeibeamten bestätigt es.
Das Recht der Kurdinnen und Kurden auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht werden somit in Deutschland außer Kraft gesetzt.

Am selben Tag demonstrierten mehrere hunderte kurdische Frauen in der kurdischen Provinzstadt, Sirnak. Die Frauen wurden von türkischen Soldaten und Polizisten geprügelt, festgenommen und die von der Frauenkommission der HADEP (Demokratische Partei des Volkes) angemeldete Demonstration anschließend zwangsweise aufgelöst.

Die Kurdinnen haben sowohl für Ihre Rechte als Frauen als auch ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung demonstriert. Für diese legitimen Forderungen wurden sie geschlagen und gedemütigt. Wir sind entschlossen unseren Kampf für das Selbstbestimmungsrecht unter allen Bedinungen fortzusetzen.
Der Wille unseres Volkes nach Freiheit wird sich auch durch Verbote und Polizeiknüppel nicht aufhalten lassen.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen das repressive Vorgehen der deutschen und türkischen Polizei.
Wir rufen alle Frauen in Österreich zur Solidarität auf. Protestiert mit uns gegen die deutsche und türkische Kurdenpolitik.

Standard 10/11.2.96

PRÜGELSTRAFE VOLLSTRECKT Die Strafe von 100 Peitschenhieben, zu denen ein philippinisches Dienstmädchen in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) wegen Mordes an ihrem Arbeitgeber verurteilt wurde, ist vollstreckt. Die 17jährige Sarah Balabagan erhielt die Schläge in fünf „Sitzungen" im Abstand weniger Tage und hat überlebt.

GRUSSBOTSCHAFT AN SARAH BALAGABAN

Wien, 8.3.1996

Liebe Sarah
In einer Zeitung hier haben wir gelesen, daß das grausame Urteil von 100 Peitschenhieben gegen dich vollzogen wurde, weil du deinen Chef, der dich vergewaltigte, in Selbstverteidigung getötet hast.
Wir sind glücklich, daß du es geschafft hast, trotzdem zu überleben.
Dein Mut und deine Entsclossenheit dich gegen den Chef und Vergewaltiger zu wehren hat den Zorn von Frauen gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung bestärkt. Wir haben diesen Zorn auch hier in österreich in die Straßen getragen, haben gegen sexuelle Gewalt, Sexismus, gegen ökonomische Ausbeutung und den US-Imperialismus, gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution und gegen Rassismus demonstriert. Wir haben für unser Frauenrecht auf Selbstverteidigung und für die Solidarität und Freilassung für dich gekämpft.
Wir waren 50 Frauen, nicht viele, aber wütend und entschlossen. Wir waren viele junge Frauen, so alt wie du und jünger und einige etwas älter.
Wir, als Teil einer internationalen Solidaritätkampagne, haben es leider nicht geschafft deine Freilassung durchzusetzen und das Urteil zu verhindern.
Doch wir schicken dir trotzalledem viel Kraft und Liebe,
in Gedanken an dich und mit feministischer Verbundenheit.

autonome feministische FrauenLesben aus Wien, österreich

AlleinerzieherInnen, Frauen und Kinder gegen das Sparpaket

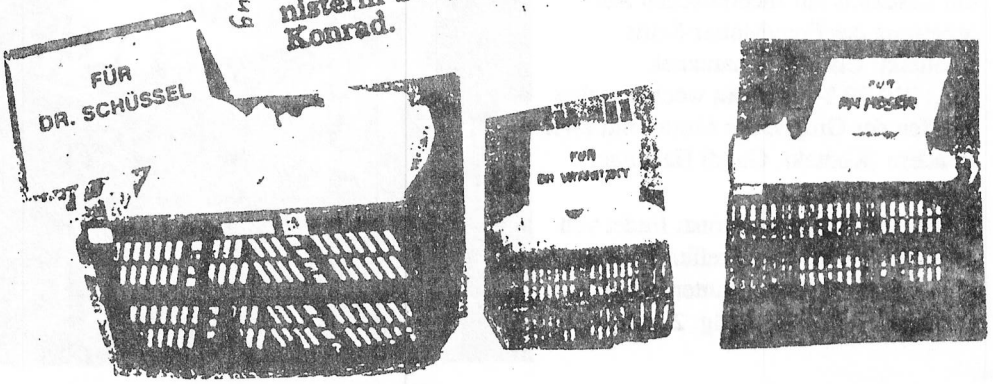
- Fast 20% der Familien sind Alleinerzieherinnen mit Kindern und die Zahl steigt ständig.
- Schon beim ersten Sparpaket wurde bei den Alleinerzieherinnen kräftig gespart. Rund 2.500.- im Monat durch die Streichung des Zuschlags zum Karenzgeld, wenn sie den Vater des Kindes nicht angeben wollen.
- Karenzgeldbezieherinnen bekommen derzeit im Laufe von zwei Jahren (ohne Zuschlag) ca. 133.560.-. Berechnet auf die Laufzeit von 1 1/2 Jahren abzüglich der Geburtenbeihilfe bedeutet das 48.390.- weniger oder eine Kürzung von 36%.
- Das Nettohaushaltseinkommen einer Alleinerzieherinnenfamilie beträgt ohnedies schon um 1/3 weniger als ein durchschnittliches Haushaltseinkommen.
- Alleine in Wien kommen zu den jetzt schon fehlenden 6 000 Kinderbetreuungsplätzen nochmal 6 300, die durch die geänderte Karenzzeitregelung notwendig werden.
- Die Kindergartenmilliarde ist gestrichen.

Sparpaket: Alleinerzieherinnen demonstrierten vor dem Bundeskanzleramt

Volle Windeln für die Regierung

Wiener Zeitung 23.3.96

Mit Kisten randgefüllt mit vollen Windeln demonstrierten am Freitag etwa 50 Alleinerzieherinnen vor dem Bundeskanzleramt gegen das Sparpaket der Regierung. Gewidmet waren die Windeln Bundeskanzler Franz Vranitzky, Vizekanzler Wolfgang Schüssel, Finanzminister Viktor Klima und Wirtschaftsminister Johannes Ditz sowie Familienministerin Sonja Moser und Frauenministerin Helga Konrad.



- **Sind Sie Mutter oder wollen es werden?**
- **Ärgern Sie sich über das Sparpaket?**
- **Wollen Sie Ihre Rechte selbst in die Hand nehmen?**

dann
treffen Sie sich mit gleichgesinnten Müttern

am 13.3.1996 um 3 Uhr nachmittag am Rathausplatz in Wien

mit Kindern bei jedem Wetter!

Auch wir können uns organisieren und zusammenfinden um gemeinsam für unsere Interessen aufzutreten.

Viele Mütter stehen nach 1 1/2 Jahren ohne Betreuungsplatz für ihr Kind und ohne Arbeitsplatz da.
Das alles erschwert durch eine Senkung der finanziellen Unterstützung.

Grund: *Streichung des Geburtengeldes (- 15.000,-- ÖS)*
Verkürzter Karenzurlaub auf 1 1/2 Jahre (min. -33.000,-- ÖS)

Mütter, die wegen ihrer Ausbildungszeit und Kinderpause erst spät wieder in den Beruf einsteigen, haben kaum Chance auf Frühpension.

Grund: *Anhebung der notwendigen Versicherungszeiten*
Keine Anrechnung der Schul- und Studienzeiten

Geben Sie anderen Müttern die Chance diesem Aufruf zu folgen!

Wenn Sie die Möglichkeit haben, kopieren Sie dieses Blatt und schicken es an **mindestens 5 weitere Mütter** und verteilen es:

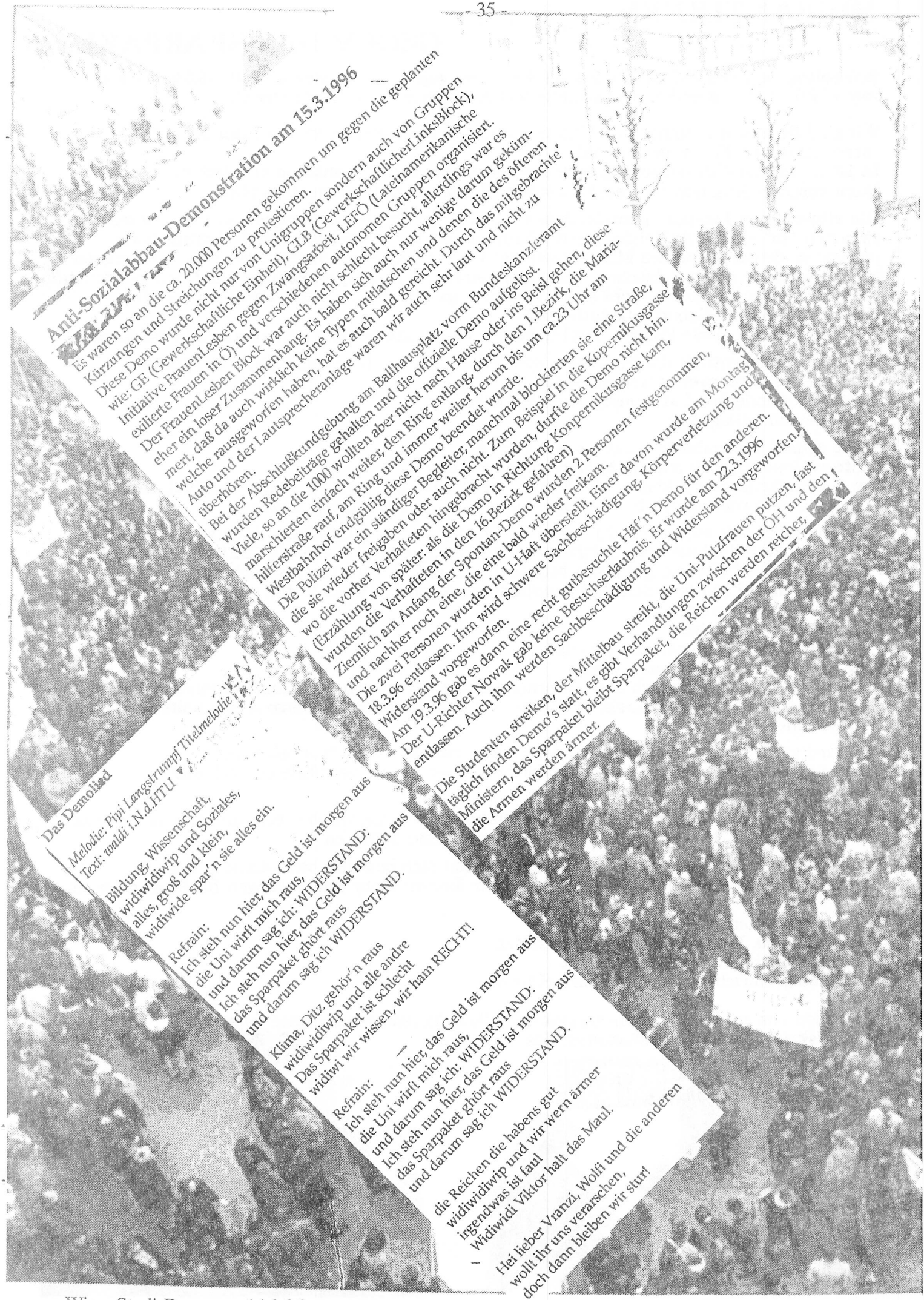
In Ihrem Freundeskreis, Kindergarten, Krippe, Tagesmutter, Kinderarzt, Kinderspital, Frauenarzt, MutterEltern-Kind-Zentrum, Mutterberatung, Kinderboutique, etc...

Die Kundgebung wurde von Einzelfrauen initiiert und die "Feministische MütterLobby " nahm auch an der Kundgebung teil.
Die Kundgebung vorm Rathaus wurde, mit dem Argument der Bannmeile während der Regierungssitzung mit einem Großaufgebot der Polizei verboten und auf den Ballhausplatz verlegt.
Gleichzeitig wurde die Kundgebung selbst vom Katholischen Familienverband und der Aktion Leben vereinnahmt. Es zeigt das Dilemma von Frauen, die auch als Mütter Politik machen wollen. Die Bezeichnung als Mutter ist von den Rechten und der Katholischen Kirche großteils beschlagnahmt

Zum ersten Mal am 8. März dabei: Feministische MütterLobby

Seit einem knappen Jahr treffen sich mehrere Frauen mit Kindern, um die Mütterzentrums-Idee für Wien zu adaptieren. Wir wollen Raum schaffen für Frauen mit Kindern und eine feministische Lobby für Mütter sein.

In der Zwischenzeit wurden die Statuten für die Gründung des Vereins "mutter.mund. -Interessensgemeinschaft von und für Frauen mit Kindern" eingebracht. Es haben sich bereits mehrere "Untergruppen" formiert. So gibt es eine Organisationsgruppe, die sich ca. alle 3 Wochen trifft (Kontakt: Gabi Sax Tel.: 586 27 79), ein Lesekreis zur theoretischen Aufarbeitung des Frau/Mutter-Seins (Kontakt: Claudia Schamanek Tel.: 712 79 24) und ein wöchentliches Treffen der Gruppe der Mütter mit zwei Kindern (Kontakt: Gundi Haslinger Tel.: 545 88 87).
Jeden 3. Samstag im Monat findet von 14 - 18 h ein offenes Treffen in der Kindergruppe Kunterbunter Puma Panther, 1060, Hofmühlg. 2, statt.



Anti-Sozialabbau-Demonstration am 15.3.1996

Es waren so an die ca. 20.000 Personen gekommen um gegen die geplanten Kürzungen und Streichungen zu protestieren.
Diese Demo wurde nicht nur von Unigruppen sondern auch von Gruppen wie: GE (Gewerkschaftliche Einheit), GLB (GewerkschaftlicherLinksBlock), Initiative FrauenLesben gegen Zwangsarbeit, LEFÖ (Lateinamerikanische exilierte Frauen in Ö) und verschiedenen autonomen Gruppen organisiert.
Der FrauenLesben Block war auch nicht schlecht besucht, allerdings war es eher ein loser Zusammenhang. Es haben sich auch nur wenige darum gekümmert, daß da auch wirklich keine Typen mitlatschen und denen die des öfteren welche rausgeworfen haben, hat es auch bald gereicht. Durch das mitgebrachte Auto und der Lautsprecheranlage waren wir auch sehr laut und nicht zu überhören.
Bei der Abschlußkundgebung am Ballhausplatz vorm Bundeskanzleramt wurden Redebeiträge gehalten und die offizielle Demo aufgelöst.
Viele, so an die 1000 wollten aber nicht nach Hause oder ins Beisl gehen, diese marschierten einfach weiter, den Ring entlang, durch den 1.Bezirk, die Mariahilferstraße rauf, am Ring und immer weiter herum bis um ca.23 Uhr am Westbahnhof endgültig diese Demo beendet wurde.
Die Polizei war ein ständiger Begleiter, manchmal blockierten sie eine Straße, die sie wieder freigaben oder auch nicht. Zum Beispiel in die Kopernikusgasse wo die vorher Verhafteten hingebracht wurden, durfte die Demo nicht hin.
(Erzählung von später: als die Demo in Richtung Kopernikusgasse kam, wurden die Verhafteten in den 16.Bezirk gefahren)
Ziemlich am Anfang der Spontan-Demo wurden 2 Personen festgenommen, und nachher noch eine, die eine bald wieder freikam.
Die zwei Personen wurden in U-Haft übersiellt. Einer davon wurde am Montag, 18.3.96 entlassen. Ihm wird schwere Sachbeschädigung, Körperverletzung und Widerstand vorgeworfen.
Am 19.3.96 gab es dann eine recht gutbesuchte Häf'n Demo für den anderen.
Der U-Richter Nowak gab keine Besuchserlaubnis. Er wurde am 22.3.1996 entlassen. Auch ihm werden Sachbeschädigung und Widerstand vorgeworfen.

Die Studenten streiken, der Mittelbau streikt, die Uni-Putzfrauen putzen, fast täglich finden Demo's statt, es gibt Verhandlungen zwischen der ÖH und den Ministern, das Sparpaket bleibt Sparpaket, die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer.

Das Demolied

Melodie: Pippi Langstrumpf Titelmelodie
Text: waldi i.N.d.HTU

Bildung, Wissenschaft,
widiwidiwip und Soziales,
alles, groß und klein,
widiwide spar'n sie alles ein.

Refrain:
Ich steh nun hier, das Geld ist morgen aus
die Uni wirft mich raus,
und darum sag ich: WIDERSTAND.
Ich steh nun hier, das Geld ist morgen aus
das Sparpaket ghört raus
und darum sag ich WIDERSTAND.

Klima, Ditz gehör'n raus
Das Sparpaket ist schlecht
widiwidiwip und alle andre
widiwi wir wissen, wir ham RECHT!

Refrain:
Ich steh nun hier, das Geld ist morgen aus
die Uni wirft mich raus,
und darum sag ich: WIDERSTAND.
Ich steh nun hier, das Geld ist morgen aus
das Sparpaket ghört raus
und darum sag ich WIDERSTAND.

die Reichen die habens gut
widiwidiwip und wir wern ärmer
irgendwas ist faul
Widiwidi Viktor halt das Maul.

Hei lieber Vranzi, Wolfi und die anderen
wollt ihr uns verarschen,
doch dann bleiben wir stur!

Wien, Studi-Demo am 14.3.96

MIGRANTINNEN

GEGEN DAS SPARPAKET

Redebeitrag vom Frauen/Lesben-block auf der "Demo gegen das Belastungspaket", 15.3.96 in Wien
von: LEFÖ - Lateinamerikanische exilierte und emigirierte Frauen in österreich

Wir sind Repräsentantinnen von Migrantinnen und vertreten einen wichtigen Teil der österreichischen Frauengesellschaft.
Es ist für uns absolut notwendig, eine Stellungnahme zur momentanen politischen und ökonomischen Situation der "ausländischen" Frauen in österreich abzugeben.

Die allgemeinen Einsparungsmaßnahmen im sozialen Bereich unterscheiden nicht wesentlich zwischen "In" - und "Ausländerinnen". Beim genaueren Hinschauen sind Migrantinnen jedoch von den alllgemeinen Maßnahmen viel stärker betroffen. Warum ? Weil die Einkommen im Vergleich zu österreichischen Haushalten sowieso um einiges niedriger sind und zusätzlich werden Transferleistungen nicht angehoben bzw. ganz gestrichen (z.B. Familienbeihilfe, Karenzurlaubsgeld, Geburtenbeihilfe etc.)
Das hat natürlich fatale Folgen. "Ausländische" Haushalte geraten systematisch in die Armut.

Darüber hinaus enthält das Sparpaket speziell für MigrantInnen relevante Änderungen
* beim Arbeitslosenversicherungsgesetz
* beim Ausländerbeschäftigungsgesetz und sogar
* beim Aufenthaltsgesetz

Diese ganzen Maßnahmen wirken sich einerseits
* integrationsfeindlich auf die Migrantinnen aus und
* in der Endkonsequenz können die Frauen die Voraussetzungen für den Aufenthalt nicht erfüllen und werden dadurch zur Illegalität mit all ihren Folgen gezwungen.

Das Sparpaket hält auch einige Krotesken auf Lager: wie z.B. im Fall des Arbeitslosen - geld - anspruchs. Wer derArbeitsvermittlung zur Verfügung steht hat, so wie "InländerInnen" auch, Anspruch auf Arbeitslosengeld. Bei MigrantInnen jedoch wird derAnspruch auf **Arbeitslosengeld an die Aufenthaltsbewilligung gekoppelt.** Das bedeutet: verliert eine Person die Aufenthaltsbewilligung, z.B.
* durch Behördenirrtum
* sinkendes Familieneinkommen - oder
* die Wohnung wird zu klein - usw.

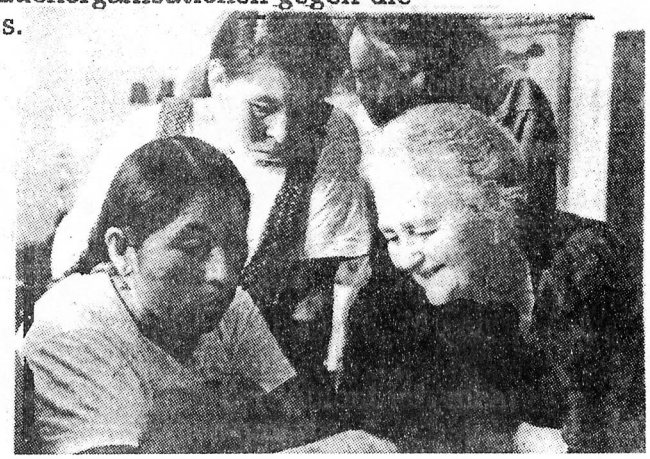
dann verliert sie automatisch den Anspruch auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Und hier beginnt derTeufelskreis. Damit hat sie keine Chance eine neue Aufenthaltsbewilligung zu bekommen.

Das wird verfassungsrechtlich überprüft werden müssen. Weil "ausländische" ArbeitnehmerInnen genauso wie "InländerInnen" per Gesetz verpflichtet sind, ihre Sozialversicherungsbeiträge zu leisten.

Sämtliche Maßnahmen zum Sparpaket diskriminieren offensichtlich - teils direkt, teils indirekt - Frauen. Sowohl "In" - als auch "Ausländerinnen" sind betroffen.

Migrantinnen haben immer weniger die Möglichkeit sich bewußt und kritisch in die österreichische Gesellschaft zu integrieren. Wir fordern mehr Einrichtungen für Migrantinnen, z.B.
* Beratungsstellen
* Deutschkurse, Weiterbildungsmöglichkeiten
* Chancengleichheit am Arbietsmarkt
* Betreuungseinrichtungen für unsere Kinder

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit allen Frauenorganisationen gegen die frauendiskriminierenden Maßnahmen des Sparpakets.



WIDERSTAND IN SOLIDARITÄT

Redebeitrag vom Frauen/Lesben-Block zur "Demo gg. das Belastungspaket", 15.3.96, Wien, zur Abschlußkundgebung am Ballhausplatz
VON Initiative Frauen/Lesben gegen Zwangsarbeit

Liebe Frauen/Lesben, Mädchen und alle widerständigen Anwesenden!

Wir sind hier, um gegen die Propagandalügen, die Verhetzung und die Spaltung anzutreten und das Schweigen zu durchbrechen.
Wir stehen mit dem Rücken zur Wand, aber das scheint hierzulande niemanden zu interessieren, außer die, die es unmittelbar betrifft! - nämlich uns, die langzeiterwerbslosen Frauen/Lesben!

Wenn die Kriegserklärung des Hodenkartells an die Frauen durchgeht, wird Tausenden die Lebensgrundlage entzogen, und wir werden zum Verschwinden gebracht!
Österreich hat EU-weit die drittniedrigste Frauenerwerbsrate. Je weniger die Lohnarbeit für Frauen wird, desto lauter werden wir der Schmarotzerei bezichtigt, desto mehr werden wir beschuldigt, mißbräuchlich Transferleistungen zu kassieren. Das heißt: Alles, was nicht der männlichen Norm entspricht, schmarotzt!
In dem Maße, in dem die existenzsichernde Arbeit immer weniger und weniger wird, raufen sich die HERRschaften um ihre gesicherten Pöstchen; in ihrem Verteilungskampf greifen sie zurück auf ein altbekanntes Rezept - brennheiß serviert: Wer keine Lohnarbeit findet, soll auch nicht essen!

Kürzung der Notstandshilfe, Aussteuerung aus der Pension, Zwangsarbeit oder kalkuliertes - sog. "freiwilliges" - Abmelden Tausender durch den Terror der Arbeitslosenämter ... stehen für Frauen auf dem Programm. Zusätzlich zum Mundraub an den Kindern.
Arbeitsmarktstrategen und Minister haben unter dem Beifall der Gewerkschafts- und Arbeiterkammerspitzen aus ihrem Mega-Computer mittels Rasterfahndungsmethoden aus dem Kontingent der 300.000 registrierten Arbeitslosen in Österreich eine Gruppe von 30.000 Langzeitarbeitslosen selektiert und ins Fadenkreuz genommen. Exemplarisch für alle anderen soll an uns vorgeführt werden: Schaut her, was Euch blüht, wenn ihr nicht kuscht! Friß oder stirb!

Für uns gibt es keine Wahl! Entweder wir lassen uns für einen Bettel in die Zwangsarbeit treten, oder wir werden sofort aus dem Arbeitslosengeldbezug geschmissen! Sperren, Sperren und nochmals Sperren!
Was die Schreibtischtäter und Versicherungsexperten noch immer öffentlich als "Hilfe" und "humanen Akt" verzapfen, ist in Wahrheit: Disziplinierung, totale Entrechtung, Gleichschaltung, Gehirnwäsche, Gewalt, Mißachtung der Menschenrechte und schafft keinen einzigen Arbeitsplatz - aber ganz bestimmt jede Menge Armut und Kriminalisierung!
Schluß mit dieser Faschisierung!
Laßt uns nicht allein mit dieser chauvinistischen Scheiße!
Zuerst waren es die Migrantinnen und Migranten, jetzt sind es die Frauen und die nächsten werdet ihr sein!
Laßt nicht zu, daß die "Spezial"Demokraten Hums, Puchinger, Steinbach & Co. uns in die Armut und ins OUT verramschen!
Wir lassen uns nicht brechen und mundtot machen!

Existenzrecht und ausreichende Existenzsicherung für alle Frauen und Kinder - unabhängig von Zwangsarbeit und/oder ER-Nährer! Radikale Umverteilung! Weg mit dieser chauvinistischen Regierung!

<u>Frauen! Demonstriert Eure Solidarität mit uns vor dem Bundesministerium für Arbeit: Mittwoch, den 27. März, 14.00 Uhr.</u>
Widerstand in Solidarität!

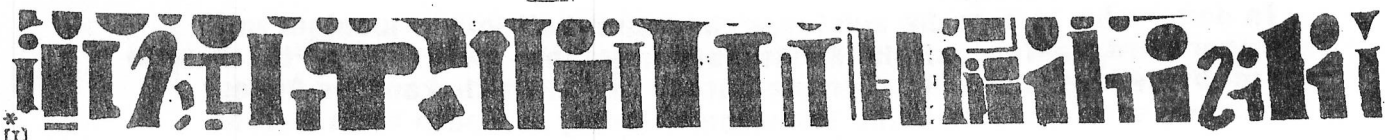
Flugi von der rosa lilla Villa zur "Demo gg. das Belastungspaket", 15.3.96, Wien

rosa lila Villa
Beratungs-, Kultur- & Kommunikationszentrum von und für homosexuelle Frauen und Männer

LESBEN UND SCHWULE SIND VOM SPARPAKET DREIFACH BETROFFEN ALS:

- Privatpersonen
- Angehörige bestimmter Berufs-/Altersgruppen
- Angehörige einer in Österreich diskriminierten Gruppe.

Lesben und Schwule sind in ihrer persönlichen Entwicklung, ihrem Arbeitsumfeld und in ihren sozialen Kontakten mit weit mehr Problemen konfrontiert als ihre heterosexuellen MitbürgerInnen, es wird ihnen von staatlicher Seite wesentlich weniger Unterstützung und konkrete Hilfe in Form von Beratungsstellen, Aufklärungsmaterialien und Vertrauenspersonen im sozialen Bereich zur Verfügung gestellt. In Österreich gibt es *in manchen Bundesländern keine einzige Beratungsstelle* zur Information und Betreuung von und für homosexuelleN Frauen und Männern. Dort, wo eine vorhanden ist, muß diese Stelle den Beratungs- bedarf für das gesamte Bundesland alleine abdecken. Alle Beratungsstellen werden *ausschießlich* von *ehrenamtlich* arbeitenden Lesben und Schwulen betreut, und Bürokosten wie: Telefon, Kopierkosten, etc. werden vom Staat in Form von spärlichen Subventionen finanziert. Im Zuge der Diskussion über das Sparpaket werden Organisationen, die gesellschaftlich diskriminierte Gruppen vertreten, angegriffen, und sind *als erste von Einsparungsmaßnahmen betroffen.* Dabei füllen gerade sie Lücken im sozialen Netz und müssen unter schwierigsten Umständen sehr wichtige gesellschaftspolitische Arbeit leisten. Diese *kurzfristige und kurzsichtige Sparpolitik kann gesellschaftliche Probleme nicht lösen.* Im Gegenteil: Sie wird zu weiteren Spannungen und einer *Verschärfung der sozialen Unterschiede* führen. Der Staat versucht, sich durch dieses Sparpaket seiner sozialen Verantwortung zu entziehen.



LÄRMINSTRUMENTE*MITBRINGEN*LÄRMINSTRUMENTE*

Aufruf an alle Frauen!

WIDERSTAND

Gegen Zwangsarbeit, staatliche Zuhälterei, Rassismus, Armut und Kriminalisierung
Kundgebung am Mittwoch, den 27. März 14 Uhr vor dem BM für Arbeit und Soziales

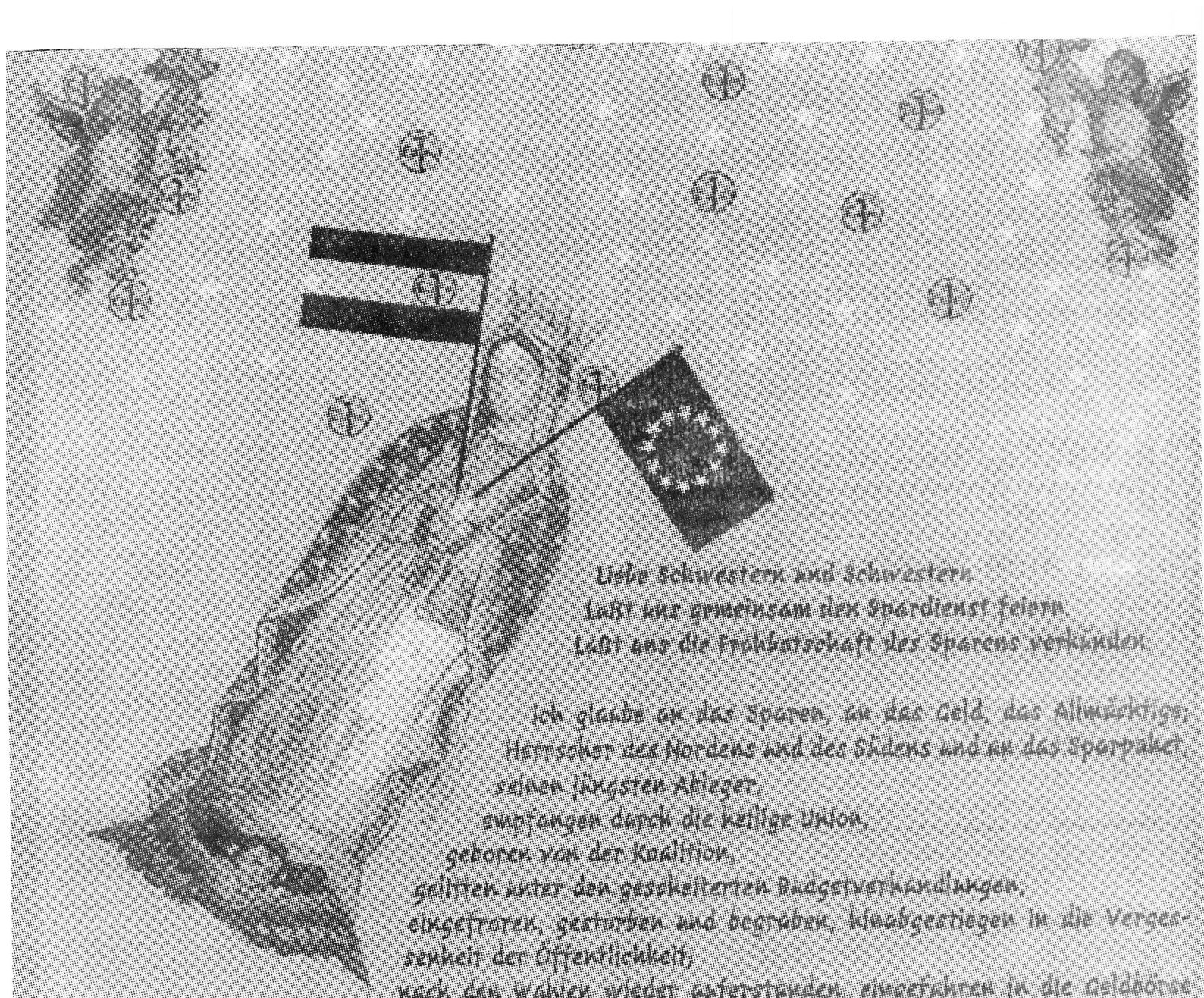
Gegen Zwangsarbeit und "Gemeinnützigen Arbeitseinsatz"
Gegen die absolute Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt
Gegen die Arbeitszeitflexibilisierung
Gegen die Zuweisung in nicht existenzsichernde, unzumutbare Jobs
Gegen die Zwangseinweisung in Motivationskurse, Ressourcenpools, Aktivgruppen und Scheinbeschäftigungsfirmen
Gegen die Aussteuerung der NotstandshilfeempfängerInnen
Gegen die Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe
Gegen die Kürzung der Karenzzeit bei den Frauen
Gegen die Ausgrenzung aus der Pension
Gegen die Abschaffung der Sonderunterstützung für Ältere
Gegen die Streichung der Familienbeihilfe für ausländische Familien, deren Kinder im Ausland leben

Frauen/Lesben Plattform gegen Sozialraub

LÄRMINSTRUMENTE*MITBRINGEN*LÄRMINSTRUMENTE*MITBRING

LÄRMINSTRUMENTE*MITBRINGEN*LÄRMINSTRUMENTE*

Bei der Kundgebung am Mittwoch, den 27.3. vorm Sozialministerium sind leider wenige Frauen/Lesben gekommen. Ein Eingang zum Ministerium wurde mit einem wunderschönen Viel-Schweinetransparent verhängt, die krankbetonierten Bäume konnten gerade noch die Transparente tragen. Die Straße wurde von Frauen mit roter Farbe "geputzt". Den AMV Verantwortlichen und anderen VIP's wurden die nassen Putzfetzen um die Ohren geschlagen. (leider nur die Kartonausführung)
Zwangsarbeitsminister Hums samt Frauengefolge erschien erst hinter - und mit viel gewurschtel - dann vor dem Schweinetransparent auf dem auch er abgebildet ist.
Sein Kommen war die erste Lüge BLABLABLA... folgte darauf. Nach einem kurzrn Hick-Hack wurde ein Redebeitrag zur Zwangsarbeit vorgelesen. Anschließend wurde die Kundgebung von den Frauen beendet.



Liebe Schwestern und Schwestern
Laßt uns gemeinsam den Sparndienst feiern
Laßt uns die Frohbotschaft des Sparens verkünden

Ich glaube an das Sparen, an das Geld, das Allmächtige,
Herrscher des Nordens und des Südens und an das Sparpaket,
seinen jüngsten Ableger,
empfangen durch die heilige Union,
geboren von der Koalition,
litten unter den gescheiterten Budgetverhandlungen,
eingefroren, gestorben und begraben, hinabgestiegen in die Vergessenheit der Öffentlichkeit,
nach den Wahlen wieder auferstanden, eingefahren in die Geldbörse
der Frauen, es erfreut die Schöpfer des Sparens, von denen wird kommen der Notstand ohne Hilfe.

Ich glaube an den heiligen Euro, an die heilige Europäische Union, an die Währungsunion an die Eintreibung der Schulden an die Auferstehung des privatisierten Wachers und an das ewige Kapital,
Amen

Lasset uns die Fürbitten sprechen:

Liebes Geld, gib mir die Kraft, diese Frohbotschaft des Sparens der ganzen Welt verkünden zu können
Liebes Geld, gib mir die Kraft, mich selbst einzusparen, denn der Dank der Reichen wird unermeßlich sein
Liebes Geld, gib mir die Macht, noch viele weitere Sparideen zu gebären
Liebes Geld, gib mir die Kraft, meinen Hunger mit der Hoffnung auf das Himmelreich zu stillen

Der Mythos vom Sparen

oder was hat das Glaubensbekenntnis mit dem Sparpaket zu tun?

Das Sparpaket '96, von den Regierungsparteien als das Programm zur Budgetsanierung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung und sozialen Gerechtigkeit verkündet, hat, auch wenn jetzt die verschiedensten Herren von ÖVP und SPÖ ihrer Gemeinde dies eindringlich zu predigen versuchen, genau das Gegenteil zum Inhalt.

Es stellt eine Umverteilung von arm zu reich dar, bedeutet Steigen der Arbeitslosigkeit, mehr Armut, bedeutet Konkurse etc. und bringt langfristig keine Einsparungen.

Seit Jahren versuchen Politiker, „Wirtschaftsexperten" und sonstige Fachleute uns von der Notwendigkeit des Sparens zu überzeugen, das Sparen wird zu einem nicht hinterfragbaren Glaubensgrundsatz aufgebaut. Ein „Sparen", das aber nicht die geschätzten jährlichen öS 40 Mrd. Steuerhinterziehungen, Vermögen und Gewinne von Unternehmungen betrifft.

Das Strukturanpassungsprogramm „Sparpaket" ist nicht dazu geeignet die willkürlich aufgestellten Maastrichter Kriterien (weltweit erfüllen diese nur 4 Länder) bis 1999 zu erfüllen. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum 1996 mußten jetzt schon nach unten revidiert werden, und nach Einrechnung der Auswirkungen des Sparpakets ist diese Korrektur nach unten nochmals notwendig. Laut Wirtschaftsforscher wir die Nachfrage durch die diversen Kürzungen um 5% sinken, was dies bedeutet ist klar: weniger Nachfrage, weniger Umsätze, Kündigungen, höhere Arbeitslosigkeit usw. Bereits jetzt wird ein neues Belastungspaket die Krankenkassen betreffend ausgearbeitet.

Wie in der gesamten EU wird eine Politik von Einsparungen im Sozialbereich und der Subventionierung von Unternehmen verfolgt. Eine Politik auf Kosten der sozial Schwächeren, v.a. auf Kosten von MigrantInnen und FrauenLesben. Schon jetzt sind EU-weit 52 Millionen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen.

Der mit dem Maastrichter Vertrag zum unhinterfragbaren Kredo der Wirtschaftspolitik erhobene Neoliberalismus führt in die soziale und ökologische Katastrophe. Die Fixierung auf rein monetäre Wirtschaftsziele wie fixe Wechselkurse bzw. einheitliche Währung und Geldwertstabilität entspricht den Interessen des Finanzkapitals nach unbeschränkter Bewegungsfreiheit im Binnenmarkt. Sozialdumping und Abbau ökologischer Standarts fettet die Profite der multinationalen Konerne auf. Es wird nun auch in Europa praktiziert, was im Trikont bereits in den 80er Jahren unter dem Schlagwort „Strukturanpassung" ablief: radikale Kürzung staatlicher Ausgaben v.a. im Sozialbereich, Inflationsbekämpfung, Umverteilung von unten nach oben.

Alternativen zu diesem Kurs sind möglich und werden immer wieder von ÖkonomInnen, SozialwissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Betroffenen vorgelegt. Sie scheitern regelmäßig am Widerstand der Herrschenden, an den Industrielobbys und Vertretern des Finanzkapitals in Brüssel und der Weltbank, an den „Vorzugsschülern der EU" am Ballhausplatz. Das muß anders werden.

Wir fordern die sofortige Rücknahme des gesamten Sparpakets '96 und eine radikale Umverteilung von oben nach unten.

Verschlechterungen durch das „Sparpaket" = Belastungspaket konkret

Streichung der Geburtenbeihilfe: 15.000.- werden gestrichen. Besonders davon betroffen sind Familien ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft und Alleinerzieherinnen, da deren Einkommen üblicherweise weit geringer als der Durchschnitt ist.

Verkürzung des Karenzurlaubes von zwei Jahren auf 1 1/2 Jahre: Alleinerzieherinnen sind besonders betroffen, da sie das fehlende halbe Jahr nicht ersetzt bekommen.

Sondernotstandshilfe für Mütter und Väter: Sie wird auf ein Jahr begrenzt, das Problem der fehlenden Kindergartenplätze wird weiterhin ignoriert.

Freifahrten: Für Studierende gibt es keine Freifahrten mehr zwischen Wohnort und Studienort. StudentInnen, die am Studienort leben, müssen sich selbst eine Jahresnetzkarte finanzieren.

Familienbeihilfe: Die Altersgrenze wird auf 26 Jahre herabgesetzt, sie wird nur noch für die Mindeststudiendauer plus 2 Semester ausgezahlt. Für im Ausland lebende Kinder von Menschen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft fällt sie zur Gänze weg.

Werkverträge: Bei Werkverträgen über ÖS 5.400.- wird Sozialversicherungspflicht eingeführt, wobei Auftraggebende und Auftragnehmende beinahe denselben Anteil zahlen.

Pension: Die Wartezeiten für vorzeitige Alterspension wird verlängert. Schul- und Studienzeiten müssen nachgekauft werden. dies betrifft besonders Frauen, die aufgrund von Erziehungszeiten und dem Abdrängen vom Arbeitsmarkt weniger Beitragsmonate haben.

Erwerbslosigkeit: Die Zumutbarkeitsbestimmung für die Arbeitsaufnahme werden drastisch verschärft, und es droht die Einführung von Zwangsarbeit (Verpflichtung zum „Sozialdienst"). Die Notstandshilfe wird gekürzt, indem ihre Höhe von der Bezugsdauer des vorangehenden Arbeitslosengeldes abhängig gemacht wird.

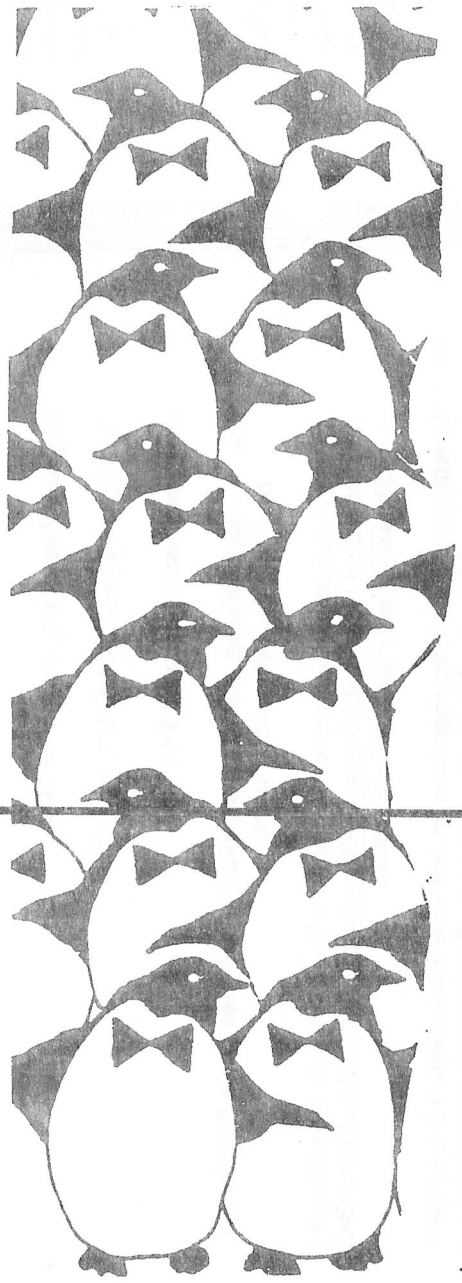
Freiheitsbeschränkungen für Personen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft: Der Zugang zu freiwerdenden Arbeitsplätzen wird erschwert, und die für den Erwerb einer Arbeitserlaubnis notwendige Beschäftigungszeit wird auf 2 Jahre verdoppelt. Saisonnelle Tätigkeit wird nicht mehr als Beschäftigungszeit angerechnet, damit entfallen alle Ansprüche auf Arbeitslose, Pension etc.

Pflegegeld: Das Taschengeld, das bei Heimunterbringung (z.B. Psychiatrie) bezahlt wird, wird um die Hälfte auf öS 570.- gekürzt. Mit diesem Geld muß alles, das über das Lebensnotwendigste hinausgeht, finanziert werden (Bücher, Kinokarten, Zigaretten,...).

Dieses regierungsinterne Papier befand sich in unserem Postfach (samt Unterstreichungen)

Das Papier zeigt, wie offen die Regierung über den ArbeitsZWANG für sogenannte "Langzeitsarbeitslose" (das sind Leute, die mehr als 1 Jahr Notstandshilfe beziehen) diskutiert.
Die sogeannnten Langzeitsarbeitslosen sollen für 8.500 Nettolohn für 40 Stunden im Pflegedienst arbeiten (egal wieviel sie vorher verdient haben, egal welche Ausbildung sie haben, egal was sie real zum Leben brauchen, egal daß niemand bei den derzeitigen Lebenkosten von 8.500 eigenständig leben kann - auch wenn dies viele Frauen und MigrantInnen bereits tun müssen)
Die geplante Zwangsarbeit und die bereits praktizierten Zwangsmaßnahmen gegen Erwerbslose (wie Ressourcenpool, Berufsfindungskurse,....die frau machen muß ansonsten wird ihr die Arbeitslose bzw. der Notstand gestrichen !!) sind Maßnahmen der Arbeitsämter und der Bundesregierung, um für das Kapital billige Arbeitskräfte zu erzwingen und erkämpfte Arbeitsrechte zu liquidieren ! Es betrifft daher ALLE !
Organisieren wir uns gegen die kapitalistische Ausbeutung !

H. Buchinger 14.2.1996



INFORMATION

für den Herrn Bundesminister

Betrifft: Obligatorische Maßnahmen für Langzeit-Notstandshilfebezieher

I) Mengengerüst:

Notstandhilfebezieher laufend nach Zuerkennungsjahr			
Zuerkennungsjahr	Anzahl	lfd. Bestand aufsummiert	
1976 und früher	48	48	
1977	27	75	
1978	52	127	
1979	75	202	
1980	115	317	
1981	214	531	
1982	540	1.071	
1983	642	1.713	
1984	681	2.394	
[illegible]	[illegible]	[illegible]	
1986	1.039	4.205	
1987	1.356	5.561	
1988	1.607	7.168	
1989	1.809	8.977	
1990	2.966	11.943	
1991	3.854	15.797	
1992	4.749	20.546	
1993	8.099	28.645	
1994	13.611	42.256	
1995	26.623	68.879	
1996	3.489	72.368	

Erläuterungen:

Die Spalte „Anzahl" weist die Zahl jener Notstandshilfebezieher aus, die ihren NH-Anspruch im betreffenden Kalenderjahr (siehe jeweilige Zeile) zuerkannt erhalten haben und zum Stichtag 8.2.1996 noch im NH-Bezug standen.

Die Spalte „Bestand aufsummiert" weist dazu für jedes Kalenderjahr (siehe wiederum jeweilige Zeile) die Zahl jener (zum Stichtag) aktuellen NH-Bezieher aus, deren Anspruch im bezogenen Kalenderjahr oder davor zuerkannt wurde. Somit ergibt sich in Zeile „1996" in Spalte „Bestand aufsummiert" die Zahl der zum Stichtag insgesamt in NH-Bezug stehenden Arbeitslosen.

Sondernotstandshilfebezieherinnen sind in der Tabelle nicht erfaßt.

Die gewählte Form der Darstellung erlaubt es, mit einem Blick die aktuelle Zahl der Zielgruppenpersonen für allfällige Maßnahmenprogramme zu bestimmen. Wenn z.B. ein Programm formuliert werden soll, alle NH-Bezieher in Maßnahmen zu bringen, die seit 1993 oder länger im NH-Bezug stehen, kann ich in der Zeile „1993" in Spalte „Bestand aufsummiert" ablesen, daß ich Maßnahmen für 28.645 Personen organisieren muß.

2) Mögliche Maßnahmen; Kosten:

Für die Kalkulation der Kosten der im folgenden diskutierten Maßnahmen wurde einmal ein Zielgruppenbestand von 28.645 Personen und zum anderen von 42.246 Personen zugrundegelegt. Das heißt die Maßnahmen zielen auf Personen, die bereits länger als 2 Jahre bzw. länger als 1 Jahr im NH-Bezug stehen (mind. 2,5 Jahre bzw. 1,5 Jahre arbeitslos).

2.1. Gemeinnütziger Arbeitseinsatz in Dienstverhältnissen:

Für 28.645 Personen 1 Jahr Dienstverhältnis:

Bruttolohn durchschnittlich S 11.000,-- mtl. brutto (ca. S 8.500,-- netto) mal 28.645 Personen mal 12 Monate mal 1,5 (Nebenkostenfaktor) = S 5.671.710.000,--
Zuzüglich 2.865 Betreuungspersonen (je 10 LZAL 1 Betreuungsperson): S 20.000,-- mal 2.865 mal 12 mal 1,5 = S 1.031.400,--.
Programmkosten insgesamt: S 6,7 Mrd.

Für 28.645 Personen ½ Jahr DV:

S 5.671.710.000,-- dividiert durch 2 = S 2.835.855.000,--.
Zuzüglich Betreuungskosten: S 1.031.400,-- dividiert durch 2 = S 515.700.000,--
Programmkosten insgesamt: S 3,2 Mrd.

Für 42.246 Personen 1 Jahr Dienstverhältnis:

S 5.671.710.000,-- dividiert durch 28.645 mal 42.246 = S 8.364.708.000
Zuzüglich S 1.521.000,-- für Betreuung.

Programmkosten insgesamt: S 9,9 Mrd.

Für 42.246 Personen ½ Jahr DV:

Programmkosten insgesamt: S 4,5 Mrd.

2.2. Arbeitstraining anhand gemeinnütziger Arbeiten (ohne Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes):

Annahme: der praktische Arbeitseinsatz findet in Form von Arbeitstrainingskursen statt, wobei lediglich die Notstandshilfe weitergewährt wird und keine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes anfällt.

Es fallen dieselben Betreuungskosten an, wie unter 2.1. zuzüglich Regiekosten für die organisierenden Schulungseinrichtungen (S 350 je Unterrichtseinheit), jedoch keine Lohnkosten für die Kursteilnehmer.

Für 28.645 Personen 1 Jahr:

Kurskosten: 28.645 dividiert durch 15 Teilnehmer mal 40 Wochenstunden mal 42 Wochen mal S 350,-- = 1.122.884.000,--.
Zuzüglich Betreuungskosten: 1.031.400,--.
Zuzüglich Fahrtkosten: S 400,-- mal 28.645 mal 12 = 137.496.000,--
Programmkosten insgesamt: S 2,3 Mrd.

Für 42.246 Personen 1 Jahr:

Programmkosten insgesamt: S 3,4 Mrd.

Für 28.645 Personen ½ Jahr:

Programmkosten insgesamt: S 1,2 Mrd.

Für 42.246 Personen ½ Jahr:

Programm kosten insgesamt: S 1,7 Mrd.

3) Abschließende Beurteilung:

Je nach Formulierung der Programmbedingungen (mit oder ohne Dienstverhältnis; für NH-Bezieher seit 1993 oder seit 1994; Verweildauer in den Programmaßnahmen 1 Jahr oder ½ Jahr) kostet das Programm zwischen S 1,2 Mrd. und 9,9 Mrd. S.

Hinsichtlich des Maximalprogramms erübrigt sich jede weitere Erörterung. Seine Finanzierung übersteigt die Möglichkeiten des AMS bei weitem.

Selbst die Durchführung des Minimalstprogramms (NH-Bezieher seit 1993 und länger, ohne Dienstverhältnis, nur Fahrtkostenunterstützung als Individualförderung, Verweildauer in Programmaßnahmen ½ Jahr) erfordert einen Förderungseinsatz in Höhe von S 1,2 Mrd.

Inhaltlich würde das Minimalprogramm jedoch bedeuten:

- daß ein Arbeitseinsatz von Arbeitnehmern ohne Einräumung von Lohnansprüche erzwungen wird (zu teilweise minimalen NH-Bezügen);
- daß das AMS binnen kurzem seine Ausgabenstruktur in der Arbeitsmarktförderung radikal umorientieren muß (von Qualifizierungsmaßnahmen, betrieblichen Förderungsmaßnahmen Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation und vermittlungsunterstützenden Maßnahmen für Nicht-Langzeitarbeitslose);
- daß teilweise Maßnahmenträger (z.B.: BFI und WIFI) radikal gegen Maßnahmenträger für LZAL ausgewechselt werden müssen;
- daß die organisatorischen Kapazitäten des AMS voll auf dieses Programm konzentriert werden müssen (finden von neuen Maßnahmenträgern; finden von gemeinnützigen Arbeiten, Zwangsmaßnahmen gegen tausende NH-Bezieher).

Das AMS wird also in vielfältige Auseinandersetzungen mit verschiedenen Kundengruppen getrieben:

- die Betreuung von Betrieben im Hinblick auf deren Arbeitskräftebedarf muß zurückgenommen werden, wenn so viele Programmarbeitsplätze besetzt werden sollen, wie dem jahresdurchschnittlichen Bestand an offenen Stellen entspricht.
- gegen tausende NH-Bezieher müssen Sanktionen verhängt werden, wenn sie zu NH-Bedingungen gezwungen werden sollen, zu arbeiten.
- die Förderungsangebote an Arbeitslose, die die Programmbedingungen nicht erfüllen, müssen zurückgenommen werden, ebenso ihre Betreuung bei der Jobsuche.

Dabei ist der Erfolg eines solchen Programms mehr als zweifelhaft:

- Nach Absolvierung des Programms sind die NH-Bezieher weiterhin im NH-Bezug.
- Ob die verhängten Sanktionen vor dem Verwaltungsgerichtshof halten, ist ebenfalls zweifelhaft, weil unsicher ist, ob der VGH solche Maßnahmen als Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt qualifiziert (ist Voraussetzung für die Verhängung von Sanktionen).
- Generell ist zu bezweifeln, ob überhaupt genügend Maßnahmenträger und gemeinnützige Arbeiten gefunden werden, um die dargestellte Anzahl an NH-Beziehern

Sektion III
Abteilung 4

Information für den Herrn Bundesminister

Wien, am 15. Februar 1996
MagHo/

Betrifft: Maßnahmenprogramm für Notstandshilfebezieher mit langer Arbeitslosigkeit

Bezug: Ministerinformation des AMS Österreich vom 14.2.1996 (H. Buchinger)

Das AMS hält eine programmatische Schwerpunktsetzung zugunsten langzeitarbeitsloser NH-Bezieher budgetär nicht verkraftbar, organisatorisch schwer umsetzbar und bezweifelt zuletzt überhaupt die Zweckmäßigkeit eines entsprechenden Maßnahmenpaketes zur Integration von Langzeitarbeitslosen auf den Arbeitsmarkt:

1. Das AMS veranschlagt die Umsetzung eines Schwerpunktprogrammes für insgesamt 28.645 Langzeitarbeitslose je nach Maßnahmentyp mit S 1,2 Mrd („Arbeitstrainingsmaßnahmen") bis zu S 9,9 Mrd („Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen").

2. Das AMS weist darauf hin, daß die Umsetzung eines Schwerprogrammes zu einer Überforderung der internen AMS-Organisation führen würde, die zusätzlich durch externe Kapazitätsprobleme bei Beschäftigungs- und Kursträgern verschärft würden.

3. Schließlich bezweifelt das AMS den möglichen Erfolg einer solchen Maßnahme, da langzeitarbeitslose NH-Bezieher nach der Maßnahme wieder arbeitslos und damit wieder Leistungsbezieher werden würden.

Die Sektion III erlaubt sich eine kritische Würdigung dieser Ausführungen und unterbreitet Alternativen, wie den Intentionen des Herrn Bundesministers entsprochen werden kann.

In den arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben ist unter Pkt C. festgelegt, daß - nach Maßgabe der vorhandenen Mitteln - folgende Grundsätze zu verfolgen sind:

- **Aktivierung vor Versorgung**
- **Vermittlung und Förderung vor Versorgung**
- **Sicherung, Schaffung und Verbesserung von Arbeitsplätzen vor Arbeitslosenunterstützung**

Diesen Grundsätzen entsprechend ist die AMS-Tätigkeit auf die Arbeitsvermittlung auszurichten.

Die in der Ministerinformation des AMS dargelegte ~~defätistische~~ Grundhaltung steht daher nicht im Einklang mit der Zielsetzung der Vermittlungsorientierung.

Die Sektion III schlägt eine Ergänzung der arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben vor, im Sinne des nachfolgenden Szenarios:

1 Zielgruppe:

Langzeitarbeitslose NH-Bezieher mit einer Vormerkdauer seit Beginn 1993.
28.645 Personen (lt. AMS-Papier)

Das ergibt eine durchschnittliche Belastung der Arbeits- und Berufsberater des AMS unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede von ca. 10 - 20 Langzeitarbeitslosen.

2 Systematik der Arbeitsvermittlung:

2.1 Nachweisliche Einladung zu einem Beratungsgespräch zur RGS:
(unter Sanktionsdrohung im Fall der Nichteinhaltung des Beratungstermines nach § 49 AlVG - Kontrollmeldung),

2.2 Vereinbarung eines verpflichtenden Betreuungsplanes:
Erarbeitung eines verbindlichen Betreuungsplanes. Inhalt ist eine Vereinbarung über konkrete Betreuungsschritte bis hin zur Arbeitsaufnahme. (Selbstverständlich nur in den Fällen, wo nicht ohnehin ein solcher vorliegt.)

2.3 Verbindliche Follow-up Beratung nach jeweils spätestens drei Woche im Fall gescheiterter Arbeitsaufnahmeversuchen. (unter Sanktionsdrohung im Fall der Nichteinhaltung des Beratungstermines nach § 49 AlVG - Kontrollmeldung),

3. Instrumente der Arbeitsberatung- und Vermittlung

3.1. DIREKTE VERMITTLUNG auf den Regelarbeitsmarkt
(unter Sanktionsdrohung im Fall der Verweigerung nach § 10 AlVG - Ausschlußfrist).

3.2. Ausschöpfung des SELBSTHILFEPOTENTIALS der Arbeitsuchenden
„Eigene Anstrengungen zur Erlangung einer Beschäftigung";
unter Sanktionsdrohung im Fall der Verweigerung nach § 10 AlVG - Ausschlußfrist.

In diesem Zusammenhang wird auf die Hilfestellung durch das LZA - Sonderprogramm des AMS verwiesen.

3.3. Begleitende Unterstützung zur Arbeitsuche
durch in- und externe Betreuungseinrichtungen in
JOB-FINDING-CLUBS,
COACHING,
AKTIVGRUPPEN und
RESSOURCENPOOLS:
(unter Sanktionsdrohung im Fall der Verweigerung nach § 10 AlVG - Ausschlußfrist).

3.4. Berufliche Neuorientierung über
Maßnahmen der BERUFSORIENTIERUNG
durch externe Beratungseinrichtungen in enger Kooperation mit Berufsinformationszentren (BIZ) des AMS. (unter Sanktionsdrohung im Fall der Verweigerung nach § 10 AlVG - Ausschlußfrist).

3.5. Hilfestellung durch die Gründung von Institutionen der
GEMEINÜTZIGEN ARBEITSKRÄFTEÜBERLASSUNG
(unter Sanktionsdrohung im Fall der Verweigerung nach § 10 AlVG - Ausschlußfrist).

3.6. Hilfestellung durch ARBEITSTRAININGS- und
ARBEITSBESCHAFFUNGSPROGRAMME
(unter Sanktionsdrohung im Fall der Verweigerung nach § 10 AlVG - Ausschlußfrist).

4. Bewertung der Zweckmäßigkeit

Die Sektion III geht davon aus, daß die genannten Instrumente der Arbeitsvermittlung bei der zugrundeliegenden Zielgruppe der länger als 2,5 Jahre langzeitarbeitslosen NH-Bezieher zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit und damit auch Entlastung des Versicherungshaushaltes führen wird.

Wie beigeschlossene Tabelle zeigt, liegt im Bundesländervergleich der NH-Anteil an der Gesamtzahl der Leistungsbezieher unterschiedlich hoch:

- In städtischen Bereich ist der Anteil der NH-Bezieher höher als in ländlichen Regionen.
- Aber auch die einzelnen Landeshauptstädte und die Bundeshauptstadt weisen sehr uneinheitliche Vergleichsergebnisse auf.
- Die Begründung für höhere NH-Anteile in Ballungsräumen kann also nicht alleine in den Großstadtcharakterista (Anonymität und damit höhere Trittbrettfahrergelegenheit, größere Dichte wie Dynamik und damit geringe Überschaubarkeit des Arbeitsmarktes,etc.)liegen, sondern sind müssen mit dem unterschiedlichen Grad der Vermittlungsorientierung erklärt werden.
- Von zentraler Bedeutung ist daher in letzter Konsequenz die Entschlossenheit einer AMS- Organisation bei der Umsetzung des Vermittlungsschwerpunktes.

In Regionen mit unterdurchschnittlich niedrigem NH-Anteil sind die Erfolgschancen für weiteren Vermittlungserfolge aufgrund der hohen Abschöpfung sicher geringer.

Gute Erfolgschancen werden daher eher in Regionen mit höherem NH-Anteil bestehen, wie oben angeführt freilich nur bei konsequenter Umsetzung der arbeitsmarktorientierten Vermittlungsoffensive.

Anzunehmen ist, daß realistischerweise nur knapp ein Drittel der vom AMS genannten 28.645 Personen für eine sofortige Arbeitsvermittlung aufgrund behinderungsbedingter Vermittlungseinschränkungen zur Verfügung steht.

Damit reduziert sich die Gesamtzielgröße auf rund 20.000.

Die Sektion III erwartet sich durch das systematische Durchforsten des Vorgemerktenstandes im Zusammenhang mit der Vermittlungsoffensive unter voller Nutzung der Sanktionsmöglichkeiten des AlVG eine Reduzierung des NH-Bestandes durch direkte Arbeitsaufnahmen und „freiwilligen Abmeldungen vom Leistungsbezug" wie Sanktionen nach dem AlVG von rund 3.000 Personen bzw 5.000 Personen.

Ohne Mitteleinsatz aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik könnte sich daher mittelfristig ein Einspareffekt von rund 1,0 Mrd jährlich für die Arbeitslosenversicherung ergeben.

4. MAßNAHMENPLANUNG

- **Gesamtzielgröße:**
  28.645 Personen minus 8.645 = 20.000Personen

- **Zielgröße für Beschäftigungsoffensive:**
  20.000 Personen minus 8.000 = 12.000 Personen

Davon:

- Betriebliche Eingliederungsbeihilfe (BEB):
  3.000 Personen

- Gemeinnützige Eingliederungsbeihilfe (GEB)
  2.000 Personen

- Sozialökonomische Betriebe / Gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung:
  1.000 Personen

- Coaching, Aktivgruppen Ressourcenpool, Berufsorientierungsmaßnahmen:
  4.000 Personen

- Fachausbildungen:
  2.000 Personen

5. Kosten der Vermittlungsoffensive

Bei der Kostenberechnung wurden der Einfachheit halber die Grundannahmen des AMS übernommen, daß alle sämtliche Personen für ein Jahr in ein Dienstverhältnis gehen und eine kollektivvertragliche Entlohnung erhalten sowie in jedem Fall eine Betreuungskapazität zu disponieren wäre.

Die vorliegende Berechnung berücksichtigt jedoch nicht nur „Programmkosten", sondern stellt die Minderausgaben an Notstandshilfe den Ausgaben der aktiven Arbeitsmarktpolitik entgegen.

Darüberhinaus sind nur Kosten für rund 12.000 Personen (AMS: 28.645 (???)) in die Ausgabenrechnung einbezogen, sodaß sich folgendes Bild ergibt:

	Sektion III	AMS
Bestand	12.000 Personen	28.645 Personen
Programmkosten	max. 2.806.772.560,--	6.700.000.000,--
- passive Leistungen	1.531.598.400,--	3.656.053.014,--
= Tatsächliche Zusatzkosten	max. 1.275.174.160,--	3.043.946.989,--
- AlV-Beitragsrückflüsse	212.113.440,--	506.332.457,--
= Tatsächliche Gesamtkosten	max. 1.063.060.720,--	2.537.614.529,--

Die tatsächlichen Gesamtkosten für eine Beschäftigungsoffensive belaufen sich Berechnungen der Sektion III in der Maximalvariante auf etwas mehr als 1.0 Mrd S. Werden zusätzlich noch die Minderausgaben an Notstandshilfe (ca 1,0 Mrd S) den Kosten des Gesamtprogrammes gegenübergestellt, so ist die gesamte Vermittlungsoffensive überhaupt kostenneutral!

Selbst wenn das AMS sämtliche Personen der Zielgruppe (28.645 Personen) in seiner Berechnung miteinbezieht, belaufen sich die tatsächlichen Gesamtkosten nicht auf 6,7 Mrd. S, sondern bloß auf rund 2,5 Mrd., da die Minderausgaben der Passivleistung und Beitragsrückflüsse nicht gegengerechnet wurden.

Die Berechnungen des AMS sind nicht besonders seriös insbesondere auch deswegen, da sie die Annahme zugrundelegen, daß sämtliche Zielgruppenpersonen in Förderungsmaßnahmen einbezogen werden. Dieser Vorschlag wäre tatsächlich weder kurz- noch mittelfristig aus internen, externen und budgetären Gründen unrealisierbar.

Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, die arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben vom Mai 1995 auf Seite 2, Pkt 3. - wie in der Beilage 2 angeführt - zu ergänzen und zusätzlich angeregt, auf Seite 5, Pkt. C „Die Zielvorgaben", 2. Absatz, den Einschub „nach Maßgabe der vorhandenen Mitteln" zu streichen.

2 Beilagen

Der Sektionsleiter:

„SOZIAL AUSGEWOGEN" - FAKTEN

Belastung durchs „Sparpaket"

Betroffenenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen durch das neue Belastungspaket.

TATblatt

Frauen

Die Ausgangssituation für Frauen vor dem Belastungspaket '96[1]:

Frauen beziehen durchschnittlich ein um 42% niedrigeres Einkommen als Männer (Arbeiterinnen öS 9500,-/Monat netto, weibliche Angestellte öS 12 700,-, Beamtinnen öS 14 200,-). 28 % der Arbeiterinnen und 8 % der weiblichen Angestellten bekommen für Vollzeitbeschäftigung *weniger als* 12 000,- brutto/Monat.

Dementsprechend sehen auch Arbeitslosengeld und Pensionen aus: mehr als 50 % der Arbeitslosengeld-Bezieherinnen und 55 % der Pensionistinnen liegen mit ihrem Einkommen unter dem „Existenzminimum" laut ASVG[2]. Knapp 40 % der 15-60jährigen Frauen sind erwerbslos.

Frauen trifft das Belastungspaket besonders durch:

- **den absehbaren Verlust von Anspruch auf Arbeitslosengeld**
  In der Neufassung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes heißt es: *„Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht"*, genauer *„eine Beschäftigung aufnehmen kann* und *darf"*. Personen, die sich um Kinder oder kranke Menschen kümmern, können nicht. Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es zu wenige. Und es sind immer noch fast ausschließlich Frauen, an denen die Kinderbetreuung und Pflegearbeit hängen bleibt.
- **Anhebung der Mindestversicherungszeiten**
  Bisher waren 35 Versicherungsjahre notwendig, um in Frühpension wegen langer Versicherungsdauer gehen zu können, ab 2001 (mit abgestufter Übergangsregelung) sind es 37 . Die Verlängerung trifft v.a. Frauen: Aufgrund ihres erschwerten Zugangs zum Arbeitsmarkt (die Zahl der vorgemerkten erwerbslosen Frauen steigt weiter, während die der Männern sinkt) und hauptsächlich von ihnen geleisteter Kinderbetreuung erreichen Frauen im Schnitt ca. 10 Versicherungsjahre weniger als Männer. Erschwerend kommt hinzu, daß Frauen zunehmend in prekäre Beschäftigungsverhältnisse („geringfügige Beschäftigung" bis max. öS 3600,-/Monat brutto) gedrängt werden, die weder unmittelbar existenzsichernd sind, noch für die Pension angerechnet werden. Längere Ausbildungsdauer und die üblicherweise daran anschließende längere Erwerbslosigkeit sind weitere Stationen auf dem Weg zur Altersarmut von Frauen.

Analog dazu die Regelung für Frühpensionen aufgrund verminderter Arbeitsfähigkeit und bei Arbeitslosigkeit. Für beide wurden die Beitrags- bzw. Versicherungszeiten[3] ebenfalls angehoben. Das Pensionszugangsalter bleibt in allen genannten Fällen unverändert bei 55 Jahren für Frauen.

Aber nicht nur auf die Frühpensionen schlägt sich die Neuregelung nieder, sondern auch auf die Pensionshöhe. Galten bisher schon 40 bis 45 Versicherungsjahre als die „ideale Versicherungsdauer" (und aus obengenannten Gründen für Frauen nahezu nicht erreichbar), um annähernd eine Pension in Höhe von 80 % des letzten Nettoeinkommens erzielen zu können, erhöhen sich diese nun ebenfalls - eine faktische Erhöhung des Pensionsantrittsalters für Frauen, die ohnehin von einem weitaus niedrigeren Nettoeinkommen ausgehen müssen.

- **notwendiger Nachkauf von Schul- und Studienzeiten, um Pensionsanspruch zu erwerben**
  Durch die Anhebung der Mindestversicherungszeiten wird es für Frauen mit längerer Ausbildungsdauer oder Erwerbslosigkeit unumgänglich, Schul- und Studienzeiten als Versicherungszeiten nachzukaufen. Der Nachkauf von max. 2 Jahren Schulzeit und max. 4 Jahren Studienzeit kostet etwa öS 360 000,-, nach dem 40. Lebensjahr noch mehr. Angesichts des niedrigeren Einkommens von Frauen eine Belastung, die wiederum sie stärker trifft, als Männer.
- **Einfrieren des Pflegegeldes**
  Das Pflegegeld wurde u.a. eingeführt, um es Personen, die häusliche Pflegearbeit leisten - fast ausschließlich Frauen - , zu ermöglichen, private Pensionsvorsorge zu leisten. Für 1996 und 1997 wird das Pflegegeld nicht valorisiert (=wertangepaßt, Anm.), was einen realen Einkommensverlust bedeutet. Darüberhinaus wird für Neuanträge (ab 1. April 96) das Pflegegeld für Stufe 1 auf öS 2000,- (jetzt: 2635,-) abgesenkt.
  Ein besonderes Schmankerl: Das „Taschengeld" für Personen, die in Pflegeheimen untergebracht sind, wird auf öS 569,-/Monat halbiert. Das kommt einer Entmündigung der Pflegebedürftigen gleich, die sich somit über die elementaren Grundbedürfnisse hinaus nahezu nichts mehr leisten können. D.h. Friseurbesuch, neue Kleider, ein Teekessel, hin und wieder mal ein Stück Schokolade, ... müssen mühsamst angespart werden. Abe: wozu brauchen „die Alten" das ....

Frauen mit Kindern/ Alleinerzieherinnen

Über die bereits genannten Belastungen hinaus schlagen sich hauptsächlich auf Frauenseite, jedenfalls aber auf Seite von Alleinerzieherinnen auch folgende Maßnahmen nieder:

- **Streichung der Geburtenbeihilfe**
  Die Geburtenbeihilfe von insgesamt öS 15 000,- war an medizinische Untersuchungen (Mutter-Kind-Paß) gebunden und sollte die Säuglingssterblichkeit senken helfen - was auch gelungen ist (auf ein Viertel reduziert). Besonders betroffen von dieser Maßnahme sind Frauen und Familien ohne österreichische Staatsbürgerschaft und Alleinerzieherinnen, da deren Haushaltseinkommen üblicherweise weit geringer als im Durchschnitt ist.
- **Verkürzung des Karenzurlaubes**
  Als emanzipatorische Maßnahme verkauft, aber wohl nicht umsonst im „Sparpaket" beinhaltet, wird die Verkürzung des Karenzurlaubes, soferne von nur einem Elternteil in Anspruch genommen. Besondere Härte daran ist, daß diese Kürzung auch in jenen Fällen gilt, wo kein zweiter Elternteil (in der Regel der Kindesvater) „greifbar" ist, z.B. wenn in Haft, oder bei Alleinerzieherinnen.
  Das Argument des erschwerten Wiedereinstiegs ins Berufsleben nach Karenzurlaub ist an sich richtig, wird aber durch diese Maßnahme keineswegs entschärft. Wollte mann daran wirklich etwas än-

dern, so müßte der Kündigungsschutz nach der Karenz wesentlich verbessert werden. Karenzierungen werden von Betrieben gerne als schleichende Rationalisierungsmöglichkeit genutzt bzw. es werden „billigere" Arbeitskräfte angestellt (je länger die Verweildauer im Betrieb, umso „teurer" die Arbeitskraft).
Daß im gesamten vergangenen Jahr nur 218 Männer Karenzurlaub in Anspruch genommen haben, hängt aber nicht nur mit der ungebrochenen Rollenfixierung zusammen (68 % der Männer meinen, daß Frauen von Natur aus besser geeignet sind, Kinder aufzuziehen[4]), sondern auch mit den nicht unerheblichen Einkommensunterschieden (Höhe des Karenzurlaubsgeldes: öS 5 565,-/Monat).

- **Sondernotstandshilfe nur bis Kindesalter 2 Jahre**
  Wie bisher besteht nach Ablauf des Karenzurlaubes die Möglichkeit, ein weiteres Jahr Sondernotstandshilfe (im Schnitt ca. öS 5600,-) zu beziehen, wenn kein Betreuungsplatz für das Kind gefunden wird. Neu ist, daß die Kinder jetzt nach diesem Jahr erst 2 1/2 Jahre alt sind und die meisten Kindergärten - von denen es ohnehin schon zu wenige gibt - Kinder erst ab einem Alter von 3 Jahren aufnehmen. Der betroffene Elternteil hat danach nur noch die Möglichkeit, Notstandshilfe zu beziehen. Diese wiederum wird auch neu geregelt und richtet sich nach Versicherungszeiten (s. weiter unten). 1994 mußten 30 % der notstandshilfebeziehenden Frauen mit einer monatlichen Leistung von höchstens öS 4900,- auskommen.

Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft

Die mittleren Löhne von in Österreich erwerbstätigen Menschen ohne österreichischer Staatsbürgerschaft lagen 1994 bei den Männern um 16 % und bei den Frauen um 3 % unter jenen der österreichischen StaatsbürgerInnen.

- **Erschwertes Zulassungsverfahren zu freiwerdenden Arbeitsplätzen**
  Bisher konnte auf Antrag des Unternehmens ein aus dem Betrieb „ausgeschiedener" Mensch ohne österreichische Staatsbürgerschaft durch einen anderen ersetzt werden. Das soll jetzt nicht mehr möglich sein, „integrierte Ausländer" und „Österreicher" sollen Vorrang haben. Angesichts der strengen Quotenregelung ein Ausschlußmechanismus für nicht-österreichische StaatsbürgerInnen.
- **Einengung der Beschäftigungsbewilligung auf bestimmte Branchen**
  Der Sozialminister kann durch Verordnung für bestimmte Regionen oder fachliche Bereiche festlegen, daß Beschäftigungsbewilligungen nur für jenen Bereich erteilt werden dürfen, für welchen die vorangegangene ausgestellt war.
- **Verdoppelung der Anwartschaft auf Arbeitserlaubnis**
  Die erforderliche Beschäftigungszeit mit Beschäftigungsbewilligung für den Erwerb einer Arbeitserlaubnis wird auf 2 Jahre (innerhalb v. 28 Monaten) verdoppelt. Damit werden Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft noch stärker abhängig vom Unternehmer, denn die Beschäftigungsbewilligung ist immer an den Betrieb gekoppelt.

Saisonarbeit wird nicht mehr als Beschäftigungszeit angerechnet. Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft finden hauptsächlich in der Baubranche Anstellung. Diese aber gilt bislang als Saisonarbeit, ...

- **Erschwerter Zugang zu Arbeitslosengeld**
  Künftig darf Arbeitslosengeld nur Personen gewährt werden, die eine Arbeitserlaubnis bzw Befreiungsschein oder eine Aufenthaltsbewilligung für eine unselbständige Erwerbstätigkeit besitzen. Dies verstößt deutlich gegen den Gleichheitsgrundsatz, denn sie zahlen ebenso in die Arbeitslosenversicherung ein wie ÖsterreicherInnen.
- **und zur Notstandshilfe**
  Voraussetzung zum (beschränkten) Notstandshilfebezug ist der Befreiungsschein oder eine Arbeitserlaubnis. Nachdem diese allerdings schwerer zu kriegen ist, ist auch der Notstandshilfebezug gefährdet. Personen, die „nur" eine Beschäftigungsbewilligung besitzen, haben *keinen* Anspruch auf Notstandshilfe.
- **drohender Verlust der Aufenthaltsbewilligung**
  WelcheR keine Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeldbezug nachweisen kann, bekommt keine Aufenthaltsbewilligung. Beides wird aber mit der Neuregelung erschwert, ...
- **Streichung der Familienbeihilfe und des Familienzuschlags zum Arbeitslosengeld für im Ausland lebende Kinder**
  Einerseits wird es Zugewanderten durch die restriktive Quote schwer gemacht, ihre Familien nachkommen zu lassen, andererseits wird ihnen aber keine Unterstützung zur Versorgung der „auswärtigen" Kinder gewährt. Sie sind den Gesetzgebern offensichtlich weniger wert.

Erwerbslose

Derzeit liegt das mittlere Arbeitslosengeld von Frauen bei öS 7300,- (also unter dem „Existenzminimum") und von Männern bei öS 9700,-, etwa 10 % der vorgemerkten Erwerbslosen erhalten keine Leistung. Vermutlich noch größer ist die Menge jener, die sich gar nicht erst am Arbeitsamt melden, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

- **Senkung des realen Arbeitslosengeldes**
  Durch die Verlängerung des Durchrechnungszeitraumes von 6 auf 12 Monate und die Verwendung von (nur leicht valorisierten) etwa 2 Jahre alten Daten (wegen Computerisierung) kommt es zu einer realen Absenkung des Arbeitslosengeldes
- **Unterstellung der Schwarzarbeit**
  Jedes „Dazuverdienen", auch innerhalb der Freigrenze von monatlich öS 3600,- brutto, muß unverzüglich gemeldet werden, sonst wird Schwarzarbeit angenommen.
  Bei Schwarzarbeit kommt es zu einer Bezugssperre (insges. 10 Wochen). Das kostet einem durchschnittlichen Bezieher etwa öS 25 000,-, dem Unternehmen etwa öS 12 000,- (= 12 % von 6 Wochen Kollektivlohn).
- **Senkung der Notstandshilfe**
  WelcheR Anspruch auf 20 Wochen Arbeitslosengeld (ALG) hatte, bekommt nach 6 Monaten normalem Notstandshilfebezug (92 % des Arbeitslosengeldes) nur noch *maximal* das Existenzminimum nach ASVG (öS 7887,-). Lag die Bezugshöhe schon zuvor darunter, bekommt er/sie das gleiche wie zuvor. Nach 30 Wochen ALG (Voraussetzung: 3 Jahre versicherungspflichtig beschäftigt innerhalb von 5 Jahren) und 6 Monaten „normaler" Notstandshilfe gibt's nur noch max. öS 9100,- (Existenzminimum nach Exekutionsordnung).

BELASTUNGSPAKET

■ **Zwangsarbeit für Langzeit-Erwerbslose**

Minister Hums hat den Auftrag gegeben, Buchinger (AMS Österreich) hat's ausgeschnapst: Nach via Medien kolportierten Meldungen ist geplant, daß Langzeitarbeitslose „gemeinnützige Tätigkeiten" verrichten müssen - oder ihren Geldbezug verlieren. Das wäre klassische Zwangsarbeit, abgekupfert von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik". Ende März soll ein konkretes Konzept vorliegen.

1) Quelle: Sozialbericht 1995. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1994.
2) Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) sieht für Pensionen, die unter einem bestimmten Richtsatz liegen, eine Ausgleichszulage in Höhe des Differenzbetrages vor. Der Ausgleichszulagenrichtsatz lag 1994 bei öS 7 500,- für Alleinstehende, für Paare bei öS 10 700,- und gilt allgemein als „Existenzminimum".
Die Leistungen aus der Sozialversicherung (Arbeitslosengeld, Pension, ...) errechnen sich jeweils aus Versicherungsdauer und -höhe. Durch im allgemeinen niedriger entlohnte Arbeit und Versicherungslücken durch Erwerbslosigkeit, Kindererziehung, etc. sind die Pensionen der Frauen im Schnitt nur etwa halb so hoch wie jene der Männer.
3) Als Beitragsjahre gelten jene Zeiten, in welchen in die Pensionsversicherung eingezahlt wurde. Zu den Versicherungsjahren werden auch sog. „Ersatzzeiten", wie etwa Zeiten des Arbeitslosensgeldbezuges, des Präsenz- oder Zivildienstes und der Kindererziehung, in verschiedenem Ausmaß hinzugezählt.
4) Quelle: Studie „Österreichs Männer unterwegs zum neuen Mann?", BM f. Umwelt, Jugend und Familie, Wien 1994

Studierende

Studierende haben derzeit durchschnittlich öS 6.500,-/Monat zur Verfügung. Ihnen (bzw. den Eltern) blüht

- **Verlust der Familienbeihilfe bei Überschreitung der *Mindest*studiendauer**
  Die durchschnittliche Studiendauer liegt bei den meisten Studien mindestens 4 Semester über der Mindeststudiendauer
- **Wegfall des Kinderabsetzbetrages**
- **Streichung der Freifahrt zum Studienort**
- **Wegfall der Mitversicherung bei Eltern**

= durchschnittliche jährliche Belastung von öS 40.000,- ★

Teile vom Flugi der

AKTIVE DIALOG - STREIKWOCHE
18. - 22. 3.1996

Studierendender Akademie für Sozialarbeit & des Instituts für Sozialpädagogik

PENSIONEN:

⇒ Anhebung der Beitragsmonate für die vorzeitige Alterspension unf für die vorzeitige Alterspension bei Arbeitslosigkeit.
Bei vorzeitiger Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit: Anhebung des Pensionszugangsalters
⇒ Befristung der Invaliditätspension und Berufsunfähigkeitspension auf die Dauer von nur 2 Jahren.
⇒ Der Nachkauf von Schul- und Studienzeiten wird wesentlich teurer!
⇒ Niedrigerer Prozentsatz für die Pensionsberechnung der ersten 30 Versicherungsjahre --> weniger Pension

BEHINDERTE:

⇒ massive Kürzungen und Sparmaßnahmen im Bereich des Pflegegeldes.
⇒ Anspruch auf Invaliditätspension erst nach erfolgloser Rehabilitation (Zwangsrehabilitation!). Befristeter Bezug der Invaliditätspension.
⇒ Bei PflegegeldbezieherInnen: Streichung aller Körperbehindertenfreibeträge, Streichung der Freibeträge für deren Angehörige
⇒ Bei der neuen Karenzregelung wird in den Ausnahmebestimmungen auf die Behinderung eines Elternteils nicht Rücksicht genommen
⇒ Einhebung von Selbstbehalten bei Kur- und Rehabilitationsaufenthalten

OBDACHLOSE:

⇒ Erschwerter Zugang zu Leistungen der Sozialhilfe
⇒ Der Notstandshilfebezug wird stärker an das Versicherungsprinzip gebunden „längere Versicherungsdauer - höhere Leistung"
⇒ Erschwerter Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten
⇒ Bereits bestehende Projekte für Obdachlose sind aufgrund des Sparpakets gefährdet

KINDER:

⇒ Kürzung der Karenzzeit von 24 auf 18 Monate, es sei denn, der Vater übernimmt die restlichen 6 Monate Karenzzeit. Die Budgetbegleitsätze formulieren als Ziel: „Durch Beteiligung der Männer an der Kindererziehung sollen Frauen größere Chancen am Arbeitsmarkt vorfinden."
Demgegenüber stehen: ein hoher Anteil an AlleinerzieherInnen
steigende Arbeitslosigkeit
massiver Mangel an Kinderbetreuungsplätzen

EUROPA IN EINEN NEUEN RAHMEN SETZEN:
vergeschlechtlichte Rassismen, Ethnizitäten und Nationalismen im heutigen Westeuropa

Avtar Brah

Einleitung

Wir leben in einer Zeit, die von tiefgreifenden Veränderungen gekennzeichnet ist. Die politischen Umwälzungen der letzten Zeit in Osteuropa, der Sowjetunion, in Südafrika, Zentral- und Südamerika -um nur einige Beispiele zu nennen- und die Nachwirkungen des Golfkrieges signalisieren bedeutende Neuformierungen in der Strukturierung der politischen Weltordnung. In der politischen Ökonomie des Kapitalismus des ausgehenden 20. Jahrhunderts fand eine fundamentale Transformation statt, verbunden mit einer wachsenden Dominanz von multinationalem Kapital, einer zunehmenden Verdichtung (Konsolidierung) der Weltmärkte, der Entwicklung neuer Techniken in den Produktions- und Absatzsystemen, der Herausbildung einer neuen internationalen Arbeitsteilung und einer Revolutionierung der Kommunikationstechnologien. Im kulturellen Bereich sind Homogenisierungstendenzen des kulturellen Massenkonsums quer durch transnationale Grenzlinien von einer neuerlichen Verteidigung der lokalen ästhetischen, politischen und ethnischen Tradition und dem Ruf nach Anerkennung von Heterogenität und kultureller Differenz begleitet.

In Westeuropa markiert das Jahr 1992 eine neue Phase in den Beziehungen zwischen den zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die inneren Grenzen der zwölf Staaten sind am 1.Januar 1993 offiziell gefallen, um die freie Bewegung von Kapital, Gütern, Dienstleistungen und bestimmten Kategorien von Menschen zu ermöglichen. Die sich entwickelnde Konfiguration, die immer öfter als das „Neue Europa" bezeichnet wird, ist bis jetzt schwer zu definieren. Was wird das für eine neue Konfiguration sein? Ist das neue Europa primär eine Konstellation ökonomischer Interessen, die sich angesichts wachsender Konkurrenz, speziell von Japan und den USA entwickelt? In welchem Ausmaß werden osteuropäische Länder zu neuen Kolonien Westeuropas werden? Wie werden sich solche Neuformierungen der europäischen Länder auf die „Dritte Welt" auswirken? Welches wird Europas Platz im Kielwasser des Golfkrieges sein, nun da sich die USA als die dominante globale Militärmacht gezeigt haben? Wird das „Neue Europa" mit seinen ökonomischen und politischen Machtkonflikten und den Stammesrivalitäten zwischen verschiedenen europäischen ethnischen Gruppen, die gegenwärtig in Blutvergießen und Genozid enden, eine schon an sich instabile Formation sein? Solche Fragen enthalten einen kritischen Bezug auf die Konstruktion neuer europäischer Identitäten.

1992 war bezeichnenderweise auch der fünfhundertste Jahrestag von Columbus' Ankunft in den Amerikas am 12.Oktober 1492. In jenem Jahr fiel in Spanien Granada, womit 700 Jahre Macht und Einfluß der Mauren in Europa endeten - ein Jahrestag, der nicht nur den historischen Disput zwischen Judentum, Christentum und Islam verdeutlicht, sondern auch veranschaulicht, wie solche Dispute im heutigen Europa wieder Gestalt annehmen. Derartige historische Ereignisse bildeten Schlüsselmomnete in der Evolution eines Weltwirtschaftssystems, in dem westliche Dominanz unlösbar mit der Geschichte der transatlantischen Sklaverei, des Kolonialismus und Imperialismus verbunden war. Die ganzen fünfhundert Jahre europäischer Expansion und Kolonisation hindurch war die Idee von „Europa" als eine, in gewissem Sinne vereinheitlichte Kategorie, ständig von intensiven europäischen Konflikten und Rivalitäten herausgefordert worden, wovon in diesem Jahrhundert die beiden Weltkriege und der darauffolgende Kalte Krieg zwischen den kapitalistischen und den damals „sozialistischen" Machtblöcken zeugen. In solchen politischen Landschaften wurden die Ideale einer pan-europäischen Identität von Prozessen nationaler Identitätsbildung kontinuierlich in Frage gestellt, welche selbst wiederum den internen Widersprüchen von Geschlecht (1), Klasse, regionalen und ethnischen Spezifika unterworfen waren.

Dennoch, Europa existierte als eine zusammengeballte Macht auf der Weltbühne: als eine konkrete Realität für alle diejenigen, die ihr untergeordnet waren. Wie Balibar (1991) notierte, bezog sich die Bedeutung des Terminus „Europäer" bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts in der Tat hauptsächlich auf Gruppen von Kolonialisten in den kolonialisierten Regionen der Welt.

Die Prozesse von Eroberung, Kolonisation, Reichsbildung, permanenter Besiedelung anderer Teile der Erde durch EuropäerInnen, nationalistischen Kämpfen der Kolonisierten und selektiver Dekolonisation bilden das Terrain, auf dem Europa sein Selbst und seine „Anderen" konstruierte. Vor diesem Hintergrund nehmen die gegenwärtigen Veränderungen in der globalen ökonomischen und politischen Ordnung Gestalt an und kommt ein „Neues Europa" zum Vorschein.

In diesem „Neuen Europa" sind wir momentan mit einem Wiederaufleben und einer Intensivierung von Rassismus und Nationalismus und einem Genozid konfrontiert, der sich selbst unverfroren zu einer „ethnischen Säuberung" erklärt, während er Vergewaltigung, Tod und Folter bedeutet. Das macht es unumgänglich, daß wenn wir das Konzept von Ethnizität überdenken, wir seine affirmativ eingeschriebenen Möglichkeiten genauso berücksichtigen, wie seine Anfälligkeit für ein potentielles Erstarken in Rassismus und Nationalismus. Unter welchen Umständen kommt es zu einer Rassifizierung von Ethnizität? Wie fügen sich Nationalismus und Rassimus aneinander? Wie sind Geschlecht und Klasse in diese Schnittpunkte eingeschrieben? Dieses Papier ist der Versuch, mich einigen theoretischen und politischen Aspekten jener Problematiken zu widmen, die sich mit diesen Fragen ergeben. Im ersten Teil diskutiere ich Begriffsprobleme, die für das Verständnis des politischen Terrains, auf das sich diese Arten von Fragen beziehen, wichtig sind. Im zweiten Teil betrachte ich bestimmte politische und kulturelle Besonderheiten, die sich im Prozeß der Einschreibung in das Europa eines einheitlichen europäischen Marktes befinden. Ich

entwickle meine Analyse mit einem Schwerpunkt auf Rassismus, untersuche aber auch seine Beziehung zu anderen Differenzierungsachsen. Ich argumentiere, daß Rassismus, Ethnizität, Nationalismus und Klasse geschlechtliche (2) Phänomene darstellen und daß ihre wechselnden Gestalten den umfassenderen Verschiebungen immanent sind, die mit dem Übergang von „Modernismus" zu dem, was abwechselnd mit Postindustrialismus, „Postmodernismus" oder Spätkapitalismus beschrieben wird, verknüpft sind. Ich untersuche das Konzept von „Neorassismus" und behaupte, daß seine analytische Brauchbarkeit von dem Ausmaß abhängig ist, in dem es gelingt, Kriterien zu etablieren, die sich als Grundlage benutzen lassen, sein „Neusein" von älteren Formen der Rassismen in Europa zu unterscheiden. Außerdem betone ich die Notwendigkeit, sich der Vielfältigkeit der Rassismen in Europa zu widmen und diese nicht einfach als parallele, sondern vielmehr als gegliederte Modalitäten zu sehen, und ich betone die Notwendigkeit, aufmerksam auf neue Konfigurationen von Ethnizitäten zu achten.

Rassismus, Gender und Klasse: ein Definitionsproblem?

Über den Gebrauch des Konzepts von „Rassen" und die Definition von Rassismus gab es einige bedeutende Kontroversen. Sollte dem Konzept von „Rassen" mit der Betonung, daß es keine biologische Richtigkeit hat, trotzdem analytischer Wert beigemessen werden? Wie ist seine Wichtigkeit als soziale Kategorie zu benennen? Ist Rassismus eine Ideologie oder kann er ebenso als Struktur verstanden werden? Solche Fragen sind noch lange nicht geklärt (Gilroy, 1987; Miles, 1989; Donald und Rattansi, 1992). Aber es herrscht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß das Konzept von „Rassen" auf historisch variable Zusammenhänge mit sozialen Absichten verweist. Das heißt, daß es eine soziale Konstruktion ist. Jede Aufzählung von Merkmalen -Farbe, Physiognomie, Kultur, gene pools- kann als Bezeichnung von „Rasse" aufgeboten werden. Bestimmte Formen von Rassismus mögen biologische Charakteristika als Indikatoren für den angenommenen „rassischen" Unterschied hervorheben. Andere Formen mögen kulturelle Verschiedenheit als Basis für angeblich undurchdringliche rassische Grenzlinien zwischen Gruppen herausstreichen. Kultureller Rassismus mag sich ausschweigen oder sogar jeglichen Gedanken an biologische Überlegenheit oder Minderwertigkeit leugnen, aber was ihn definitiv als Rassismus charakterisiert, ist der Subtext von angeborener Verschiedenheit, der implizit oder explizit dazu dient, eine Gruppe als „Rasse" zu kennzeichnen. Mit anderen Worten: Rassismus konstruiert „rassische" Verschiedenheit.

Mein Argument ist, daß es nicht nötig ist, in jedem Rassismus biologische Charakteristika in den Vordergrund zu stellen; aber wenn ein Phänomen als Rassismus identifiziert werden soll, muß es das, was dabei insgesamt bezeichnet wird, als von Natur aus unterschiedlich hinstellen. Ich würde auch behaupten, daß rassifizierte Differenzierungsprozesse nicht immer in einer Matrix von simplen Bipolaritäten von Negativität und Positivität, Überlegenheit und Minderwertigkeit oder Einschluß und Ausschluß vorkommen. Obwohl sich rassifizierte Begegnungen auf einer Geschichte von Ausbeutung, Herabsetzung und Ausschlüssen begründet haben, haben sie gleichermaßen Räume tiefer Ambivalenz, Bewunderung, tiefen Neides und Verlangens bewohnt. Verlangen nach dem rassifizierten „Anderen" ist in und durch patriarchale Machtregime konstruiert und kodifiziert, selbst wenn heterosexuelle Kulturkonventionen, die diese Macht unterstreichen, von lesbischen, schwulen und anderen Sexualitäten durchbrochen werden. Gleichzeitig sind alle Sexualitäten innerhalb eines rassifizierten Kontextes von rassifizierten Machtmatrixen geprägt. Mit anderen Worten: das „andere" beim Rassismus ist nicht ein aufrichtiges Beobachten des „selbst"; „Andersheit" kann vorrangig, aber nicht ausschließlich in gegensätzlichen Begriffen konstruiert werden. Überdies sind rassische und sexuelle Andersheit eng miteinander verbunden, das eine ist dem anderen immanent (Bhabha, 1986). Auf diesen Punkt werde ich später noch zurückkommen.

Unter manchen RassismusanalytikerInnen gibt es eine Tendenz, den Gebrauch des Rassismuskonzeptes ausschließlich auf ein „ideologisches Phänomen" getrennt von „sozialen Praktiken" zu beschränken. Von solch kategorischen Unterscheidungen bin ich wenig überzeugt. Wenn Diskurse, im Sinne Foucault's, „Wissensordnungen" (orders of knowledge) und „Machtbeziehungen" (regimes of power) sind, die „sich zu anderen Typen von Verhältnissen (ökonomische Prozesse, Erkenntnisbeziehungen, sexuelle Beziehungen) nicht als etwas Äußeres (verhalten), sondern ihnen immanent sind" (Foucault, 1984:95), folgt daraus, daß sie konstitutive Elemente in der Gestaltung von verschiedenen Formen menschlicher Subjektivität und sozialer Praktiken sind.(3) Folglich hören Bezeichnungsprozesse (4) wie Rassismus auf, bloße Oberflächenphänomene im Gegensatz zu ein paar „tiefen" strukturellen Phänomenen zu sein. Der Brennpunkt der Aufmerksamkeit hat sich auf die Arten verlagert, in denen rassifizierte Machtregime mit Geschlecht, Klasse und anderen Modalitäten von Macht korrespondieren, so sie in ökonomischen, politischen, kulturellen und psychischen Sphären ins Spiel kommen. Es ist entscheidend, explizit zu sagen, daß Rassismus immer ein geschlechtliches Phänomen ist. Während manche AnalytikerInnen Rassismus als ein geschlechtsneutrales Konzept behandeln, muß immer bedacht werden, daß Rassismus das weibliche Geschlecht unterschiedlich vom männlichen Geschlecht konstruiert (vgl. Greenberger, 1969; Davin, 1978; Davis, 1981; bell hooks, 1981; Carby, 1982; Mackenzie, 1984; Mani, 1987; Brah, 1992a,b; Hall, 1992; Ware, 1992; Thapar, 1993). Männer und Frauen von einer rassifizierten Gruppe werden nicht nur von ihren Gegenübern in einer anderen rassifizierten Gruppe differenziert, sondern der Mann von einer untergeordneten Gruppe kann auch über die Zuschreibung „weiblicher Qualitäten" rassifiziert und die Frau kann als Verkörperung „männlicher" Qualitäten dargestellt werden. Dementsprechend wurden zum Beispiel Bengali-Männer im kolonialen Indien als „unfruchtbar" oder „feminin" charakterisiert, ganz im Gegensatz zu einem Macho-Selbstbild des selbstsicheren und heroischen britischen Mannes. Ähnlich wurden schwarze Sklavinnen in den Amerikas gegenüber weißen Frauen durch die Zuschreibung „männlicher Qualitäten" rassifiziert, was dazu diente, sie abgesondert vom „weißen Frausein" zu denken. Den geschlechtlichen Charakter von Kultur vorausgesetzt, wird Rassismus von

Männern und Frauen auch unterschiedlich erfahren. Folglich werden geschlechtliche Differenzierungen vom Rassismus nur verschlüsselt, während sie darin zusammengefaßt scheinen. Der Prozeß der Subsumption ist insofern bezeichnend, indem er den rassifizierten Gruppen eine „vorgestellte" und scheinbare Einheit auferlegt und gleichzeitig patriarchale Machtregime einschreibt. Rassismus und Sexismus sind darin gleichartig, daß beide Signifikationsformen dazu dienen, bestimmte zugeschriebene Unterschiede zu naturalisieren: Rassismus konstruiert menschliche Variation als kodifizierenden, naturgegebenen und unveränderlichen Unterschied, stellt ihn als „rassisch" dar und trägt diesen zugeschriebenen Unterschied auf der Karte der sozialen Kollektivitäten ein; Sexismus beschwört Geschlecht als ein vorgegebenes Faktum, das Männer und Frauen als „natürlich" verschieden darstellt, so daß die Legitimation für die untergeordnete Position der Frauen von angeborenen Unterschieden zwischen Männern und Frauen abgeleitet wird. Beide Sätze von Bezeichnungen gestalten den Körper als einen Träger des unveränderlichen Unterschieds, ob dieser vermeintliche Unterschied nun als biologisch oder kulturell dargestellt wird oder nicht.

Die Unterscheidung des biologischen und sozialen Geschlechts (sex/gender-distinction), die sich als Resultat feministischer Bemühungen, die Biologie-ist-Schicksal-Formel zu kritisieren, entwickelte, wurde in einigen feministischen Ausführungen herangezogen, um zwischen Rassismus und Sexismus zu differenzieren. Es wurde argumentiert, daß Rassismus Ungleichheit durch eine Mobilisierung biologischer Begriffe von „Rassen" einschreibe, obwohl diese außer als soziale Kategorie keineswegs existieren, während Sexismus den schon existierenden, biologischen sexuellen Unterschied als Basis benutze, um die ungleiche Behandlung der Geschlechter zu institutionalisieren. Unter anderen kritisiert Butler (1990) die „sex/gender"-Unterscheidung. Sie fragt, ob die angeblich natürlichen Tatsachen des Geschlechts nicht ebenso historisch produzierte diskursive Formationen sein könnten, sodaß wenn der unveränderliche Charakter von Geschlecht angefochten wird, möglicherweise das Konstrukt mit der Aufschrift „Geschlecht" (sex) genauso eine kulturelle Konstruktion ist wie das soziale Geschlecht (gender). Sie argumentiert, wie:

„Unter bestimmten Umständen suggeriert die Ansicht, daß Geschlecht konstruiert ist, einen bestimmten Determinismus der Bedeutungen von Geschlecht, eingeschrieben in anatomisch unterschiedliche Körper, während jene Körper als passive Empfänger eines unerbittlichen Gesetzes verstanden werden. Wenn die relevante „Kultur", die Geschlecht „konstruiert", hinsichtlich eines solchen Gesetzes oder Sets von Gesetzen verstanden wird, dann scheint Geschlecht genauso determiniert und fixiert zu sein, wie es unter der Biologie-ist-Schicksal-Formel war. In einem solchen Fall wird nicht Biologie, sondern Kultur zum Schicksal." (Butler, 1990:8)

Für Butler ist Geschlecht (gender) nicht bloß eine kulturelle Einschreibung von Bedeutung in ein vorgegebenes Geschlecht (sex), sondern auch das eigentliche Mittel, mit dem die Geschlechter selbst als „prädiskursiv" festgesetzt sind, älter als die Kultur, eine politisch neutrale Oberfläche, der die Kultur hinzugefügt wird. Wenn diese Formel akzeptiert wird, dann sind die Konzepte von „Geschlecht" (sex) und „Rasse" beides kulturelle Konstruktionen, die auf die Beziehungen unter sozial konstituierten Subjekten in spezifizierbaren Kontexten verweisen. Rassismus und Sexismus sind dann in erster Linie an der Art, dem Inhalt und der Struktur der Bezeichnungen und an sozio-ökonomischen und politischen Praktiken zu erkennen. Butler's Darstellung schweigt über die Probleme von Rassismus oder Klasse. Aber ihre Frage: „In welchem Ausmaß entsteht der Körper in den und durch die Merkmale des Geschlechts (gender)?" kann auch so umformuliert werden: „In welchem Ausmaß entsteht der Körper in den und durch die Merkmale von Geschlecht, „Rasse" oder Klasse?" Damit erfolgt eine Implosion der Grenzlinien zwischen dem physischen und dem sozialen Körper.

In Britannien gab es einige bemerkenswerte Diskussionen über die Art der Verbindung zwischen Rassismus und Klasse, aber ein Großteil dieser Literatur schweigt über die Beziehung von Rassismus und Klasse zum Geschlecht (gender). Die Kombination dieser Themen war Gegenstand der Kontroverse in feministischen Diskursen, wo bis heute die allgemeine Tendenz dahingeht, Geschlecht zu analysieren, ohne dem Rassismus systematisch Rechnung zu tragen (vgl. Brah, 1992b für einen Überblick über diese Debatten). Solche feministischen Debatten haben sich darauf konzentriert, ob Rassismus und patriarchale Verhältnisse als autonom von sozialer Klasse, als reduzierbar auf soziale Klasse oder als etwas, das separate Geschichte hat, aber mit Klassenverhältnissen in einem gegebenen historischen Kontext korrespondiert, gesehen werden sollte. Ich habe argumentiert, daß Rassismus weder auf soziale Klasse und Geschlecht reduzierbar noch völlig autonom ist, und während er unabhängige Gültigkeit haben kann, konstituiert er doch keine unabhängige Herrschaftsform. In meinen Augen lassen sich die Verbindungen zwischen diesen Phänomenen am besten als historisch unbewußte und kontextspezifische Beziehungen auslegen (Brah, 1992b). Strittig ist dann, wie neue Konstruktionen und Darstellungen der Kategorien „Rasse", Klasse oder Geschlecht gegenüber den Imperativen von, wie Donna Haraway (1991) es ausdrückt „Informatics of Domination" (5), die die verändernde neue Weltordnung einschreiben, ins Spiel kommen.

In diesem Abschnitt habe ich bestimmte, mit der Konzeptualisierung von „Rasse" und Rassismus und deren Verbindung mit Geschlecht und Klasse verbundene Probleme ausgeführt. Als nächstes untersuche ich, wie die Verkettung von Rassismus, Nation, Ethnizität und Geschlecht theoretisiert werden kann, bevor ich einige ihrer Konfigurationen im „Neuen Europa" betrachten werde.

Nationalismus, Rassismus, Ethnizität und Geschlecht

Das Konzept von „Nation" war im Brennpunkt einiger bemerkenswerter Debatten in der liberalen wie auch der marxistischen Geschichtsschreibung (siehe Seton-Watson, 1977; Nairn, 1977, 1990; Anderson, 1983; Nazir, 1986; Hobsbawm, 1990; Smith, 1991). Anderson zum Beispiel beschreibt eine „Nation" als eine kulturell begründete, vorgestellte politische Gemeinschaft. Er führt den Anstieg des Nationalismus auf die historischen Bedingungen im ausgehenden 18.Jahrhundert zurück und er argumentiert, daß die Entwick-

lung bestimmter kultureller Werkzeuge, besonders der Drucksprachen (6) als eine Ware in Form von Texten, entscheidend für die Herausbildung von Nationen seien. GesellschaftswissenschafterInnen wie Anderson sehen Nationalismus als „modernes" Phänomen verbunden mit der Entwicklung des Nationalstaates. Für andere (siehe Van den Berghe, 1979) sind Nationen eher uranfängliche, denn historische Konstruktionen.

A.D. Smith (1991) entwickelt ein „Bürgermodell" und ein „ethnisches Modell" der Nation. Die wichtigsten Komponenten des ersteren sind da der Besitz eines historischen Territoriums, ein Sinn für eine legal-politische Gemeinschaft, die gemeinsamen Gesetzen und Institutionen unterworfen ist, die Annahme gesetzlicher und politischer Gleichheit der Mitglieder einer solchen Gemeinschaft und Identifikation mit einer gemeinsamen Kultur. Im Gegensatz dazu hebt die „ethnische Konzeption" eine gemeinsame Abstammung und Verknüpfungen hervor, die auf Verwandtschaft, Volkssprachen, Gewohnheiten und Traditionen basieren. Smith charakterisiert das „Bürgermodell" als ein „westliches" Modell (wobei der Sinn, in dem er den Begriff Westen benutzt, nicht spezifiziert wird) und lokalisiert die Entwicklung des „ethnischen" Modells in Osteuropa und Asien. Das Ausmaß, in dem die geographische Herleitung und Anwendbarkeit der zwei Modelle vertretbar ist (entlang der von Smith empfohlenen Linien), mag hinterfragt werden. Dennoch, die Idee von diesen beiden *Konstruktionen einer Nation bleibt nützlich.*

In der Praxis greifen Nationalismen sowohl auf Elemente des „Bürgermodells" wie auf „ethnische" Elemente zurück, obwohl die Art, wie sie es machen, entsprechend dem sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Kontext variiert. Smith argumentiert, daß ethnische Prozesse konstitutive Elemente bei der Bildung einer Nation sind, und daß die Entstehung vieler polyethnischer Nationalstaaten wie Britannien sich trotz Herausbildung der Vorherrschaft einer bestimmten ethnischen Gemeinschaft oder Ethnie begründet: im Falle Britanniens ist das die englische Gewalt über die IrInnen, SchottInnen und WalisInnen, wobei diese Hegemonie kontinuierlich angefochten wurde.

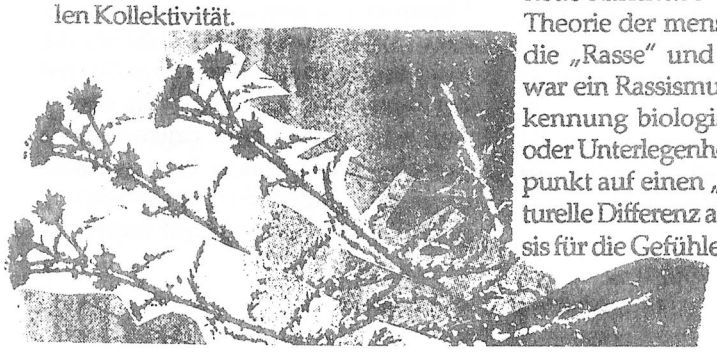
Wie Ethnizität in einem vorhandenen Nationalismus mobilisiert wird und welche Auswirkungen das hat, bleibt eine empirische Fragestellung. Der nationalistische Kampf in Indien zum Beispiel verstrickte die Konstruktion eines Gefühls für eine Nation mit einem Volk, das ethnisch extrem heterogen war. Das Schmieden dieser nationalen Identität erforderte die Betonung eines gemeinsamen Zustandes als kolonisiertes Volk, das für sein Recht auf Selbstbestimmung kämpft. Anfänglich spielten die NationalistInnen die Besonderheiten von Religion, Regionalsprachen, lokalen Gebräuchen und Traditionen herunter, um ein neues Set von Treue zu einem Nationalstaat zu erfinden. Aber dieser Nationalismus wurde von innen her brüchig, als sich Religion zu einem Brennpunkt der Mobilisierung für die politische Bewegung für die Gründung von Pakistan entwikkelte. In den zwei Beispielen wurden verschiedene Modalitäten von Ethnizität beschworen: im ersten Fall wurde die Vorstellung einer gemeinsamen indischen Kultur als eine synkretische (7) Entität betont, als eine kollektive Anstrengung aller wesentlichen ethnischen Gruppen; im zweiten Fall wurde kulturelle Identität, die sich auf Religion konzentrierte, als primäre Basis ethnischer Identifikation in den Vordergrund gestellt. Erinnern wir uns daran, daß Nationalismen zu sehr verschiedenen Zwecken mobilisiert werden können. Ob die Ergebnisse ermächtigend und fortschrittlich oder aber reaktionär sind, hängt vom Kontext ab.

Das Konzept von Ethnizität birgt die Frage nach der Definition von ethnischen Gruppen in sich. Laut Barth (1969) sind ethnische Gruppen Kategorien von Selbstidentifikation und Zuschreibung von anderen. Barth hebt soziale Prozesse hervor, mit denen ethnische Gruppen sich selbst als eine charakteristische Entität identifizieren und Grenzlinien zu anderen aufrechterhalten. Sein Hauptargument ist, daß eine ethnische Gruppe nicht über ihre kulturellen Charakteristika definiert werden sollte, sondern über den Verweis auf den Prozeß der Grenzerhaltung. Seine Definition hat den Vorzug, daß ethnische Gruppen in nicht-essentialistischen Begriffen konstruiert werden. Zum Beispiel variieren Prozesse der Grenzkonstruktion, Grenzbewahrung und Grenzauflösung mit der Zeit. Sie sind den Kräften von sozio-ökonomischen und politischen Veränderungen unterworfen. Da sie historische Produkte sind, kann sich die Bedeutung der Bindung durch Ethnizität verlagern, sie kann stärker oder schwächer werden oder sich auflösen, und sie wird in der Biografie eines Individuums oder einer Gruppe in bestimmten Punkten verschiedene Bedeutung haben.

Ethnische Grenzlinien können mit Verweis auf eine ganze Reihe von Kriterien aufrechterhalten werden, die in spezifischen Situationen in verschiedenartigen Kombinationen korrespondieren. Diese Kriterien können den Glauben in eine gemeinsame Abstammung beinhalten, die Beanspruchung einer gemeinsam geteilten Geschichte, die den Gefühlen von geteilten Kämpfen und geteilten Zielen Gestalt verleiht, die Bindung an ein Heimatland, das mit dem Aufenthaltsort übereinstimmen kann oder auch nicht, und das Gefühl, zu einer Gruppe zu gehören, mit der mann/frau Sprache, Religion, soziale Gewohnheiten und Traditionen teilt.

Nach Barth's Formulierung konstituieren ethnische Gruppen keine Kategorie „ursprünglicher Verknüpfungen". Aber, unter bestimmten politischen Umständen, können sie sich in solchen Begriffen darstellen. Ethnische Gruppen sind sowohl geformt als auch existent innerhalb und durch diskursive und materielle Praktiken, die ökonomische, politische und kulturelle Modalitäten einschreiben. Es sind heterogene Kategorien, differenziert entlang einer Auswahl von Achsen wie Geschlecht, Religion, Sprache, Kaste oder Klasse. Politische Mobilisierung von Ethnizität in nationalistischen und rassistischen Diskursen kann aber dazu dienen, gerade solche sozialen Klüfte (social divisions) zu verdecken. Diskurse über ethnische Besonderheit, über „Rasse" und Nation sind alle dazu geeignet, Metaphern von Blut, Bekanntschaft und Verwandtschaft, Erbgut und Sexualität aufzudrängen. In dem Maß, in dem sie einen gemeinsamen Inhalt oder eine generalisierte Absicht teilen können, sind sie der Verbindung in bestimmten Formen eines spezifizierbaren Kontextes unterworfen (Miles, 1989). Zum Beispiel kann ein bestimmter Nationalismus die „Nation" als etwas konstruieren, das mythische Ursprünge hat, und er kann Träume von historischen Zielen durch Visionen von „rassischer Reinheit" beschwören. Die Ethnizitäten der domi-

nanten und der untergeordneten Gruppen können nun so dargestellt werden, als konstituierten sie unabänderliche hierarchische Grenzlinien. In der Tat ist es genau die Macht einer solchen Metaphorik und ihrer Verschmelzungen, die diesen Arten von Diskursen einen speziellen Einfluß auf volkstümliche Vorstellungen bieten kann. Und die Ängste vor „rassischer Verseuchung" kann patriarchale Ängste vor der Sexualität der Frauen schüren. Es ist deswegen kein Zufall, daß Frauen einen zentralen Platz in den Signifikationsprozessen einnehmen, die in Rassismus und Nationalismus eingebettet sind (siehe Davin, 1978; Enloe, 1989; Yuval-Davis und Anthias, 1989; Anthias und Yuval-Davis, 1992). Diese und andere Studien zeigen, wie Frauen für die Konstruktion und Reproduktion von nationalistischen Ideologien bedeutend sind. Frauen können als die symbolische Darstellung einer Nation dienen. Sie werden auch als Verkörperung männlicher Ehre gesehen und werden als solche zum Ort des Streits um diese Ehre. Deshalb wird die Verteidigung der Frauen und Kinder zur Parole von Männern, die in den Krieg ziehen, während Frauen von gegnerischen Cliquen Vergewaltigungen und anderen sexuellen Greueltaten zum Opfer fallen. Wenn Frauen als Wächterinnen der „Rasse" und der Nation dargestellt werden, bedeuten und begrenzen sie nicht nur juristische, politische, kulturelle und psychische Grenzlinien einer nationalen Kollektivität, sondern schreiben diese Grenzlinien auch ein und zwar in und durch Myriaden von kulturellen Praktiken, durch ihr Übernehmen von bestimmten feminisierten Subjektpositionen, durch ihr Verhältnis zur Kinderaufzucht und ihre Beteiligung an religiösen und anderen rituellen Praktiken, die bestimmte Vorstellungen von Tradition konstruieren und reproduzieren. In rassifizierte Zusammenhänge werden diese Prozesse durch Rassismus eingeschrieben und positionieren bestimmte Gruppen rassifizierter Frauen auf unterschiedliche Weise hinsichtlich der Konstruktionen einer nationalen Kollektivität.



Das „Neue Europa" überdenken

Nachdem ich bestimmte allgemeine Parameter aufgestellt habe, mit denen die Verkettungen zwischen Rassismus, Ethnizität, Nationalismus und Klasse als geschlechtliche Formationen analysiert werden können, untersuche ich nun einige dieser Verbindungen, so sie im heutigen Westeuropa eine Rolle spielen, während der einheitliche europäische Markt (8) wirksam wird. Wie hat sich das „Neue Europa" ökonomisch, juristisch, politisch und kulturell in und durch „Rasse" konstituiert? Wer ist ein/e „EuropäerIn"? Wie wird die juristische Konzeption des/der „EuropäerIn" in und durch Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrecht vollzogen? Was ist die voraussichtliche Auswirkung des einheitlichen europäischen Marktes auf Frauen und andere Gruppen, die diskursiv als Minderheiten dargestellt werden? Wie wird „europäisch sein" in rassistischen und nationalistischen Diskursen geprägt und auf welchen Wegen werden diese Konstruktionen von den neu entstehenden Ethnizitäten herausgefordert und angefochten? Ist „Neorassismus" eine nützliche analytische Kategorie, um neue Konfigurationen von Rassismus im heutigen Europa zu verstehen? Wie läßt sich dieses Konzept mit jenem des „Neuen Rassismus" vergleichen? Das sind einige der Fragen, die diesen Abschnitt umrahmen.

Ich beginne mit dem Konzept des „Neuen Rassismus", wie es in den frühen 80er Jahren in Britannien elaboriert wurde, bevor ich seine Beziehung zum Konzept des „Neorassismus" anspreche, auf das das Westeuropa der 90er seinen analytischen Schwerpunkt setzte.

Neuer Rassismus

In Britannien entstand die These vom „Neuen Rassismus" im Kielwasser des hegemonialen Erfolges des Powellismus und seiner Institutionalisierung in der Politik der Neuen Rechten. Martin Barker (1982) behauptete, daß dieser neue Rassismus im wesentlichen eine Theorie der menschlichen Natur war, die „Rasse" und Nation verband. Es war ein Rassismus, der die Nichtanerkennung biologischer Überlegenheit oder Unterlegenheit mit einem Schwerpunkt auf einen „way of life", auf kulturelle Differenz als die „natürliche" Basis für die Gefühle des Widerstands gegen Außenseiter kombinierte. Innerhalb diese Diskurses wurde Nationalbewußtsein als ein Instinkt für Selbsterhaltung und nationales Überleben verstanden. Diese Analyse verschaffte einige wichtige Einblicke in rassifizierte Diskurse, die sich aus einer Neuformierung verschiedener Kräfte im rechten politischen Spektrum sowohl innerhalb als auch außerhalb der Conservative Party entwickelten. Aber was das „Neusein" an diesem Rassismus im Gegensatz zu früheren Formen signalisiert, war (so würde ich behaupten) nicht so sehr sein Eintreten für einen „pseudokulturellen" Rassismus, da das kein seltenes Phänomen in der Vergangenheit war. Zum Beispiel war kulturelle Differenz als eine Erklärung für angeborene Differenz ein besonders starker Strang in kolonialen Diskursen in Indien (Mani, 1987; Mohanty, 1989; Mackanzie, 1984; Hobsbawm und Ranger, 1983). Vielmehr liegt die Besonderheit dieser spezifischen Sorte von kulturellem Rassismus in seinem Auftauchen bei GroßstädterInnen in der Nachkriegszeit, wo er mit einem neurechten Diskurs korrespondiert. Dieser Diskurs entwickelt sich vor einem Hintergrund von ökonomischer Restrukturierung, hohen Arbeitslosigkeitsraten, Jugendrebellionen und Streiks in solchen Sektoren wie dem National Health Service, der Bergbauindustrie und der Zeitungsherausgabe.

Der neurechte Diskurs, speziell wie er mit der ideologischen Matrix des Thatcherismus korrespondiert, ließ Begriffe/Vorstellungen von „Nation" und „Volk" gegen jene von „Klasse", „Gewerkschaften" und „Sozialschmarotzer" aufmarschieren. Er kombiniert eine Philosophie des freien Marktes mit einem sozialen Authoritarismus, der sich um die Sorge um das Hochhalten traditioneller Moral dreht und darum, die britische Nation vor den vermeintlichen Gefahren des kulturellen Niedergangs und der Desintegration von Gesetz und Ordnung zu bewahren (Hall und Jaques, 1983; Jessop et al., 1988). Er zelebrierte „traditionelle familiäre Werte", verherrlichte Mutterschaft als eine höhere Berufung, unterstützte „pro-life"-Programme (Anti-Abtreibung), attackierte lesbische und schwule Beziehungen aufs gemeinste als „unnatürlich" und trachtete generell danach, Feminismus zu verunglimpfen (David, 1983; Harding, 1990; Phoenix, 1990). Die Neue Rechte konstruierte die Essenz

des Britisch-Seins als Weiß-Sein, indem sie die Sprache der „Immigranten" und das „swamping"(9) heranzog, das in einer früheren Phase der Nachkriegszeit zu einem Code für Menschen afrikanischer und asiatischer Herkunft geworden war. Diese Gruppen waren schon von Enoch Powell als soziale Kollektivitäten beschrieben worden, die zwar „in Britain" aber nicht „of Britain" sein könnten. Der Gebrauch der Metaphern von „Nation", „Familie" und dem „British way of life" hallte in der neurechten Ideologie von einer langen Geschichte rassifizierter Ausschlüsse als einem Kernstück der britischen Identität wider. Diese Metaphern beschworen pathologisierte Vorstellungen von afrokaribischen und asiatischen Haushalten (Carby, 1982; Phoenix, 1986), indem sie diese Gruppen als das „Andere" des „britischen Charakters" konstruierten, welcher, um mit Margaret Thatcher zu sprechen, „soviel getan hat, um die Welt zu zivilisieren". Innerhalb dieses ideologischen Rahmens war es einfach, die gelebten Kulturen der afrokaribischen und asiatischen Menschen, die obwohl sie organisch verflochten sind und zum ökonomischen und politischen System des Nachkriegsbritanniens gehören, nicht nur als verschieden, sondern als ernste Bedrohung des „British way of life" darzustellen.

In dem Maß, indem irische, schottische und walisische Identitäten eine irgendwie gegensätzliche und unklare Beziehung zur „Britishness" einnahmen, blieb ihre Positionierung in diesem Diskurs obskur, ebenso wie die Positionierung von Ethnizitäten anderer europäischer Gruppen, die sich in Britannien niedergelassen haben, wie die ItalienerInnen, PolInnen und GriechInnen. In der Tat verhielt es sich genauso mit der europäischen jüdischen Kollektivität, die ebenfalls außerhalb der „Nation" bleibt, insofern die „Nation" als christlich dargestellt wird. Aber die neurechte Ideologie hat diese europäischen „Verschiedenheiten" in keinem signifikanten Umfang mobilisiert, obwohl die Darstellungen von IrInnen in bestimmten politischen Diskursen weiterhin mit „Terrorismus" verbunden blieben. Wie auch immer, eine solche diskursive Unklarheit ist nicht inkonsequent, da sie diese europäischen Ethnizitäten *gleichzeitig zusammenschließt* und zwischen ihnen *differenziert*. Ihre prekäre und ambivalente Stellung im Diskurs über „Britishness" bedeutet, daß sie bezüglich der „Englishness" oder einander gegenseitig untergeordnet werden können; umgekehrt können diese Ethnizitäten einstimmig gegenüber „Nicht-EuropäerInnen" mobilisiert werden.

Neorassismus

Angesichts eines wachsenden Wiederauflebens von volkstümlichen genauso wie institutionalisierten Formen von Rassismus, Nationalismus und faschistischer Aktivität in Europa, mit offiziell sanktionierter Politik der „ethnischen Säuberung", die in Teilen der Erde umgeht, sind KommentatorInnen immer mehr dazu übergegangen, das Konzept des „Neorassismus" zu verwenden, um auf die heutigen Konfigurationen rassifizierter Formationen hinzuweisen (siehe Balibar, 1991). Welches sind die Besonderheiten dieses Neorassismus? Wie ist dieser Rassismus von älteren Formen zu unterscheiden?

Ich würde behaupten, daß wir es in Europa nicht mit einem sondern mit mehreren Rassismen zu tun haben. Es gibt eine Vielfalt von Rassismen, die sich auf Hautfarbe beziehen und sich gegen Gruppen richten, die als „nicht weiß" definiert werden. Weitere Formen von Rassismus beinhalten antijüdischen, antimuslimischen, antiarabischen, antitürkischen. antiafrikanischen (in sich selbst differenziert, je nachdem wie Völker von Nordafrika und jene vom sub-saharischen Afrika konstruiert werden) und Anti-Roma- und Anti-Sinti-Rassismus (im Original: anti-Gypsy). Jeder dieser Rassismen hat seine eigene spezifische Geschichte, seine eigenen charakteristischen Merkmale, und jeder hat im Laufe seiner Entwicklung zahlreiche Transformationen durchgemacht. Das legt nahe, daß wir betrachten:

- wie sich jeder Rassismus über verschiedene historische Perioden verändert hat;
- welche Gestalt und Form jeder von ihnen im heutigen Europa annimmt;
- wie jeder sich vom anderen unterscheidet, genauso wie von seinen früheren Formen, und zwar in Inhalt, Struktur und in seiner Bedeutungsweise;
- und wie sie sich sowohl in individuellen europäischen Ländern als auch auf einer pan-europäischen Ebene laufend kreuzen.

Antijüdischer Rassismus zum Beispiel hat eine uralte Geschichte, aber er zog seine Bahn nicht nur in verschiedener Weise in verschiedenen Ländern Europas, seine Nachkriegserscheinungen haben auch vor dem Hintergrund des Nazismus und der Errichtung Israels Form angenommen, genauso wie die heutige Unruhe in Europa aus dem politischen Wechsel in Osteuropa, Deutschland und der früheren Sowjetunion folgt. Ein Aspekt, der dann den gegenwärtigen antijüdischen Rassismus von seinen früheren Formen unterscheidet, ist sein Auftauchen in diesem veränderten historischen Kontext. Auch wäre es wichtig zu erforschen (und das wäre einer empirischen Versifikation zu unterziehen), ob es eine diskursive Verschiebung/Verlagerung in der Darstellungsweise der jüdischen Menschen gegeben hat. Weiters kann mann/frau eine zweite spezifische Eigenschaft des heutigen antijüdischen Rassismus mit den folgenden Fragen andeuten: Wie sind antijüdische Diskurse heutzutage strukturiert und welche Signifikationsformen artikulieren sie? Welches sind die Kontinuitäten und Unterschiede in der Art und Weise, wie jüdische Frauen und Männer differenziert dargestellt werden? Außerdem müßten wir die Spezifität des heutigen antijüdischen Rassismus in verschiedenen europäischen Ländern verstehen und gleichzeitig auch die konstitutiven Elemente eines generalisierteren pan-europäischen antijüdischen Rassismus in Betracht ziehen.

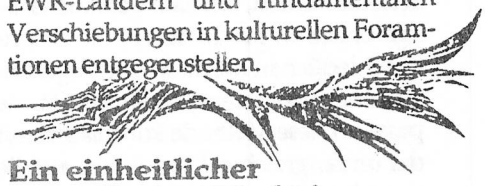
Als ein weiteres Beispiel können wir den Fall der SüdasiatInnen in Britannien betrachten. Der gegen diese Gruppen gerichtete Rassismus wurde anfänglich im kolonialen Zusammenstoß herausgebildet. Er wurde im Nachkriegsbritannien zunächst innerhalb des Kontextes eines ökonomischen Booms wieder hervorgebracht, indem südasiatische Arbeitskraft für ungelernte und schlechtbezahlte Wirtschaftssektoren rekrutiert wurden; und später im Kontext einer ökonomischen Rezession, der Ankunft asiatischer Flüchtlinge aus Ostafrika und einem relativen Wachstum in den kleinen Geschäften, die AsiatInnen gehörten. In letzter Zeit hat sich dieser Rassismus bezüglich der Ereignisse um die FATWAH gegen Salman Rushdie herausgebildet. Eine charakteristische Eigenschaft dieses Rassismus war sein Schwerpunkt auf kulturelle

Differenz als der primären Anzeige einer angeblich unabänderlichen Grenzlinie: eine Sicht der/des AsiatIn als der/dem „alien" (Fremde/r) *par excellence:* der/die ultimative „Andere".

Die Rassifizierung der Religion hinsichtlich der SüdasiatInnen ist in sich selbst kein neues Phänomen. Die Errichtung rassifizierter Kategorien entlang der Religion war ein signifikanter Teil kolonialer Diskurse und politischer Praktiken. Moslems und Hindus wurden zum Beispiel charakteristische Qualitäten zugeschrieben, die von Konnotationen einer angeborenen/natürlichen Differnez durchdrungen waren. Das Geschlecht der Moslem- und Hindufrauen wurde mit dem Vokabular „purdah" und „sati" unterschiedlich konstruiert und die Bezeichnung von angenommenen religiösen Differenzen erhielt dadurch eine symbolische Bedeutung, die ihr Frausein einschrieb. Wie auch immer, die heutige Rassifizierung des Islam seit der *fatwah* stellt eine neue diskursive Formation dar. Sie wohnt den fundamentalen Neuformierungen in der globalen ökonomischen und politischen Ordnung inne, die auf die Demontage des Sozialismus als ökonomischer und staatlicher Struktur in der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa, auf den Golfkrieg und andere wichtige politische Umwälzungen folgte. Sie markiert eine Periode, in der die meisten der alten Sicherheiten in einer tiefen Krise stecken. Gerade als die liberale Demokratie ihren Triumph erklärt, wird westliche Rationalität und westlicher Säkularismus von religiösen Bewegungen aller Arten und Typen herausgefordert. Zentral in diesen religiösen Bewegungen, ob es nun christliche, jüdische, muslimische, hinduistische oder Sikh sind, ist die Bekräftigung des Patriarchats und die Kontrolle über die Frauen (siehe Yuval-Davis und Saghal, 1992). Gegen SüdasiatInnen gerichteter Rassismus in Britannien nach dem Rushdie-Fall kann folglich wegen der besonderen Umstände im ausgehenden 20.Jahrhundert von seinen früheren Formen unterschiedlich gesehen werden. Er unterscheidet sich auch, weil er eine Rekonstitution des Diskurses über „den Asiaten" (selbst eine eigentümliche Konstruktion im Nachkriegsbritannien, die sich nur auf SüdasiatInnen bezieht) durch ein Inden-Vordergrund-Stellen „des Moslems" darstellt, wobei letzterer sicher ganz besondere pan-europäische und globale Konnotationen hat.

Es reicht nicht aus, die Transformationen, die jeder Rassismus kürzlich durchgemacht hat, zu skizzieren. Es sind nicht nur parallele Rassismen, sondern sie konstituieren kreuz und quer verlaufende Konfigurationen. Es ist deshalb entscheidend, daß wir erforschen, wie diese verschiedenen Rassismen im heutigen Europa korrespondieren, wie sie zahlreiche Kategorien von Menschen unterschiedlich in Beziehung zu anderen positionieren. Die IrInnen zum Beispiel repräsentieren eine untergeordnete rassifizierte Kategorie innerhalb des anti-irischen Rassismus in Britannien, aber als „EuropäerInnen" besetzen sie einen diskursiven Machtraum gegenüber einem Rassismus, der alle Nicht-EuropäerInnen als die „anderen" konstruiert. Ebenso würden weiße europäische Juden und Jüdinnen von einem solchen Diskurs in eine relativ „privilegierte" Position gesetzt werden, aber ihre Positionierung wird vom antijüdischen Rassismus in Frage gestellt. Eine schwarze jüdische Frau zum Beispiel würde gleichzeitig innerhalb des antischwarzen Rassismus und des antijüdischen Rassismus positioniert werden. Die spezifischen Konsequenzen für ein Individuum oder eine Gruppe, die TrägerInnen multipler rassifizierter Bezeichnungen sind, würden davon abhängen, welche/r besondere Rassismus/Rassismen in einem gegebenen Kontext Bedeutung erlangen.

Das Neue an den 1990er Jahren ist *nicht* ein einziger Neorassismus in Europa, sondern daß eine Vielfalt von Rassismen (manche davon sind weniger ins Auge gestochen) in neuen Konfigurationen rekonstituiert werden. DAS SIND KEINE ALTEN FORMEN IN NEUER GESTALT, SONDERN NEUE FORMEN, DIE SICH IN UND DURCH REKONSTRUKTIONSPROZESSE SELEKTIVER ELEMENTE DES ALTEN SUBSUMIEREN. Diese Neorassismen überall in Europa können sich (oder auch nicht) mit den diskursiven Verschiebungen überlappen, die in Britannien über das Konzept des „Neuen Rassismus" analysiert werden. Manche dieser Rassismen, wie zum Beispiel Antisemitismus, entstanden in Europa und waren gegen Bevölkerungen innerhalb Europas gerichtet, während andere, wie der Rassismus gegen Menschen afrikanischer Herkunft, sich im Kontext von Sklaverei und Kolonialismus entwickelten. Es widerstrebt mir, Balibar's Schema vom Unterscheiden dieser beiden Formen von Rassismen anhand der Kennzeichnungen „innerer Rassismus" und „äußerer Rassismus" zu gebrauchen, vor allem weil ich glaube, daß das die irrtümliche Sicht perpetuieren könnte, europäische Rassismen, die gegen Völker außerhalb Europas gerichtet sind, seien keine interne Dynamik der historischen Konstitution von „Europa". Sei es wie es wolle, das besondere ist momentan, daß viele der Gruppen, die früher außerhalb Europas rassifiziert waren, nun in Europa sind. Die Art und Form der Kämpfe gegen diese Rassismen werden sich einer bedeutenden Restrukturierung der europäischen und der Weltökonomien und Arbeitsmärkte, deutlichen Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeitskraft, dem Auftauchen neuer supranationaler Staatsstrukturen in den EWR-Ländern und fundamentalen Verschiebungen in kulturellen Foramtionen entgegenstellen.



Ein einheitlicher europäischer Markt in Arbeit?

Die Errichtung des einheitlichen europäischen Marktes hat wahrscheinlich eine profunde ökonomische, politische und soziale Wirkung. Der Boom der Nachkriegsökonomie, der in der Benutzung von „MigrantInnen" und „ImmigrantInnen" als Reservearmee in den Niedriglohnsektoren der Wirtschaft resultierte, wo sie weitgehend dazu bestimmt waren, ungelernte oder angelernte Arbeit zu machen, half auch mit, eine wachsende Zahl von Frauen auf die Arbeitskraft in niedrigeren Levels der Beschäftigungshierarchie einzuschränken. Daß Klasse, Geschlecht, Alter, Ethnizität und Rassismus sich als konstitutive Elemente in der Formation von Arbeitsmärkten überschneiden, wurde von der feministischen Forschung ausreichend demonstriert. Es wurde zum Beispiel gezeigt, wie solche Überschneidungen die Definition von Fachkenntnis, die Konstruktion der Teilung in Ganztags- und Halbtagsarbeit, Teilung der Berufe/Beschäftigungen in „Männer- und Frauen"-Jobs, Unterschiede beim Lohn von Männern und Frauen, Lebenskultur am Arbeitsplatz und die Bedeutung von bezahlter Arbeit bei der Konstruktion von Identitäten untermauern (Westwood, 1984; Bruegel, 1989; Westwood und Bachu, 1989; Beechey, 1988; Phizacklea, 1990; Walby, 1990; Bhavnani, 1991; Brah und Shaw, 1992).

Später haben sich die Ökonomien der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften großen Restrukturierungen unterzogen. Flexible Spezialisierung ist als ein Schlüssel identifiziert worden, der charakteristisch für die heutigen Entwicklungen bei den Produktionsmethoden ist. Technologische Änderungen, die eine Kurzschichtproduktion ökonomisch machen, haben zu einer wachsenden Dezentralisation der Produktion geführt. Teile können nun an vielen verschiedenen Standorten produziert und zur Montage in kurzen Schichten bestellt werden, womit der Bedarf nach großen, unflexiblen Inventarbeständen umgangen wird. Allgemein zweckdienliche Maschinerie und anpassungsfähige Arbeitskräfte können benutzt werden, um halb-gebrauchsfertige Güter zu produzieren, die zu unterschiedlichen Märkten und Segmenten innerhalb unterschiedlicher Märkte passen. Diese Methode kontrastiert mit der umfangreichen Produktion, auf die der Massenmarkt abzielt. Sie befähigt Firmen, relativ leicht mit wechselnder und unsicherer Nachfrage umzugehen und ist für multinationale Konzerne ebenso attraktiv wie für kleine Firmen (siehe Allen und Massey, 1988; Hirst, 1989). Als eine Konsequenz wurde die ArbeiterInnenschaft dezentralisiert, während sich auf den internationalen wie auch innerhalb der nationalen Ökonomien eine neue geschlechtliche Arbeitsteilung entwickelte. ArbeiterInnen in Dritte-Welt-Ländern, vor allem Frauen, genauso wie spezielle Kategorien der Bevölkerung in der fortgeschritten kapitalistischen Welt, wie Schwarze und andere „Minderheiten"-Gruppen, sowie Frauen als eine allgemeine Kategorie, wurden in diese neue Arbeitsteilung als billige, zeitweilige, relativ verfügbare Arbeitskräfte gedrängt (siehe Mitter, 1986). Die Errichtung des einheitlichen europäischen Marktes ist sowohl konstitutiv für diese Trends, als auch auf ihnen begründet.

Voraussagen behaupten, daß die Fertigstellung des einheitlichen europäischen Marktes vor allem in den frühen Phasen in starkem Ansteigen von Arbeitsplatzverlusten resultieren wird, innerhalb Britanniens vor allem in speziellen Industrien wie der Textilindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und der Telekommunikation und zwar vor allem in bestimmten Regionen, am deutlichsten in Yorkshire, Greater Manchester, Merseyside und Strathclyde. Das hat wahrscheinlich einen nachteiligen Einfluß auf die Beschäftigungsaussichten der Schwarzen und anderer „Minderheiten"-Männer und -Frauen, wie auch auf andere Kategorien von Frauen, deren Beschäftigung in solchen Industrien historisch ist. Es ist auch vorauszusehen, daß der Einfluß der Restrukturierung in Relation zur Größe der Firmen ungleich ausfallen wird. Während sich umfangreiches multinationales Kapital stärker entwickeln wird, werden kleine und mittelgroße Betriebe am härtesten getroffen werden. Das wird einen unproportionalen Einfluß auf „Minderheits"-Geschäfte haben, da diese weitgehend in kleinen Betrieben konzentriert sind. Es sind auch die kleinen Betriebe, in denen ein substantieller Anteil der Frauen aus diesen „communities" (10) beschäftigt sind. Obwohl es einige wichtige Abweichungen in der Position von verschiedenen „Minderheiten"-Gruppen innerhalb und zwischen verschiedenen westlichen europäischen Staaten gibt, gibt es größere Gemeinsamkeiten in ihrer strukturellen Stellung in westlichen Ökonomien. In anderen Worten, Peripheralisierungsprozesse, die der Formation des einheitlichen europäischen Marktes unterliegen, werden in und durch Prozesse von Geschlecht, „rassischen" und anderen Modalitäten der Unterordnung realisiert. Das heißt, daß solche ökonomischen Prozesse gleichzeitig politisch und kulturell sind. Sprüche, wie „sie nehmen uns unsere Arbeitsplätze weg", können in rassifizierten/patriarchalen Diskursen, die wiederum mit nationalistischen Diskursen artikulieren, leicht mobilisiert werden.

Einwanderungsgesetz und Staatsangehörigkeit

Eines der wichtigsten Ziele des einheitlichen europäischen Marktes ist es, die freie Bewegung von Menschen über nationale Grenzen der Mitgliedsstaaten zu begünstigen. Wie auch immer, diese Freiheit wird nicht für alle Gruppen von Menschen erreichbar sein. Staatsbürgerschaftsrechte in Europa werden laufend von einer rassischen Teilung untermauert, die StaatsbürgerInnen, „HalbbürgerInnen" (Menschen mit feststehenden Wohn- und Bürgerrechten in einem der Mitgliedsstaaten, aber einer „Drittland"-Nationalität) und MigrantInnen, die normalerweise extrem beschränkte Rechte haben, unterscheidet. Britannien gewährte seinen früheren kolonialen Untertanen anfänglich die vollen Staatsbürgerschaftsrechte. Doch diese Rechte wurden seit 1948 durch die Einführung von immer restriktiveren Einwanderungsgesetzen beharrlich ausgehöhlt. Die Geschichte der Einwanderungskontrolle in Britannien dient als konstante Erinnerung daran, wie der Rassismus des common sense (gesunder Menschenverstand) dazu kam, in der parlamentarischen Politik der Nachkriegszeit zugehörig und institutionalisiert zu werden. Rassifizierte Vorstellungen von „Kultur", „Ehe" und „Familiensystemen" haben die Themen der Debatten rund um die Einführung der Einwanderungskontrolle organisiert. Die ideologische Konstruktion von Frauen als die „privilegierten Trägerinnen ihrer Rasse und Kultur" bedeutet, daß weiße Frauen und Schwarze oder andere „Ethnische-Minderheiten"-Frauen in den Diskursen um die Einwanderungsfrage unterschiedlich positioniert wurden. Schwarze und andere „Ethnische-Minderheiten"-Frauen wurden zu einem ernsten Problem für den Staat erklärt, da sie eine potentielle Quelle für überwiegend männliche Einwanderung durch Eheschließung seien. Erwähnenswert ist, daß die Einwanderungsbestimmungen (Immigration Rules), die die Einreise von ausländischen Ehemännern und Verlobten regeln, zwischen 1969 und 1983 fünf mal geändert wurden, um die Rechte von „non-patrial" (11) (will heißen: nicht-weißen) Frauen, ihre Partner nach Britannien zu holen, zu beschneiden und gleichzeitig weißen Frauen zu erlauben, dieses Recht zu genießen. Die gegenwärtige Einwanderungsgesetzgebung teilt die Welt in jene mit einer „britischen Abstammung" über ein in Britannien geborenes Elternteil oder Großelternteil (und diese Individuen haben die normalen Staatsbürgerschaftsrechte) und andere, die „non-patrials" und als solche der Einwanderungskontrolle, Deportationen und Restriktionen der Arbeitserlaubnis unterworfen sind (siehe Brah, 1992a).

Das bedeutet, daß während eine Mehrheit der drei Millionen Menschen aus Britanniens früheren Kolonien und deren Nachkommen heute StaatsbürgerInnen sind, beinahe eine Million Menschen als „Drittland"-Angehörige klassifiziert werden. Das Aufenthalts-

recht der letzteren in Britannien sichert ihnen Ansprüche auf Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Pensionen etc. Aber das übrige Europa hat keine solchen Arrangements und es sieht so aus, daß die Rechte dieser Menschen innerhalb der EG nicht übertragbar sein werden. Wenn solche Menschen in andere Teile Europas ziehen, laufen sie Gefahr, als „MigrantInnen" oder „AusländerInnen" klassifiziert zu werden, was mit dem Verlust von politischen und sozialen Rechten verbunden wäre. Zum Beispiel hätten sie wie viele AlgerierInnen in Frankreich keinerlei Rechte, an lokalen und nationalen Wahlen teilzunehmen. In Brüssel würden sie auf Gesetze treffen, die sie vom Leben in gewissen Teilen der Stadt ausschließen würden. Europa besitzt an die 7,5 Millionen solcher Menschen vor allem aus Ländern der „Dritten Welt", und diese Frauen, Männer und Kinder tragen die Hauptlast an Feindseligkeiten, Diskriminierung und ökonomischer Ausbeutung überall in Europa (siehe Race and Class, 1991; New Community, 1991). Der Einfluß von „1992" wird auch für Menschen, die um Asyl oder um den Flüchtlingsstatus ansuchen, nachteilig spürbar werden. Asylsuchende aus Ländern der „Dritten Welt" werden oft eher als „WirtschaftsmigrantInnen" gesehen, denn als Individuen, die vor politischer Verfolgung flüchten. Neue Maßnahmen, um diesen Strom von Menschen zu verringern, beinhalten Geldstrafen von 2.000 Pfund Sterling für Fluglinien, die Passagiere ohne gültige Dokumente hereinbringen, und sie beschränken das Recht der Asylsuchenden auf Bewegung in EG-Ländern, indem vereinbart wurde, daß sie nur in jenem Land um Asyl ansuchen können, in dem sie als erstes angekommen sind.

In seinem Formationsprozeß leitet das „Neue Europa" eine breite Vielfalt von Maßnahmen ein, um ImmigrantInnen und Flüchtlinge aus der Dritten Welt draußen zu halten, während es gleichzeitig seine internen Kontrollen verstärkt. (Für eine Diskussion über einige dieser Maßnahmen siehe Bhavnani in dieser Ausgabe.) Das hat die Entwicklung von supranationalen politischen und administrativen Operationen zur Folge, die ein Teil der Formation neuer Staatsstrukturen zur Regulierung ökonomischer, juristischer und sozialer Domänen sind, angelegt um das Interesse der Mitgliedsstaaten unter neuen Akkumulationsregimen zu managen. Diese haben auch profunden symbolischen Wert, indem sie die Grenzlinien zwischen „ihnen" und „uns" ziehen. Die Beziehung der Nationalstaaten zu den Institutionen dieser supranationalen Entität befindet sich in einem Entwicklungsstadium und wird voraussichtlich allen Arten von Streß und Spannung unterworfen sein, was sich schon jetzt mit Äußerungen über die Angst vor dem Verlust der Souveränität belegen läßt. Der Bereich der Politik und Kultur wird entscheidend bleiben als Orte, an denen viel von der Macht der staatlichen Institutionen, die ökonomischen, politischen und sozialen Rechte von verschiedenen Gruppen verschiedenartig zu strukturieren, angefochten werden wird.

Wohin geht Ethnizität?

Europa kämpft darum, sein Selbstbild angesichts der heftigen weltweiten Veränderungen umzuformen. In diesem Prozeß stehen sich verschiedene europäische Ethnizitäten genauso oft gegenüber wie jene, die „Europa" als die „Anderen" definiert hatte. Es ist eine prekäre Begegnung mit den Folgen, gar nicht so ohne weiteres voraussagbar oder unvermeidlich, wie sie auf den ersten Blick scheinen mögen. Weiter oben haben wir notiert, daß Ethnizität unter bestimmten Umständen rassifiziert werden kann. Wir haben weiters betrachtet, wie nationalistische Diskurse eventuell zu Diskursen über „Rasse" oder Ethnizität verführen können. Eine mögliche Folge ist die wachsende Verschanzung verschiedener Rassismen oder Ethnizismen, indem essentialistische Vorstellungen des Afrikaners, des Arabers, des Juden, des Türken, des Asiaten, des Moslems, des Zigeuners konstruiert werden. In der Praxis sind diese Kategorien nicht alle wechselseitig ausschließlich, aber sie könnten als solche dargestellt werden. In verschiedenen Graden und auf verschiedene Weise können nationalistische Diskurse solche Gruppen als Teil oder außerhalb von der „Nation" einschließen oder ausschließen. Damit haben wir das Potential für erhebliche Polarisierung und Spaltung.

Wie auch immer, jene, die diskursiv als außerhalb der „Nation" definiert werden, können als Teil der „Nation" erfahren werden, vor allem in Gegenwart von Menschen aus anderen Teilen Europas. Das erinnert mich an einen Vorfall während eines Austauschbesuches einer Gruppe von hauptsächlich afrokaribischen und asiatischen Jugend- und Communitiy-ArbeiterInnen in den frühen 80er Jahren in Deutschland. Eines Abends, als wir plaudernd in einem Straßencafé in der Innenstadt saßen, wurde der schwarze Liverpooler Jugendarbeiter von einer Gruppe weißer Liverpooler Touristen herzlich gegrüßt. Sein Akzent versorgte seine Liverpooler Kollegen mit einem Fingerzeig auf seine „Herkunft" und sie verbrachten eine vergnügliche halbe Stunde, beschäftigt mit Scouse-Riten (12) von Männerbündelei. In diesem Moment war ihre Scouse-Ethnizität, geformt von der gelebten Erfahrung von Arbeiterklassen-Männlichkeit, das, was am meisten zählte. Das Ins-Spiel-Kommen dieser Ethnizität unterhöhlte keineswegs die Geschichte des antischwarzen Rassismus in Liverpool, aber es hinterfragte und forderte seine hegemonialen Tendenzen heraus, indem es gleichzeitig mit und über unsichtbare Grenzlinien von Scouse/nicht Scouse, Deutsch/Britisch und Schwarz/Weiß operierte. Solche Beispiele können leicht als anektotische Trivialität zurückgewiesen werden, aber ich glaube, daß sie wichtig sind beim präzisen Beschreiben der komplexen und widersprüchlichen Beziehung zwischen diskursiver Darstellung und der gelebten Erfahrung von, zum Beispiel, Klasse, Geschlecht, Religion und Örtlichkeit - das wirklich Entscheidende, in dem sich persönliche Identität, wie fragmentiert oder fragmentarisch auch immer, mit sozialer Identität verbindet, und wo politische Identitäten übernommen und kundgegeben werden können.

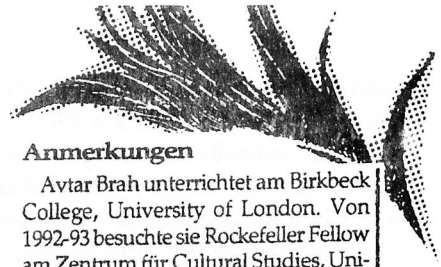
Ethnizitäten sind nicht fixiert sondern konstant im Gange. Anders ausgedrückt, verweisen sie auf mögliche, unverbindliche und provisorische Spezifitäten. Die Grenzlinien von Ethnizität können, wie schon ausgeführt, rund um eine Vielfalt von Kriterien gezogen werden -Sprache, Religion, Erinnerungen an eine gemeinsame Geschichte und Visionen eines gemeinsamen Zieles, ein Glaube an gemeinsame Ursprünge- sosaß mann/frau innerhalb von mehr als einer Ethnizität positioniert werden kann, was davon abhängt, welche Kriterien in einem bestimmten Kontext zu den herausragendsten gemacht werden. Ferner hängen die Pro-

zesse der Grenzerrichtung und die Kriterien, die in einer gegebenen Situation beschworen werden, von politischen, kulturellen und ökonomischen Eventualitäten ab. Die Frage, wann und wo diese Grenzen vorgestellt und errichtet sind, oder wie sie sich verschieben, verändern, schwächer werden oder sich auflösen, ist entscheidend. Genauso wichtig ist die Streitfrage, wie Ethnizität eingesetzt wird: in Form einer nichthierarchischen Differenz oder zum Zweck der Darstellung seiner Besonderheit als natürlich und überlegen, wie es zum Beispiel beim nationalistischen Diskurs über „Englishness" der Fall ist. Allerdings muß „Englishness" nicht ausnahmslos in rassifizierten Begriffen konstruiert werden. Ob das geschieht oder nicht, ist eine Sache des Kampfes über Politik, über Praktiken und über kulturelle Bedeutungen. Folglich ist, wie Hall (1988) notiert, die Vertretungspolitik zentral für den Disput über Ethnizitäten.

Um nochmals einen schon beschriebenen Punkt zu wiederholen: Ethnizitäten sind immer geschlechtlich, sowohl bezüglich dessen, wie sie sexuelle Differenz konstruieren, als auch wie sie gelebt werden. Weiters werden sie von Klassenverhältnissen und anderen Differenzierungsmodalitäten eingeschrieben und schreiben sich auch selbst ein. Das bedeutet, daß sie auch ein Ort des Disputs über patriarchale, klassenspezifische und andere Einschreibungen der Macht sind. Das läßt sich sowohl auf dominante wie dominierte Ethnizitäten anwenden. Das heißt, als Frauen von dominanten und dominierten Ethnizitäten müssen wir darauf achten, wie wir in und durch diese Machtbeziehungen unter uns selbst und gegenüber Männern aus diesen Gruppen positioniert werden. Im europäischen Kontext wird das eine komplexe Aufgabe sein, sich dem verhältnisbedingten Positionieren eines mannigfaltigen Sets von Ethnizitäten zuzuwenden. Unter anderen Dingen müssen wir „Differenz" als einen Anerkennungsprozess der spezifischen sozialen und kulturellen Erfahrungen einer Gruppe und „Differenz" als ein Disput gegen Unterdrückung und Ausbeutung von einer Situation unterscheiden, in der „Differenz" selbst die Art und Weise wird, durch die Herrschaft ausgedrückt wird (Brah, 1991:173).

Widerstand gegen die Prozesse des Ausschlußes können aus vielen Quellen gespeist werden, nicht zuletzt von den Ausgeschlossenen selbst, und ein solcher Widerstand kann viele Formen annehmen, von Kämpfen am Arbeitsplatz über Kampagnen gegen spezifische staatliche Maßnahmen und, wichtig, durch Kultur: Musik, bildende Kunst, Literatur, Filmproduktionen, Mode. Zum Beispiel scheinen junge afrokaribische und asiatische Frauen in Britannien Diaspora-Identitäten zu konstruieren, die gleichzeitig ein Zugehörigkeitsgefühl zu dem Ort, an dem sie aufgewachsen sind, geltend machen, und eine „Differenz" proklamieren, die auf die Spezifität der historischen Erfahrung des „schwarz"- oder „asiatisch"- oder „moslemisch"-Seins anspielen. Und alles das verändert Subjektpositionen. Die präzisen Arten und mit welchen Folgen solche Identitäten mobilisiert werden, sind variabel. Doch sie äußern sich als „britische" Identitäten mit all der Komplexität, Widersprüchlichkeit und Schwierigkeit, die dieser Begriff impliziert.

Die angehende Debatte über das „Neue Europa" in den Medien, Bildungsinstitutionen, Organisationen von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, in den Kulturindustrien usw., kann dazu dienen, ein neues Bewußtsein von Allgemeinheit zu kreieren, das möglicherweise ein Hinterfragen von engstirnigen und xenophobischen Tendenzen verspricht. Auf der anderen Seite, in Anbetracht der besonderen Historien verschiedener europäischer Nationalstaaten, ihrer internen Verschiedenheiten und Uneinigkeiten und ihrer unterschiedlichen Positionierung in der globalen sozialen Ordnung, ist das entstehende Neue Europa voraussichtlich dabei, ein instabiler Komplex von konkurrierenden Interessensgruppen zu werden. Die ökonomischen und politischen Unsicherheiten der gegenwärtigen Krise bereiten einen fruchtbaren Boden für das Wachstum von Rassismen und Xenophobien und deren Wechselwirkung mit nationalistischen Vorstellungen. Es scheint fast, daß die Folgen weitgehend von der Art und Form des politischen Kampfes in den 1990ern auf allen Ebenen der sozialen Formation abhängen.



Anmerkungen

Avtar Brah unterrichtet am Birkbeck College, University of London. Von 1992-93 besuchte sie Rockefeller Fellow am Zentrum für Cultural Studies, University of California in Santa Cruz, wo auch dieser Artikel geschrieben wurde. Sie war in den letzten zwei Jahrzehnten aktiv an Schwarzen, antirassistischen und feministischen Kämpfen beteiligt. Dieses Papier basiert auf Material, das 1992 in Belfast bei der jährlichen Konferenz der Political Studies Association präsentiert wurde. Ich wöchte Catherine Hall, Gail Lewis und Ann Phoenix für ihre hilfreichen Kommentare zu einer früheren Version danken.

Anmerkungen der Übersetzerin (Sylvia)

(1) Geschlecht bezieht sich, wenn nicht anders angegeben (z.B. in der Passage zu Butler), immer auf „gender".

(2) im Original: „gendered" - wird meines Wissens nicht mit vergeschlechtlicht übersetzt; wie es nun wirklich zu übersetzen ist, ist mir unklar, aber wir können (wie auch bei einigen anderen Begriffen/Wörtern) erahnen, was es bedeutet.

(3) Michel Foucault „Der Wille zum Wissen" - Band 1 von „Sexualität und Wahrheit", suhrkamp tb 1992 (6.Aufl.), Seite 115

(4) Bezeichnung („signification") = verleiht etwas od. jemandem eine bestimmte Bedeutung

(5) „Informatics of Domination" => Informatik beschreibt Verarbeitung, Weitergabe, Besitzen von Informationen; „domination" heißt (Vor)Herrschaft.

(6) „print-languages" = Drucksprachen, Schriftsprachen, Druckschriften...?

(7) Synkretismus = Vermischung verschiedener Religionen, Konfessionen oder philos. Lehren, meist ohne innere Einheit. synkretisch = den Synkretismus betreffend (Duden).

(8) „Single European Market" = einheitlicher europäischer Markt; mir ist nicht klar, ob es sich hier um einen in Britannien gängigen politischen Begriff/Ausdruck handelt.

(9) „swamping": to swamp = überschwemmen, (Boot) zum Sinken bringen.

(10) „communities": dafür gibt es kein adäquates deutsches Wort, da das in einem politischen Sinn mehr ausdrückt, als nur Gemeinschaften oder Gemeinsamkeiten oder Gemeinden...

(11) „non-patrials" - trotz Kopfzerbrechen bin ich auf keinen grünen Zweig gekommen; was mir dazu eingefallen ist: vaterlandslos, heimatlos, nicht ansäßig, staatenlos...

(12) „Scouse" - das Wort habe ich schlicht noch nie gehört und ich habe es auch nirgends gefunden.

Der Text wurde uns von den Wiener Ethnologinnen gegeben, tausend Dank an Sylvia für's übersetzen

ERINNERN AN RAVENSBRüCK

Frauen der "Lagergemeinschaft Ravensbrück" treffen sich 1x im Monat.
Wir, 2 Lesben aus den autonomen feministischen Lesben/Frauen-Zusammenhang kommend, waren bei einem dieser letzten Treffen.
Wir wollen von den Frauen über ihren Kampf für "eine bessereWelt" innerhalb einer breiten ArbeiterInnenbewegung erfahren, über die Entwicklung zum Austrofaschismus und über ihren Widerstand und ihr Überleben im Nationalsozialismus. Wir wollen von ihren Einschätzungen und Fehlern lernen und wollen einen Austausch über die Entwicklung heute.

Es findet in den letzten Jahren verstärkt eine Faschisierung der Gesellschaft statt. Als Grundlagen dieser Gesellschaft sehen wir die jeweils eigenständigen Herrschaftsverhältnisse Sexismus, Rassismus und Kapitalismus, die nebeneinander bestehen und miteinander verknüpft sind. Uns ist es wichtig uns gegen diese Faschisierung und gegen jegliche Herrschaftserhältnisse zu organisieren.
Gleichzeitig wollen wir unsere Vorstellungen von dem wie wir leben wollen und wie die Gesellschaft aufgebaut wird, weiterentwickeln und diese Vorstellungen gemeinsam erkämpfen. Unsere Frauen/Lesben-Organisierung sehen wir darin als Kampfform gegen Sexismus und Patriarchat und als Aufbau für die Wertschätzung von FreundinnenschaftenLesbischerExistenz und Frauenkollektivität.

Wir planen im Mai 96, gemeinsam mit den Frauen der "Lagergemeinschaft Ravensbrück" eine Veranstaltung im Autonomen Frauen/Lesben-Zentrum, mit dem Film "Erinnern an Ravensbrück" und gemeinsamen Diskussionen.
Wir möchten mit anderen gemeinsam Fragen und Diskussionpunkte erarbeiten und vorbereiten.

Vorbereitungstreffen **Freitag 19.4.1996, 19 h**

im Autonomen Frauen/Lesben-Zentrum
Währingerstr. 59/Stiegen6, 2. Stock
1090 Wien
Tel.: 408 50 57

Eine weitere Veranstaltungsüberlegung im Mai oder Juni ist ein Film und Diskussion mit ehemaligen "Spanienkämpferinnen" (in den Interbrigaden des antifaschistischen Widerstandes in Spanien in den 30-er-Jahren). Es gibt bereits erste Kontakte zu einzelnen Frauen und den Hinweis auf einen Film mit Interviews von ehemlaigen SpanienkämpferInnen aus Österreich.

GEMEINSAME FRAUENFAHRT INS ehemalige KZ RAVENSBRüCK

Am 26. - 28. April 1996 gibt es eine gemeinsame Fahrt nach Ravensbrück mit Frauen der "Lagergemeinschaft Ravensbrück" und interessierten Frauen.
Anlaß ist die 51-Jahr-Feier zur Befreiung des Frauen-KZ-Ravensbrück. Es geht den Frauen nicht um die Beteiligung an den offiziellen Feierlichkeiten. Sie wollen gemeinsam mit Frauen hinfahren, um vor Ort Fragen, Erinnerungen und Diskussionen entstehen zu lassen.
Interessierte melden sich bei der "Lagergemeinschaft Ravensbrück", bei Irma Trksak, Mo - Do, 9 h - 14.30 h.

INFO's

FRAUEN GEGEN RECHTS*D*RUCK

Alle FrauenLesben, die wie wir
endlich / wieder / weiter / gemeinsam
was tun / wollen
gegen
rechte / (alltags)faschistische / sexistische
Zustände / Übergriffe / Politik
sind **eingeladen:**

zum 4. Treffen
am Dienstag, 23. April 1996
18.30 – 21.30
im FrauenLesbenZentrum, 1090 Wien
Währingerstraße 59/6

zum Info-Austausch / zur Diskussion
zur Gründung neuer Gruppen, Projekte, Initiativen.
Analyse und Aktion!

Kontaktadresse: Postfach 194, 1061 Wien

Mädchen auf aufgepaßt!

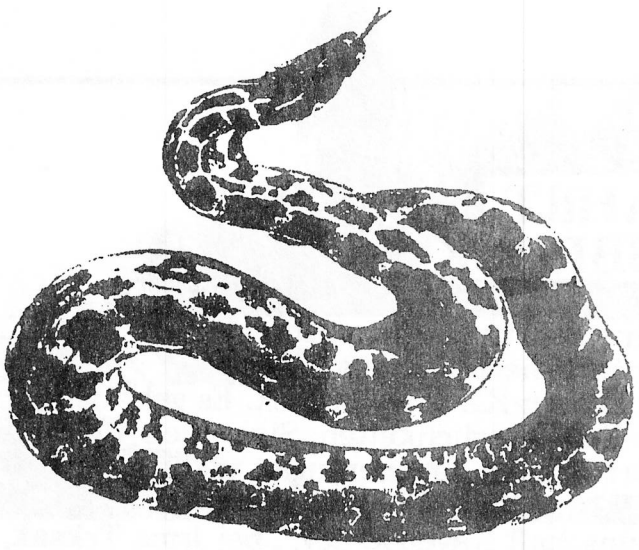
DU bist Lehrling, stehst total auf Raves, Hip Hop, Hardrock, Ethno oder andere Musik. Dann mach doch mit! Wir planen Ende Juni eine **Ausstellung** zum Thema **"Musik & Jugendkultur"** zu präsentieren.

Unsere Treffen finden einmal pro Woche statt und bieten *DIR* die Möglichkeit, Ideen und Vorstellungen rund um das Thema Musik zu verwirklichen. Vom Portrait einer Sängerin über Interviews mit DJ's bis zur Darstellung verschiedener Outfits.....(fast) alles ist möglich.

DU hast eine ganz andere, tolle Idee, super! Wenn *DU* aber noch nicht genau weißt, was du machen möchtest. Auch kein Problem! Wir laden immer wieder Profis ein (z.B. Journalistin, Ausstellungsorganisatorin), die *DIR* sicher gute Tips geben können.

Daneben planen wir noch gemeinsame Unternehmungen, wie Kinobesuche, ein Popkonzert, ein Musicalbesuch etc.

Das Projekt "Musik & Jugendkultur" wird von der Agentur "Jugend für Europa" der EU finanziell gefördert.
Die Teilnahme ist kostenlos.



Wann?	Donnerstag, 18.00 bis 20.00 Uhr
Wo?	SPRUNGBRETT Stumperg. 41-43/2/1 1060 Wien
INFOS?	Elisabeth Boyer, Tel.: 586 34 62 Claudia Widder, Tel.: 85 79 102

Ruf an oder schau einfach mal vorbei!

MIT VIDEOWORKSHOP & GRATIS POPKONZERT

Wir treffen uns an folgenden Terminen:

März	7.3., 14.3., 21.3., 28.3
April	18.4., 25.4.
Mai	2.5., 9., 23.5., 30.5.
Juni	13.6., 20.6., 27.6.

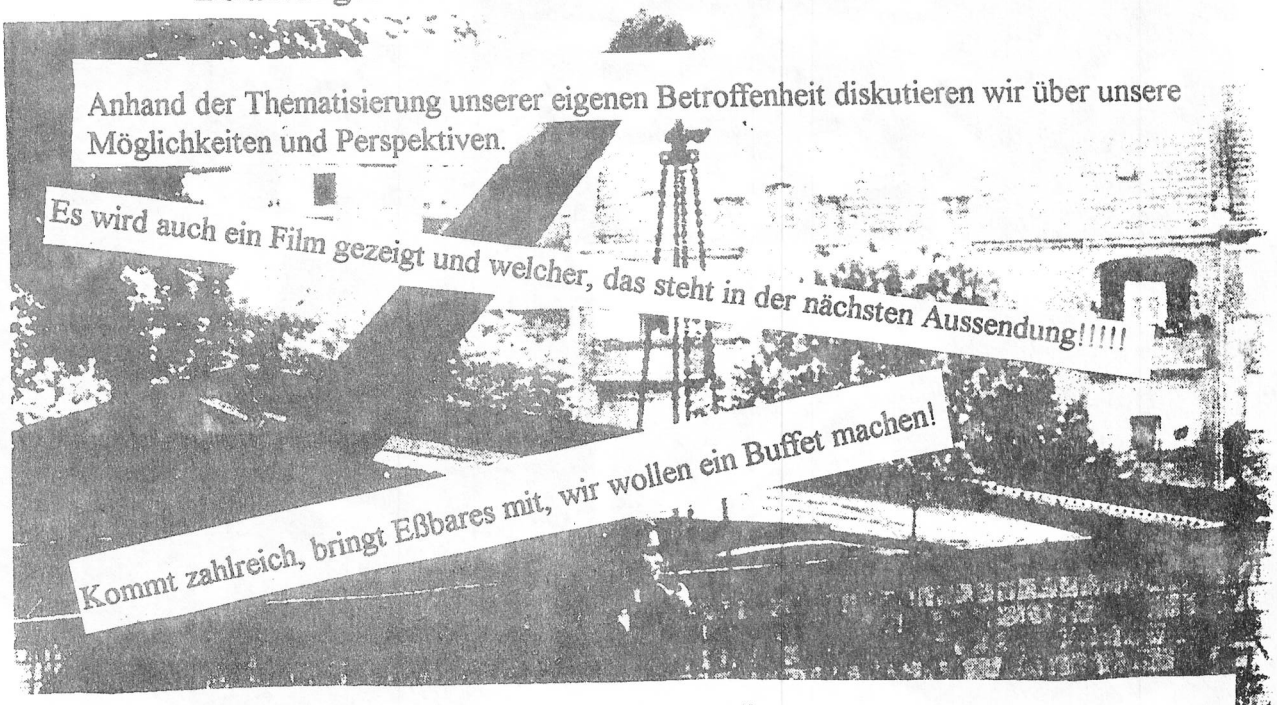
Die Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit

lädt ein am

Samstag, 20. April 1996 um 19 Uhr im FZ-Beisl (Währinger Straße 59)

zu einer Informationsveranstaltung für Frauen zum Thema

"Belastungsoffensive und weibliche Gegenstrategien!"



Im Anschluß an unsere diskussion ist gegen 22 Uhr Solidisco

FGZ, Postfach 71, 1070 Wien

Sozialabbau-Demo in Linz

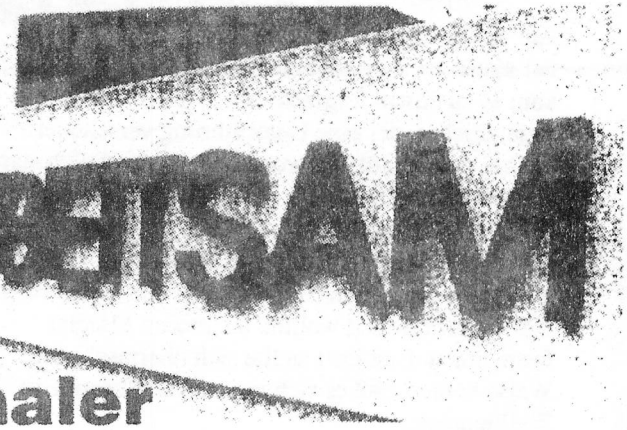
Am Rande der StudenInnen- und SchülerInnendemonstration vom 14.3.1996 in Linz kam es zu einem folgeschweren Zwischenfall. Ein Jugendlicher, der eine Unterführung verschönern wollte, wurde plötzlich von zwei offensichtlich stark alkoholisierten Männern attackiert und in eine Mauernische geprügelt.
Kurz darauf eingetroffene uniformierte Polizeibeamte gewannen denselben Eindruck von den aggressiven Unruhestiftern und wollten die beiden Männer festnehmen. Erst jetzt stellte sich überraschender Weise heraus, daß es sich um Kriminalbeamte in Zivil handelte.
Eine Woche später kam es zu zwei Hausdurchsuchungen, die von massiven Übergriffen begleitet waren und von einem Großaufgebot der berüchtigten Polizeisondereinheit "DELTA" mit gezogener Waffe durchgeführt wurden. Ein angeblich tatverdächtiger Jugendlicher wurde verhaftet und befindet sich seither in U-Haft.

Eine der Hausdurchsuchungen wurde in der Wohnung seiner Mutter, in der er nicht mehr gemeldet war - also auch nicht mehr wohnte - durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt befand sich nur seine jüngere Schwester dort, die von den Polizisten attackiert wurde. Sie wurde gezwungen, persönliche und für die Ermittlungen absolut unerhebliche Fragen zu beantworten. Obwohl die Beamten nicht einmal einen Durchsuchungsbefehl hatten, durchwühlten sie die ganze Wohnung und den Dachboden, lasen persönliche Briefe und Notizen und wollten von der Schwester, der sie zunächst untersagten, sich zu bekleiden (sie trug nur einen Pyjama), Bestätigungen für an den Haaren herbeigezogene Unterstellungen ihren Bruder betreffend.

Wir werden gemeinsam und solidarisch weiterhin unsere Wut auf die Straße tragen und diesen neuerlichen Angriff auf die Lebenssituation breiter Bevölkerungsschichten entschossen bekämpfen.

gegen den nationalen sparwahn

Es ist nicht unsere Welt!



8. März - Internationaler FrauenLesben Kampftag

DEMO 16.00 SÜDBAHNHOF